

# LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

**AUSGABE 2.15**

Virtual Think Tank \_ 11

Barrierefreie Region \_ 40

Neu: Die Position \_ 53

## Ländliche Regionen: sturmerprobt und krisenfest?

# Inhalt



**Seite 11** \_\_  
Methode: Virtual Think Tank



**Seite 40** \_\_  
Projekt: Region für alle



**Seite 53** \_\_  
NEU: DIE POSITION

## Für das Netzwerk

### INSIDE

**05** \_\_ Das ist die DVS / Aussteller für IGW gesucht

### DAS WAR

**06** \_\_ Datenhoheit und Ausfallsicherheit

**08** \_\_ Dorfnetzwerk-Treffen

**08** \_\_ Treffen für EIP-Innovationsdienstleister

### DAS KOMMT

**09** \_\_ Transferbesuch: Neue Wege der Vermarktung

**09** \_\_ Transferbesuch: Umweltleistungen im Wald

**10** \_\_ Konferenz: Netzwerke(n) für Dörfer

**10** \_\_ Im Web

**11** \_\_ **Mehr Beteiligung in der Vernetzungsarbeit**

Die DVS hat den „Virtual Think Tank“ ausprobiert. In einstündigen, strukturierten Telefonaten können Teilnehmer zu festgelegten Themen Stellung nehmen, ihre Interessen äußern oder weitergehende Vorschläge unterbreiten. Fazit: Wir werden ihn weiter nutzen!

**11** \_\_ LEADER-Projekte transparent auswählen

## Im Fokus

### EINFÜHRUNG

**12** \_\_ INTRO

**14** \_\_ Was heißt hier resilient?!

### STRUKTUREN FÜR WIDERSTANDSKRAFT

**16** \_\_ Resilienz bewusst steuern

**18** \_\_ Cluster stärken

**20** \_\_ „Mit Kopf, Herz und Verstand“ – Interview

**21** \_\_ „Ländliche Räume stärken die Resilienz“ – Interview

**22** \_\_ „Mut, auszuscheren“ – Interview

**23** \_\_ „Genügsamer werden“ – Interview

### PROJEKTE

**24** \_\_ Experimentierfreudiges Schwarzatal

**28** \_\_ Macht Regionalgeld widerstandsfähig? – Interview

**30** \_\_ Große Emma® – Versorgung regional gedacht

**31** \_\_ Unabhängig durch erneuerbare Energie



ab Seite 12

### Im Fokus – Ländliche Regionen: sturmerprobt und krisenfest?

Aktuelle Herausforderungen und selbst viele Lösungsansätze ziehen komplexe Problemketten nach sich. Vor diesem Hintergrund lautet das Schlagwort in der ländlichen Entwicklung immer häufiger „Resilienz“. In Theorie und Praxis beginnt es, sich langsam mit Leben zu füllen.

---

## Aus der Praxis

- 32 \_\_ Regionalen Strom vor der Haustür vermarkten
- 35 \_\_ Kulturstadel belebt den Ort
- 36 \_\_ Kulturelle Schätze neu genutzt
- 38 \_\_ Region sorgt für Breitband
- 40 \_\_ **Region für alle**  
Das Chiemsee-Alpenland hat sich zur barrierefreien Tourismusdestination entwickelt. Am Anfang standen viel Recherche und die Erkenntnis, dass eine schwellenlose Hoteltür alleine nicht ausreicht.
- 42 \_\_ Alt und trotzdem mittendrin

---

## Forschung trifft Praxis

- 44 \_\_ Energieholz dezentral nutzen

---

## Perspektiven

### BILDUNG UND FORSCHUNG

- 47 \_\_ „Wir brauchen Freiräume, um zu experimentieren“ – Interview
- 48 \_\_ Wohin entwickelt sich die Agrarforschung?

---

### PARTNER UND EXPERTEN

- 50 \_\_ „Biologische Vielfalt ist ländlich“ – Interview
- 51 \_\_ *InGe* berät

---

### POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 52 \_\_ Grünland mit oder ohne Kuh?
- 53 \_\_ **NEU: DIE POSITION:**  
„Dieses Greening bringt so gar nichts!“  
Stimmen Sie dem zu? Oder sehen Sie es anders?  
Das ist Ihre Seite: Zukünftig veröffentlichen wir an dieser Stelle Ihre Leserbriefe zu den Inhalten unseres Magazins.

---

## Service

- 54 \_\_ angelesen
- 55 \_\_ angekündigt
- 56 \_\_ Termine



### Liebe Leserinnen und Leser,

das Bild, das aktuell von den Medien über den Zustand der Welt gezeichnet wird, ist düster. Katastrophen, Krisen und Konflikte, wohin man schaut. Strukturen scheinen sich immer häufiger zu destabilisieren, demokratische Prozesse keine Option mehr zu sein. Da ist die Suche nach stabilisierenden Ansätzen nur gerechtfertigt, wenn auch erst mal im Kleinen, unter überschaubaren Rahmenbedingungen. Anpassende Selbstorganisation ist auch eine Frage der Größe.

Der Weg dahin, auch den ländlichen Raum mit seinen alten und neuen Herausforderungen permanent anpassungsfähig zu halten, ist ein hoher Anspruch. Kooperationen in unterschiedlichen Formen sind dazu nötig. Sei es zur Anpassung an die klimatischen Veränderungen, für krisenfestere Wirtschafts- und Versorgungsstrukturen oder für einen Bewusstseinswandel, der auch von bürgerschaftlichen Netzwerken getragen wird.

Ausgangspunkt für viele dieser Prozesse ist eine Diskussion über Perspektiven für die zukünftige Entwicklung. Deren Umsetzung geht häufig mit Veränderungen des Status Quo einher. Jede Innovation tut aber auch weh und weckt Beharrungswiderstände. Meist gerade bei denen, die in den alten Strukturen erfolgreich waren – man braucht nur auf die Energiewende zu schauen.

In Deutschland stellt sich die Frage, ob wir – vergleichsweise gut situiert – auch mal teilen, erhalten oder sogar verzichten können und trotzdem ein gutes Leben haben. Für die Länder der Welt, die eine rasant nachholende Entwicklung erleben, ist das noch keine Option. Wie im Großen, drängt sich auch im Kleinen – den städtischen und ländlichen Räumen – die Frage auf, wie für alle das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse umsetzbar ist. Vielleicht greifen hier wie dort zukünftig innovative Produktionsmethoden und neue Formen der Energieerzeugung, die helfen könnten, das Wirtschaftswachstum viel stärker vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Mit Blick auf die Herausforderungen sind sicher viele Wege wichtig, die auch Vorbildfunktion haben können. Die Beispiele in diesem Heft zeigen, selbstmachen geht und anfangen kann man sofort.

Viele Anregungen beim Lesen wünscht

*Jan Swoboda*

## Impressum

LandInForm –  
Magazin für Ländliche Räume  
Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),  
Redaktion: Dr. Juliane Mante, Anja Rath,  
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.),  
Lektorat: Claudia Thelen

Bilder: Titelseite Normen Gadiel / photocase.de,  
Rückseite: www.oekolandbau.de/Copyright BLE/  
Dominic Menzler

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation  
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn  
Telefon: 0228 6845-3461, -3081, -3435, Fax: 0228 6845-3361  
E-Mail: landinform@ble.de,  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter  
www.land-inform.de

### Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.  
Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:  
Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Isabell Friess: ifr,  
Stefan Kämper: stk, Moritz Kirchesch: mok, Juliane Mante: jum,  
Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Anja Rath: arh,  
Bettina Rocha: ber, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr,  
Monika Wohler: mow

## Neues aus der DVS

### FÜR DAS NETZWERK

DVS stellt sich für die neue Förderperiode auf:  
Drei Sachgebiete und einige neue Gesichter

Um das Mehr an Themen im neuen ELER zu bearbeiten, hat die DVS Zuwachs bekommen und sich neu formiert. Den Bereich Agrarumwelt und Naturschutz befruchtet neben dem altgedienten Jan Freese nun auch Simon Keelan. Die Landwirtschaft sowie die Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) beackern Bettina Rocha und seit Kurzem Natascha Orthen. In der Dorf- und Regionalentwicklung tummeln sich Isabell

Fries, Moritz Kirchesch sowie Anke Wehmeyer, Stephanie Müller und Stefan Kämper. Die drei letzteren haben dabei insbesondere LEADER im Blick. Die Medien und die Veranstaltungsorganisation bilden das dritte Sachgebiet der DVS – seit Mai 2015 ist Julia Wuttig die gute Seele beim Versand. Die Strippen ziehen – wie gehabt – Jan Swoboda und Stefan Kämper. [arh]



Lächelt mal mehr, mal weniger in die Kamera: (fast) das ganze Team der DVS



#### SERVICE

Mehr Infos zu Themen und Aktivitäten:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

## PRÄSENTIEREN SIE IHR PROJEKT AUF DER GRÜNEN WOCHE 2016!

Akteure mit zukunftsweisenden Projekten aus den ländlichen Räumen können sich bis zum 21. August 2015 für eine Projektpräsentation auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2016 bewerben.

Positive Resonanz, viele neue Kontakte und gute Gespräche – die DVS blickt auf eine erfolgreiche Grüne Woche 2015 zurück. Die Möglichkeit, interessante Projekte aus den ländlichen Räumen auf der IGW vorzustellen, hat sich auch für unsere Mitaussteller auf dem Gemeinschaftsstand der DVS und dem Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) gelohnt. Für das Jahr 2016 ruft die DVS daher erneut zur Teilnahme an der Grünen Woche in Berlin auf. Gesucht werden Akteure und thematische Netzwerke aus den ländlichen Räumen, die innovative und zukunftsweisende Projekte oder ihre Region auf dem DVS/BMEL-Gemeinschaftsstand in der Halle 4.2 „Lust aufs Land“ vorstellen möchten.

Neben einer kurzen Darstellung Ihres Projekts ist für eine erfolgreiche Bewerbung vor allem Folgendes entscheidend: Wie möchten Sie Ihr Projekt auf den jeweils rund 20 Quadratmetern, die wir den Teilnehmern auf dem Messestand zur Verfügung stellen können, präsentieren? Wie wollen Sie die Besucher auf Ihr Projekt aufmerksam machen? Ihre Bewerbung sollte zwei bis drei Ideen skizzieren, mit denen Sie die Besucher auf der IGW ansprechen möchten. Geeignete Aktionen zur Besucher-

ansprache sind beispielsweise Mitmach-Aktionen, Musikbeiträge, handwerkliche Tätigkeiten, Trachtenschauen und Verkostungen. Alle Bewerbungen werden von uns geprüft. Gemeinsam mit den Akteuren der ausgewählten Projekte entwickeln wir konkrete Konzepte für den Messeauftritt. Zudem übernehmen wir sämtliche Standkosten sowie bei Bedarf die Reise- und Hotelkosten.

Die Grüne Woche findet vom 15. bis zum 24. Januar 2016 statt. Die Messe gilt weltweit als wichtigste Ausstellung für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau. Mit der Sonderschau „Lust aufs Land“ in Halle 4.2 bietet sie den Themen aus den ländlichen Räumen ein besonderes Forum – hier präsentieren sich Projekte und Initiativen, aber auch neue Entwicklungen aus der Forschung, die dazu beitragen, ländliche Regionen lebenswert zu halten und wirtschaftlich zu stärken. Mit einer Mischung aus Information und Unterhaltung sollen die Herausforderungen und die Bedeutung der ländlichen Regionen sichtbar gemacht werden.

Bitte senden Sie Fragen und Bewerbungen an [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de). [mow]



KONTAKT:  
Monika Wohlerl  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3462  
[monika.wohlerl@ble.de](mailto:monika.wohlerl@ble.de)

## Das war

### SIND DIE DATEN DER LANDWIRTE SICHER?

Rund 50 Teilnehmer des DVS-Workshops „Datenhoheit und Ausfallsicherheit“ diskutierten vom 31. März bis zum 1. April 2015 kontrovers über Möglichkeiten und Herausforderungen der landwirtschaftlichen Datensicherung.

Die Versorgung der Bevölkerung in Deutschland mit Lebensmitteln erscheint uns in Zeiten einer modernen hochproduktiven Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Da Lebensmittel zwingend notwendig sind, hat die landwirtschaftliche Primärproduktion, also Ackerbau und Viehhaltung, eine essentielle Funktion in der „Kritischen Infrastruktur Ernährung“ (KRITIS Ernährung). Kritische Infrastrukturen sind Institutionen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe eintreten würden. Laut Kathrin Stolzenburg vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gab es in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik keine umfassenden Versorgungsstörungen bei Lebensmitteln. Ist das Thema Ausfallsicherheit in der Landwirtschaft also überhaupt von Interesse?

#### Komplexe Landwirtschaft anfälliger

Innerhalb weniger Jahrzehnte haben sich die landwirtschaftlichen Strukturen verändert, von vielen kleinen, oft autarken Wirtschaftseinheiten hin zu wenigen, größeren Betrieben. Wulf Raubold von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) wies darauf hin, dass nicht nur der intensivere Einsatz industrieller Vorleistungen wie Technik, Dünge- und Pflanzenschutzmittel die Landwirtschaft heute potentiell anfälliger für Störungen macht. Die zunehmende Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen den Betrieben und Lieferanten auf der einen Seite und von Technik und Betriebsmitteln auf der anderen Seite tragen zur Störanfälligkeit bei. Neben der Abhängigkeit von Energie, insbesondere von Kraftstoffen und Strom, gefährden die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung per Internet die Sicherheit der landwirtschaftlichen Primärproduktion.

Die Bürger erwarten von allen Akteuren der Lebensmittelkette, dass diese Risiken begrenzt werden. Der Staat ist ebenfalls gefragt: Über das Ernährungssicherstellungsgesetz und das Ernährungsvorsorgegesetz ist er gesetzlich verpflichtet, im Krisenfall eine ausfallsichere Lebensmittelproduktion und -versorgung aufrecht zu erhalten. Im Bereich Kritischer Infrastrukturen wird von der Bundesregierung

deshalb ein IT-Sicherheitsgesetz vorbereitet, das Fehlentwicklungen bei der Digitalisierung lebenswichtiger Branchen vermeiden soll.

#### Ausfallsichere Vernetzung erreichbar?

Benjamin Lambrecht vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wies darauf hin, wie vielschichtig IT-Abhängigkeiten heute sind und dass sie von den betroffenen Branchen und Unternehmen oftmals nicht wahrgenommen werden. So seien beispielsweise eine Notstromversorgung für Mobilfunk und Festnetz eher selten und damit wichtige Prozesse der Produktionssteuerung, die etwa über SMS-Benachrichtigungen laufen, durchaus störanfällig. Störszenarien sollten ermittelt und Kernfunktionen von betriebsrelevanten Prozessen möglichst robust und ohne wechselseitige Abhängigkeiten angelegt werden.

Mathias Kretschmer vom Fraunhofer-Institut FOKUS hat ein Modell aufgezeigt, mit dem es zukünftig möglich sein wird, ausfalltolerante Breitbandkommunikationsnetze zu betreiben, die gerade im ländlichen Raum einzelne Gehöfte und Siedlungen erschließen. Das sogenannte SolarMesh-Kommunikationsnetz setzt im Umkreis von rund 17 Kilometern die Breitband-Leistung fort. Es wird mit kostengünstigen Bestandteilen aufgebaut und über Solarmodule betrieben, dadurch lässt sich bei Stromausfall im Notfall ein regionaler Inselbetrieb zwischen den angeschlossenen Teilnehmern aufrecht erhalten. So könnten Landwirte beispielsweise die Sprach- und Datenkommunikation mit ihrem Lohnunternehmer auch bei einem Blackout sichern.

Nach Ansicht von Roland Hörner von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) sind Mobilfunkverbindungen derzeit allerdings, besonders auf dem Land, weder überall und jederzeit verfügbar, noch vor Ausfall sicher. Von Ausfallsicherheit vernetzter Systeme könne nur dann die Rede sein, wenn Geräte und Maschinen auch offline weiterhin funktionieren, sicher und zuverlässig bedient, bewegt und eingesetzt werden können. Die Frage „Zentralisierung versus Dezentralisierung von betrieblichen Daten?“ ist nicht nur von Relevanz für die Ausfallsicherheit, sondern zentraler Baustein der betrieblichen Datenhoheit.

#### i

#### SERVICE:

Der DVS-Workshop fand in Kooperation mit dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rhein-Hessen-Nahe-Hunsrück und dem Landesverband der Maschinen- und Betriebshilfsringe Rheinland-Pfalz/Saarland in Mainz statt. Eine Dokumentation der Veranstaltung findet sich unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/datenhoheit](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/datenhoheit)

#### KONTAKT:

Bettina Rocha  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3882  
[bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de)



## DORFUMBAU ANGESICHTS NEUER HERAUSFORDERUNGEN

Der an den demografischen Wandel angepasste Dorfbau und die Organisation von Wissenstransfer standen im Vordergrund des dritten Netzwerktreffens Dorferneuerung und -entwicklung.

Über 30 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis trafen sich im März 2015 in Gotha. Bei diesem dritten Netzwerktreffen Dorferneuerung und -entwicklung, veranstaltet von der DVS, standen der an den demografischen Wandel angepasste Dorfbau sowie die Organisation von Wissenstransfer im Fokus. Den Einstieg bildeten Vorträge über die Erfahrungen aus dem Dorfbau in Sachsen und das Projekt „Leerstandslisten“ in Rheinland-Pfalz. Anschließend wurden die Themen in Workshops vertieft behandelt.

### Leerstand, Jugendbeteiligung und Wissenstransfer

Im Workshop „Dorfbau in Zeiten knapper finanzieller Mittel“ diskutierte eine Gruppe darüber, wie die Innenentwicklung eines Dorfs gestärkt und die Außenentwicklung verhindert werden kann. Dabei wurden sowohl die Beratung der Besitzer oder potenzieller Käufer als auch der Zwischenerwerb leerstehender Immobilien durch die Kommunen als mögliche Lösungsansätze besprochen. Eine zweite Gruppe stellte sich die Frage, wie Jugendliche an die Region gebunden werden können. Eine Antwort kann die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an konkreten Projekten sein. Die Teilnehmer schlugen vor, die Jugendbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen rechtlich zu verankern. Wie kann Wissenstransfer unterstützt und organisiert werden? Diese Frage erörterten die Teilnehmer des zweiten Workshops und kamen zu dem Schluss, dass für einen sinnvollen Transfer von Wissen zunächst die Zielgruppe und das zu ihr passende Medium

festgelegt werden müssen. Außerdem gilt es zu entscheiden, welche Informationen relevant sind und wer dafür verantwortlich ist, die Kommunikation zu übernehmen.

### Daseinsvorsorge geht alle an

Zu Beginn des zweiten Veranstaltungstags wurden die Ergebnisse der Studien „Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins“ und „Integration ist ein Zukunftsthema für ländliche Räume“ vorgestellt. In einem Workshop diskutierten die Teilnehmer anschließend darüber, wie wichtig es sein kann, ein Bewusstsein für Fragen der Daseinsvorsorge sowohl in der Bevölkerung als auch in der Lokalpolitik zu schaffen. Es wurde empfohlen, einen Masterplan Daseinsvorsorge zu erstellen. Außerdem könnte der Landkreis die Verantwortung für die Regionalplanung übernehmen. Zuwanderung als Chance für schrumpfende Regionen – wie lassen sich Potenziale nutzen? Die Workshop-Teilnehmer, die über diese Frage diskutierten, waren sich einig, dass Zuwanderung ländlichen Räumen vieles bringen kann – von neuen Impulsen über die Stärkung der Gemeinschaft bis hin zu neuen Fachkräften. Unabhängig von der Herkunft der Zuwanderer sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, eine Willkommensstruktur zu schaffen, bei der die Frage im Vordergrund steht, was der Ort oder die Region tun kann, um für Zuwanderer attraktiv zu sein. Ein möglicher Lösungsansatz aus Sicht der Diskutanten könnte die Erarbeitung eines regionalen Zuwanderungskonzepts sein. [mök]



KONTAKT:  
Moritz Kirchesch  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3968  
moritz.kirchesch@ble.de

## START-WORKSHOP DER EIP-INNOVATIONSDIENSTLEISTER

Vertreter aus den Bundesländern trafen sich am 2. und 3. Juni 2015 in Bonn



SERVICE:  
Weitere Informationen unter  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip)

KONTAKT:  
Bettina Rocha und Natascha Orthen  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3882 und -3268  
bettina.rocha@ble.de,  
natascha.orthen@ble.de

Zum ersten Mal trafen sich die sogenannten Innovationsdienstleister (IDL) der Bundesländer, um sich miteinander über bisherige Erfahrungen zur Umsetzung von EIP-Agri auszutauschen. Die Hauptaufgabe der IDL ist, die Operationellen Gruppen (OGs) bei ihrer Gründung und bei ihrer Arbeit an einem innovativen Projekt zu unterstützen. Nicht alle Bundesländer haben sich dafür entschieden, einen IDL im Land einzustellen. Zum Zeitpunkt des Workshops hatten nicht alle Länder, in denen ein IDL vorgesehen ist, mit der Arbeit begonnen. Sie wurden daher von EIP-Referenten aus den Minis-

terien vertreten. Beim Workshop wurde vereinbart, dass es künftig regelmäßige Treffen der IDL aller Länder geben wird, wobei rundum in den Ländern getagelt wird. Dies bietet die Möglichkeit, sich künftige EIP-Projekte vor Ort anzuschauen. Ebenfalls im Fokus der Treffen wird etwa der Austausch über Möglichkeiten des Wissenstransfers zwischen landwirtschaftlicher Praxis und Wissenschaft stehen. Das gleiche gilt auch für den Austausch und den Informationstransfer zwischen den Praktikern selbst, um so neue Erkenntnisse aus den Innovationsprojekten in die Breite zu tragen. [ber]

# Das kommt



## UMWELTLEISTUNGEN IM WALD

**Transferbesuch** Die DVS lädt zu einem Transferbesuch zum Themenfeld „Umweltleistungen im Wald“ am 22. und 23. Juli 2015 nach Rheinland-Pfalz ein.

Die gesellschaftlichen Ansprüche und Herausforderungen an die Umweltleistungen der heimischen Wälder steigen stetig durch Klimawandel, Energiewende und den europäischen Artenschutz. So soll der Wald nachwachsende Rohstoffe produzieren, Beiträge zum Erhalt der biologischen Vielfalt leisten und als Standort für Windkraftanlagen dienen. Der Transferbesuch am 22. und 23. Juli 2015 in Rheinland-Pfalz, dem walddreichsten Bundesland, knüpft an die DVS-Tagung „Umweltleistungen im Wald“ im September 2013 an.

Bei der zweitägigen Busexkursion werden Praxisbeispiele, wie etwa die Planung und Umsetzung von Windkraftanlagen im Wald und das Bibermanagement vorgestellt und diskutiert. Darüber

hinaus steht der Besuch des neu eingerichteten Nationalparks Hunsrück-Hochwald auf dem Programm. Dort können sich die Teilnehmer über Managementpläne und Ökosystemleistungen des Nationalparks informieren. Abgerundet wird die Veranstaltung von einem Abendvortrag zum Thema Klimawandel und Krisenmanagement in Waldökosystemen.

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Personen aus Forstbetrieben und -verwaltung, Eigentümerverbänden, Natur- und Umweltschutz, Wissenschaft und Behörden. Die Exkursion startet und endet in Koblenz, eine Übernachtung in der Region ist vorgesehen. [sik]



### SERVICE

Anmeldung und Information:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/waldumwelt](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/waldumwelt)

### KONTAKT:

Simon Keelan  
 DVS  
 Telefon: 0228 6845-3091  
[simon.keelan@ble.de](mailto:simon.keelan@ble.de)

## NEUE WEGE DER VERMARKTUNG

**Transferbesuch** am 8. und 9. Juli 2015 in Brandenburg



### SERVICE

Anmeldung und Informationen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionalprodukte](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionalprodukte)

### KONTAKT:

Isabell Friess und Bettina Rocha  
 DVS  
 Telefon: 0228 6845-3459 und -3882  
[isabell.friess@ble.de](mailto:isabell.friess@ble.de),  
[bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de)

Regionale Produkte direkt zu vermarkten, bedeutet für Erzeuger eine höhere Wertschöpfung zu erzielen. Klassischerweise werden die Waren in Hofläden oder Bauernhofcafés angeboten. Doch in strukturschwachen Regionen funktionieren diese Formen der Vermarktung oft nicht so gut – zu wenige Kunden kommen direkt vorbei. Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten, regionale Wertschöpfungspartnerschaften aufzubauen oder über Online-Handel überregionale Käufer zu erreichen, können Wege sein, auch in strukturschwachen Regionen den Absatz zu erhöhen. Die Exkursion, die die DVS in Kooperation mit dem Landschaftspflegeverband Spree-Neiße e. V. durchführt, hat den Online-Versand Spreewald-präsente sowie die Marmeladenmanufaktur Rosenrot und Feengrün und einen Arznei- und Gewürzpflanzengarten zum Ziel – alle drei Unternehmen gehen neue Wege bei der Vermarktung.

Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, die Betriebe anzuschauen und mit den Unternehmern deren Vorgehensweise zu diskutieren.

Ergänzt wird der Transferbesuch durch einen Vortragsteil am ersten Veranstaltungstag. Dabei werden wir besprechen, wie es möglich sein kann, regionale Produkte erfolgreich zu vermarkten. Besonders auf den Bereich Online-Vermarktung soll eingegangen, Vor- und Nachteile benannt und Hürden aufgezeigt werden. Darüber hinaus wird es um weitere neue Vertriebswege gehen und auch darum, wie Regionalprodukte Arbeitsplätze sichern können. Ein Beispiel aus der brandenburgischen Region „Bauer sucht Koch“ verdeutlicht, wie wichtig der Aufbau von Wertschöpfungsketten vor Ort für die erfolgreiche Vermarktung ist. Zwischen den Vorträgen haben die Teilnehmer viel Zeit, um Fragen zu klären und die vorgestellten Inhalte zu hinterfragen. [ifr]



## ARCHIV DER DVS WIRD ÜBER WEBSITE ZUGÄNGLICH

Erweiterung von [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)



**SERVICE:**  
Weitere Informationen unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima)

**KONTAKT:**  
Dagmar Nitsch und  
Andrea Birrenbach  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3004 und -3435  
[dagmar.nitsch@ble.de](mailto:dagmar.nitsch@ble.de),  
[andrea.birrenbach@ble.de](mailto:andrea.birrenbach@ble.de)

Die Website der DVS bekommt nach und nach ein übersichtliches Medien- und Veranstaltungsarchiv. Dazu haben wir alle Themenseiten um die neue Unterseite „Weitere Infos im Überblick“ ergänzt. Diese Unterseiten bestehen aus mehreren Themenblöcken: Im oberen Bereich stellen wir die zum jeweiligen Thema passenden Artikel und Interviews aus unserer Zeitschrift LandInForm als PDFs zum Download bereit. Darunter verlinken wir zu Berichten und Dokumentationen der DVS-Veranstaltungen; Zusammenfassungen der Veranstaltungen und Vorträge der Referenten sind darüber abrufbar. So wird auf einen Blick ersichtlich, was die DVS in den jeweiligen Bereichen bereits angeboten hat. Wenn es zum Thema passende Projekte aus den LEADER-Regionen gibt, verweisen wir auf den neuen Unterseiten zudem auf unsere Projektdatenbank. Sie ist ein Sammelbecken

für Ideen und Maßnahmen, die in den ländlichen Räumen erprobt werden und soll dazu dienen, anderen Akteuren zu zeigen, welche Projekte bereits umgesetzt wurden, worauf es sich lohnt zu achten und auch, was nicht so gut lief.

### Neue Seiten zum Klimawandel

Mit Veröffentlichung der LandInForm-Ausgabe 1/15, die das Fokusthema „Klimaschutz braucht Kommunen“ behandelt hat, haben wir eine neue Themenseite zum Klimawandel erstellt. Die Seite bündelt Informationen aus der aktuellen Klimafor-schung. Außerdem zeigt sie auf, was momen-tan in Sachen Klimaschutz in Kommunen und Regionen getan wird, wie Land- und Forstwirtschaft zum Klimaschutz beitragen können und welche Fördergelder für Klima-schutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. [abb]

## NETZWERKE(N) FÜR DÖRFER

Die DVS und der Bundesverband Lebendige Dörfer e. V. veranstalten am 22. und 23. September 2015 in Suhl ein Netzwerktreffen, das sich insbesondere an Akteure ländlicher und speziell auf der dörflichen Ebene aktiver Netzwerke richtet.

Die meisten Aktiven im Bereich der ländlichen Entwicklung sind sich einig, dass die vielfältigen Herausforderungen am besten durch gemeinsames Handeln gemeistert werden können. Deshalb haben sich Netzwerke, Kooperationen, Vereine und Interessengruppen auf verschiedenen Ebenen für unterschiedliche Bereiche gebildet. Nicht selten arbeiten diese Akteure an ähnlichen Inhalten, ohne voneinander zu wissen. Der Grund dafür ist nicht mangelndes Interesse, sondern vielfach schlicht ein Informations- und Kommunikationsdefizit. Das Dorfnetworktreffen soll dazu beitragen, dieses Defizit abzubauen, indem sich die Netzwerke präsentieren und Erfahrungen austauschen.

Im Detail soll es darum gehen, Problemstellungen und Ziele zu formulieren sowie verschiedene Lösungswege kennenzulernen und zu diskutieren. Gemeinsam soll der Frage nachgegangen werden, welche Netzwerkstrukturen für welche Ziele und Inhalte notwendig sind und wie Netzwerke lang-fristig funktionieren können. Außerdem sollen Ideen darüber ausgetauscht werden, wie eine Aus-tauschplattform organisiert werden kann. Wir laden alle interessierten, im ländlichen Raum aktiven Netzwerke – unabhängig von Größe oder Thematik – ein, an unserem Treffen teilzunehmen. [mok]



**SERVICE:**  
Information und Anmeldung:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung)

**KONTAKT:**  
Moritz Kirchesch  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3968  
[moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de)



## Das ist neu

### MEHR BETEILIGUNG IN DER VERNETZUNGSARBEIT

DVS hat den „Virtual Think Tank“ ausprobiert. Fazit: Wir werden ihn weiter nutzen!

In den vergangenen Jahren wurde die Vernetzungsarbeit immer komplexer. Vielfältige Akteursgruppen erweitern das Netzwerk und neue Themen bereichern die Arbeit. Für die aktuelle Förderphase werden bundesweit rund 300 LEADER-Regionen ausgerufen: Sowohl Regionalmanager mit langjährigen Erfahrungen als auch solche, die ganz neu dabei sind, engagieren sich für ihre Regionen.

Ziel der DVS ist es, den Kontakt zu den Akteuren zu intensivieren und die Angebote auf die Bedürfnisse möglichst vieler Akteursgruppen zuzuschneiden. Neben regelmäßigen Treffen bei Veranstaltungen sollen Virtual Think Tanks dabei helfen, diesem Anspruch gerecht zu werden: In einstündigen strukturierten Telefonaten können maximal acht Teilnehmer zu festgelegten Themen, beispielsweise zu Veranstaltungen, Stellung nehmen, ihre Interessen äußern oder weitergehende Vorschläge unterbreiten.

#### Die Schweden machen es vor

Die schwedische Vernetzungsstelle führt seit 2009 Virtual Think Tanks durch. Klare Vorteile gegenüber persönlichen Treffen sind, dass große Entfernungen auf diese Weise mühelos überwunden werden und

sich die Teilnehmern nur eine Stunde Zeit nehmen müssen. Die schwedische Vernetzungsstelle hat auf diese Weise Themenvorschläge für ihr Arbeitsprogramm abgefragt. Wichtig ist, dass die Telefonate die persönlichen Treffen nicht vollständig ersetzen, sondern ergänzen.

#### Auch wir probieren es

Im Mai 2015 führten wir unseren ersten Virtual Think Tank durch, um die für Herbst geplanten Schulungen für Regionalmanager zu besprechen. Idealerweise sollen die Themen in mehreren Runden mit verschiedenen Teilnehmern diskutiert werden, um die Ergebnisse weiterzuentwickeln. Erkenntnisse unseres ersten Durchlaufs: Auch wenn die Methode etwas antiquiert anmutet – wer macht schon eine reine Telefonkonferenz im Zeitalter von Skype, Facebook und Co.? –, so überzeugen doch die Ergebnisse. Es gab keine technischen Hürden, die die Teilnehmer davon abhielten, am Virtual Think Tank teilzunehmen. Außerdem ist die Methode ein Gewinn für die Gesprächskultur: Die reine Telefonvariante disziplinierte die Teilnehmer – niemand wurde unterbrochen. [ifr/stk]



#### SERVICE:

Auch zukünftig möchten wir die Methode für unsere Arbeit einsetzen. Wenn Sie Interesse haben, an diesen Virtual Think Tanks teilzunehmen, melden Sie sich unter [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de).

#### KONTAKT:

Isabell Friess und Stefan Kämper  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3459 und -3722  
[isabell.friess@ble.de](mailto:isabell.friess@ble.de),  
[stefan.kaemper@ble.de](mailto:stefan.kaemper@ble.de)

### LEADER-PROJEKTE TRANSPARENT AUSWÄHLEN

Mehrheit der LEADER-Referenten der Länder und BMEL einigen sich auf Empfehlungen für die neue Förderperiode

Die Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) haben die Aufgabe, LEADER-Förderprojekte zu benennen, die dazu beitragen, die Lokale Entwicklungsstrategie (LES) umzusetzen – und übernehmen damit eine große Verantwortung. Die Verantwortlichen aus Bund und Ländern wollen den LAGs Hilfestellungen geben und haben, wie bereits in der letzten Förderperiode, Empfehlungen erarbeitet. Sie sollen Anregungen dazu liefern, wie das Verfahren transparent gestaltet, Kriterien objektiv formuliert, Interessenskonflikte vermieden und das Mindest-

quorum eingehalten werden kann. Außerdem gibt das Papier Hinweise zu den formalen Schritten, die es bei der Ausarbeitung von Kriterien zu beachten gilt.

Die Empfehlung dient als Orientierungshilfe und erhebt keinen Anspruch darauf, alle europäischen Vorgaben vollständig umzusetzen. Die Verwaltungsbehörden der Länder können Teile oder auch die gesamten Empfehlungen allerdings für verbindlich erklären. In diesem Fall sollten die LAGs Kontakt mit ihrer Verwaltungsbehörde aufnehmen. [arh]



#### SERVICE:

Zu finden sind die Empfehlungen unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader)



IM FOKUS

# Ländliche Regionen: sturmerprobt und krisenfest?

Ein Tornado verwüstet jüngst eine Kleinstadt bei Rostock, fossile Ressourcen sind immer schwieriger verfügbar und die Bevölkerung in ländlichen Räumen schrumpft und altert. Solche Herausforderungen und selbst viele Lösungsansätze ziehen komplexe Problemketten nach sich. Vor diesem Hintergrund lautet das Schlagwort in der ländlichen Entwicklung immer häufiger „Resilienz“. In Theorie und Praxis beginnt es sich langsam mit Leben zu füllen.



# Was heißt hier resilient?!

Auch in der ländlichen Entwicklung hat das Schlagwort „Resilienz“ Einzug gehalten. Die Idee, eine Region resilient und damit krisenfester zu machen, erweitert die alten Grundsätze der endogenen Regionalentwicklung.

[VON BERNHARD MÜLLER UND PAULINA SCHIAPPACASSE]

In den siebziger und frühen achtziger Jahren, als man einsehen musste, dass staatliche Programme allein nicht ausreichten, um strukturschwache ländliche Regionen nachhaltig zu stärken, entwickelte man mit der endogenen Regionalentwicklung ein Modell, das auf die speziellen Stärken von ländlichen Regionen setzte: Die regional vorhandenen Potenziale sollten genutzt werden, um eine eigenständige Entwicklung in Gang zu setzen; Regionalmanager dabei helfen, regionale Stärken zu erkennen, integrierte Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und neue Projekte zu initiieren. Insgesamt handelt es sich um eine Erfolgsgeschichte, die sich heute auch die Europäische Union, insbesondere bei ihren Programmen der ländlichen Regionalentwicklung, zu Nutze macht. Aber sind die Herausforderungen von gestern auch die von morgen? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Vieles spricht dafür, dass wir mit völlig anderen Bedingungen zu rechnen haben. Drei Beispiele sollen dies belegen.

## Klimawandel erfordert umfassende Änderungen

Erstens der Klimawandel: Er ist vielerorts längst zur Realität geworden. Ländliche Regionen spüren dies als erste. Heißere Sommer und Trockenheit lassen Bauern über den Anbau neuer Sorten nachdenken; Winzer beginnen, sich auf den Anbau neuer Rebsorten einzustellen; Waldbesitzer denken über den Waldumbau nach oder haben bereits damit begonnen; Schädlinge haben immer größere Chancen, die milder werdenden Wintermonate zu überleben und sich entsprechend zu vermehren; Starkregen spülen fruchtbaren Boden von den Äckern auf Wege, in die Kanalisation und in Siedlungen hinein. Die Land- und Forstwirtschaft und die landwirtschaftsbezogene Infrastruktur stehen damit überall in Deutschland vor gravierenden Herausforderungen.

## Neue Konzepte für den demografischen Wandel

Zweitens der demografische Wandel: Deutschland wird aufgrund von Geburtenmangel in der Zukunft immer weniger Einwohner haben. Regional verstärken sich die Unterschiede zwischen Wachstums- und Schrumpfungsbereichen dadurch, dass junge Menschen die Regionen

verlassen, in denen sie keine Zukunftschancen sehen. Dort und auch insgesamt nimmt der Anteil älterer Menschen stark zu. Auch hier sind es vor allem die ländlichen Regionen, die die Folgen zu spüren bekommen. Die Daseinsgrundvorsorge, das heißt zum Beispiel die Schulversorgung und die Gesundheitsvorsorge, ist mancherorts kaum mehr aufrecht zu erhalten. Die letzten Tante-Emma-Läden haben längst geschlossen, der öffentliche Personennahverkehr wird eingestellt, weil es keine Fahrgäste mehr gibt. Neue Konzepte tun Not. Ländliche Regionalentwicklung gepaart mit Wirtschafts- und Sozialpolitik ist hier gefordert, insbesondere in den sich immer weiter ausbreitenden Gebieten mit schrumpfender oder alternder Bevölkerung.

## Landnutzungskonflikte durch Energiewende

Drittens die Endlichkeit fossiler Energieträger: Auch das Umsteuern in Richtung einer postfossilen Gesellschaft hinterlässt Spuren in ländlichen Regionen. Wer im April oder Mai durch Deutschland fährt, lässt sich gern von den weiten Rapslandschaften in den Bann ziehen. Mancher vergisst dabei, dass Deutschland fünftgrößter Rapsproduzent der Welt ist und ein Großteil der Ernte in die Produktion von Biokraftstoff fließt. Kritiker beklagen den Verlust an landschaftlicher Vielfalt und Biodiversität. Befürworter führen an, dies sei der Preis für den Umstieg auf regenerative Energien. Ähnliche Konflikte bestehen bei anderen Energiepflanzen sowie bei Windenergie- oder Fotovoltaikanlagen. Die einen sehen in ihnen Heilsbringer einer postfossilen Gesellschaft, die anderen beklagen die „Verspargelung“ der Landschaft und den Verlust von Flächen für die Nahrungsmittelproduktion. Energiepolitik, Naturschutz sowie Landschafts- und Regionalplanung sind überall in Deutschland gefordert, Lösungen zu finden.

## Resilienz als neues Schlagwort

Wie kann man auf diese Herausforderungen reagieren? Ein neues Schlagwort heißt Resilienz. Der Begriff hat Tradition, zum Beispiel in den Ingenieur- und Materialwissenschaften, in der Psychologie, in der Ökologie und den Umweltwissenschaften und neuerdings auch in der Stadt- und Regionalentwicklung. Resilienz bezeichnet allgemein die Widerstandsfähigkeit gegenüber schockartigen Ereignissen. Es geht um das Vermögen ländlicher Regionen, ihre Funktionsfähigkeit auch unter widrigen Umständen aufrecht zu erhalten und ein möglichst hohes Maß an Krisenfestigkeit zu entwickeln. Das heißt zum Beispiel: Trotz Klima- und demografischem Wandel zumindest keine wirtschaftlichen Einbußen zu erleiden sowie ländliche Infrastruktur und damit die Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu erhalten. Und trotz Energiewende den Natur- und Landschaftsschutz sowie die Nahrungsmittelproduktion zu gewährleisten und zwischen Gegnern und Befürwortern sachlich sinnvolle Konfliktlösungen zu erreichen.



Der Klimawandel als neue Herausforderung: Sturmschäden im Wald treten im häufiger auf.

### Die Instrumente ähneln sich

Ländliche Regionen werden dabei vor allem Prozessunterstützung von außen brauchen. Regionalplanung und Regionalentwicklung werden an Bedeutung gewinnen, denn sie verfügen über geeignete Analyseinstrumente und können Vermittlerfunktionen einnehmen. Auch regionale Entwicklungskonzepte werden wieder stärker gefragt sein, allerdings werden sie anders aussehen als die bekannten. Und schließlich kann ein kluges Regionalmanagement, ähnlich wie bei der endogenen Regionalentwicklung – allerdings unter anderen Vorzeichen –, wichtige Initiativfunktionen übernehmen. Insofern mögen die Instrumente denen früherer Konzepte teilweise gleichen. Trotzdem ist Resilienz in ländlichen Regionen mehr als nur ein neues Schlagwort für bereits Bekanntes.

### Flexibel sein und frühzeitig handeln

Es wird schnell klar, dass ländliche Regionen flexibler werden müssen, um mit neuen Herausforderungen umgehen zu können. Ein Zurück zum jeweiligen Ausgangszustand, wie in den Ingenieurwissenschaften, kann dabei nicht zielführend sein. Vielmehr ist kontinuierliche Anpassungsfähigkeit gefragt. Sich ständig ändernde Herausforderungen müssen frühzeitig erkannt, neue Lösungsansätze rechtzeitig entwickelt werden. Wer sich den Herausforderungen des Klimawandels nicht stellt, wer den demografischen Wandel ignoriert und wer die Energiewende verpasst, vergrößert die Krisenanfälligkeit seiner Region und vergibt Zukunftschancen.

Kreativität und Ideenreichtum, gepaart mit sozialem Kapital und Kooperationsbereitschaft über Gemeinde-, Ressort-, Sektor- und Verwaltungsgrenzen hinweg sowie ein gewisses Maß an Risikobewusstsein, verbunden mit Sinn für das Machbare, bilden hierfür eine gute Grundlage. Dabei muss

das Risiko potenzieller Maßnahmen selbstverständlich auf Basis sorgfältiger Analysen eingeschätzt werden. Risikoabschätzungen, wie sie sich mancherorts beim sogenannten Climate Proofing oder bei Demografietests, das heißt bei der Prüfung von Programmen, Plänen und Maßnahmen im Hinblick auf Aspekte des Klimawandels oder des demografischen Wandels etabliert haben, können dabei hilfreich sein. Regionen, die diese Fähigkeiten und Instrumente nicht besitzen, sind krisenanfälliger als solche, die über eine gute Risikosensorik und ein funktionierendes Risikomonitoring verfügen.

Eine Faustregel für die ideale Regionsgröße gibt es dabei nicht. Wichtig sind aber einerseits Überschaubarkeit und räumliche Nähe, aus der soziales Kapital und gegenseitiges Vertrauen der handelnden Personen zueinander erwachsen können. Andererseits muss eine Region ausreichend Handlungspotenziale mobilisieren können, zum Beispiel Kompetenzen, Personal und Finanzen. Und ein weiterer Faktor kommt hinzu: das Zentrale-Orte-Konzept der Raumplanung in Deutschland, denn es trägt mit seinem System von Mittel- und Unterzentren erheblich zur Daseinsgrundvorsorge und zur Sicherung von Lebensqualität auch in strukturschwachen und krisengeschüttelten ländlichen Regionen bei.



#### KONTAKT:

Prof. Dr. Dr. Bernhard Müller  
Dr. Paulina Schiappacasse  
Technische Universität Dresden  
Lehrstuhl für Raumentwicklung  
Telefon: 0351 463-37890  
b.mueller@ioer.de,  
paulina.schiappacasse@tu-dresden.de



# Resilienz bewusst steuern

Als Einkommensbezieher zahlen wir Steuern und als Autofahrer sitzen wir am Steuer. Was aber tun wir, wenn wir eine Region steuern? Und was insbesondere, um ihre Resilienz zu stärken? [VON ROBERT LUKESCH]

Nein, wir können die Entwicklung einer Region nicht steuern wie ein Motorrad; wir können aber auf die Richtung, die diese Entwicklung nimmt, bewusst und absichtsvoll einwirken, mit durchaus ungewissem Ausgang. Regionale Steuerung steht in unserem Sprachgebrauch synonym für regionale Governance, und die bedarf der öffentlichen Legitimation. Die Träger der regionalen Governance sind in der Regel Entwicklungspartnerschaften, die versuchen, private, zivilgesellschaftliche und öffentliche Interessen für alle Beteiligten akzeptabel und motivierend unter einen Hut zu bringen. Ein komplexes Unterfangen, wenn wir an die Ausarbeitung der Ländlichen Entwicklungsstrategien (LES) für die laufende LEADER-Periode denken.

**Resilienz existiert nur im Vergleich**  
Wir wissen nicht, was eine resiliente Region ist und wie sie aussieht. Wir können aber anhand bestimmter Kennzahlen durchaus bestimmen,

und sei es nur aus historischer Perspektive, welche Region resilienter als eine andere bei ein und derselben Art von Krise war. Dabei sollte man regionale Resilienz nicht nur auf bestimmte Faktoren wie Einkommen, Beschäftigung, Klimawandel oder die Sicherheitslage beziehen, sondern sie möglichst umfassend begreifen. Die Qualität des Lebensraums ist nämlich ein Zusammenklang aus vielerlei Faktoren.

## Resilienz ist erahnbar

In zahlreichen Studien wurde versucht, verlässliche und handlungsrelevante Zugangshinweise für Resilienz zu finden. Aus den dort umfänglich beschriebenen Charakteristika „resilienterer Regionen“ haben wir drei modale Imperative entwickelt: Resilienz erkennen wir daran, dass in den wesentlichen Strukturen und Prozessen in der Region ein hohes Maß an Diversität, Modularität und Reflexivität zu erkennen ist. Dies gilt sowohl für das regionale Gefüge – zum Beispiel

die Landschaft, Wirtschaft oder Gesellschaft der Region – als auch für das Steuerungssystem.

## Diversität:

In der Regionalentwicklung heißt Diversität etwa, die verschiedenen Hintergründe, Kompetenzen, Bedürfnisse und Interessen der beteiligten Akteure zu berücksichtigen, unterschiedliche Formen von Partnerschaften und Interventionsinstrumenten zuzulassen, Bürgerbeteiligung vielfältig zu gestalten und zu moderieren sowie unterschiedliche Perspektiven bei der Beobachtung und Reflexion der geförderten Projekte und Aktivitäten einzunehmen.

## Modularität:

Modularität bedeutet: Regionalentwicklung wird von verschiedenen Partnerschaften getragen, die auf ihrer jeweiligen Ebene die Aufgaben lösen, für die sie am besten geeignet sind. Jede dieser Partnerschaften besteht dabei selbst aus einer Vielfalt öffent-

licher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Auch die genutzten Beteiligungsformate sollten vielfältig sein – von der Großgruppenveranstaltung über thematische Arbeitskreise, Koordinationsgruppen, Web 2.0 bis hin zu Kunstprojekten und Ideenwettbewerben. So wird man den Neigungen, Ausdrucksformen und Zeitpräferenzen unterschiedlicher Gruppen gerecht und erreicht dadurch eine hohe Beteiligung. Die Impulse sollten nicht von einer einzigen Organisation ausgehen, sondern in einem Netzwerk teilregionaler, thematischer (zum Beispiel Inklusion, Klimawandel) und sektoraler (zum Beispiel Tourismus, Energie), selbstständiger Organisationen und Initiativen entstehen, die sich über eine intermediäre Instanz – nennen wir sie „Regionalmanagement“ – koordinieren.

#### Reflexivität:

Reflexiv ist Regionalentwicklung, wenn die Annahmen, auf deren Basis die regionale Entwicklung gefördert werden soll, regelmäßig hinterfragt werden. In derselben Weise sollten auch die Ergebnisse und Wirkungen der geförderten Projekte und der Entwicklungspartnerschaft analysiert werden, idealerweise durch einen externen Evaluator. Dabei ist es wichtig, eine Vielfalt an Methoden zu verwenden – ob quantitativ oder qualitativ, analytisch oder diskursiv. Der Austausch mit überregionalen und internationalen Praxis-Communities hilft der Entwicklungspartnerschaft ebenso, ihre Handlungsweise kritisch zu hinterfragen.

#### Perspektiven der Steuerung

Was macht nun erfolgreiches regionales Governance aus? Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat sogenannte Erfolgsfaktoren und Steuerungsperspektiven für Kooperationsmanagement erarbeitet, die hier nur leicht abgewandelt dargestellt werden. Jedem der Erfolgsfaktoren können beobachtungs- und handlungsleitende Fragen zugeordnet werden, von denen wir einige beispielhaft anführen.

#### Strategie:

Wie funktioniert das regionale Handlungsgefüge? Welche Strategien verfolgen die wesentlichen Akteure? Auf welche gemeinsamen Ziele können sie sich verständigen und welche strategischen Optionen stehen ihnen

zur Auswahl? Nach welchen Kriterien erfolgt deren Auswahl und wie sind die Aktivitäten und Leistungen der Partner in der regionalen Governance aufeinander abgestimmt?

#### Kooperation:

Welche sind die entwicklungsbestimmenden Akteure in der Region und welche Mandate, Rollen und Interessen haben sie? Welche Konfliktlinien existieren? Welche Akteure müssen beteiligt werden, um die vereinbarten Ziele zu erreichen und welche Vor- oder Nachteile erwachsen ihnen aus dieser Kooperation?

#### Steuerungsstrukturen:

Wie kommen in der regionalen Governance Entscheidungen zustande? Wie wird sie ihren Aufgaben im Hinblick auf Vielfalt, Umfang und Risiken gerecht? Wie wird ein breiter politischer Rückhalt für die Ziele und Veränderungsprozesse hergestellt? Wie sehen die Operationspläne aus und auf welchen messbaren Größen stützt sich die Wirkungsbeobachtung?

#### Steuerungsprozesse:

Welches sind die relevanten Prozesse (Leistungs-, Kooperations- und Lernprozesse, Steuerungs- und Unterstützungsprozesse) in der Region, wie sind sie gestaltet und wie wirken sie zusammen? Über welche Prozesse nimmt regionale Governance Einfluss auf die Gestaltung der Prozesse in der Region?

#### Lernen:

Welche Innovationen sollen in der Region breitenwirksam verankert werden? Was ist der Erneuerungs- und Lernbedarf der Menschen, Organisationen, Netzwerke und des gesellschaftlichen Gefüges in der Region? Wie lässt sich sicherstellen, dass man aus den geförderten Entwicklungsprojekten lernt und wie werden diese Lernerfahrungen aufbereitet und dokumentiert?

#### Die Balance ist wichtig

Wenn es um regionale Steuerung für Resilienz geht, sehen sich lokale Aktionsgruppen und regionale Entwicklungsverbände also der Aufgabe gegenüber, auf bestimmte Merkmale zu achten, sowohl „draußen“ in der Region als auch „drinnen“ in ihrem Steuerungscockpit. In ihren Interventionen geht es nicht darum, Merkmale der Diversität, Modularität und Reflexivität einseitig zu maximieren,

sondern sie auf hohem Niveau in Balance zu halten. Angewandt auf die Erfolgsfaktoren Kooperation und Steuerungsprozesse hieße das zum Beispiel: Es bräuchte nicht viel, eine möglichst hohe Zahl unterschiedlicher regionaler Akteure in riesige Open-Space-Versammlungen zu holen und dann ohne weitere Beratungsschritte zu versuchen, aus dem Stimmengewirr eine brauchbare Strategie erstehen zu lassen. Denn hier wäre zumindest das Prinzip der Modularität verletzt, bei dem es darum geht, das große Ganze in kleine, selbstständige, aber miteinander klug in Beziehung gebrachte Teile zu zerlegen. Zudem wäre es nicht ratsam, ausschließlich auf die Strategie „Stärken stärken“ zu setzen und vorbildlich aufeinander abgestimmte, einander ergänzende, also modulare, Leitprojekte zu fördern: Man vergäbe zum einen, gänzlich Neues, also Diverses, zu generieren, um für unvorhersagbare Herausforderungen der Zukunft breit genug aufgestellt zu sein; und zum anderen aus den Irrungen und Wirrungen der ersten Gehversuche reflexiv zu lernen und letztendlich Altes mit Neuem auf überraschende Weise miteinander zu verbinden.

#### SERVICE:

##### Zum Weiterlesen:

Lukesch R., Payer H., Winkler-Rieder W., 2010: *Wie gehen Regionen mit Krisen um? Eine explorative Studie zur Resilienz von Regionen*. ÖAR im Auftrag des Österreichischen Bundeskanzleramts, Wien.

Download unter:  
[www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=39673](http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=39673)

Wink, R. (Hrsg, 2015): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung*, Springer Verlag, Wiesbaden.

GIZ GmbH (Hrsg., 2015): *Kooperationsmanagement in der Praxis, Gesellschaftliche Veränderungen gestalten mit Capacity WORKS*, Springer Gabler, Wiesbaden.



#### KONTAKT:

Dr. Robert Lukesch  
Regionalberatung GmbH  
Telefon: +43 (0) 3155 5108  
lukesch@oear.at  
[www.oear.at](http://www.oear.at)

# Cluster stärken ländliche Räume

Forscher und Wirtschaftsförderer sehen in Unternehmensclustern einen regionalen Wachstums- und Beschäftigungsmotor.

Wie kann Clusterpolitik die regionale Wirtschaft ländlicher Räume krisenfester machen? [VON CHRISTIAN HUNDT UND MATTHIAS KIESE]

Cluster, also die räumlich-sektorale Ballung von Unternehmen, können die ihnen zugedachten regionalökonomischen Effekte erst entfalten, wenn sie eine kritische Größe erreichen: durch wenige große oder auch durch zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Große Unternehmen organisieren die Wertschöpfung meist intern. Durch große Herstellungsmengen erzielen sie Kostenvorteile und können große Absatzmärkte erschließen. Falls diese Unternehmen wachsen, überträgt sich das Wachstum im Idealfall auf die regionale Wirtschaft, schafft und sichert dort Arbeitsplätze. Sich aktiv um die (Neu-)Ansiedlung großer Unternehmen zu bemühen, kann für eine Region also durchaus lohnend erscheinen. Allerdings ist bei dieser Strategie Vorsicht geboten: Die Dominanz weniger Großunternehmen kann die regionale Wirtschaft in Abhängigkeit und Überspezialisierung führen. Wenn sich die hergestellten Produkte und die von ihnen geprägten Cluster in der Reife- oder Schrumpfungsphase ihres Lebenszyklus befinden, in der die Umsätze bereits stagnieren oder sinken, wiegt das umso schwerer. Eine dauerhafte Erhöhung regionaler Krisenfestigkeit ist allein auf diesem Wege also kaum zu erreichen.

## Kleine und mittlere Unternehmen geeigneter

Anstatt mit großem Mittelaufwand die Ansiedlung großer, regionsexterner Unternehmen zu verfolgen, kann die regionale Wirtschaftspolitik die erforderliche Mindestgröße eines Clusters auch durch möglichst viele KMU sicherstellen. Anders als in von Großunternehmen beherrschten Clustern verläuft die Produktion hier stärker dezentral: Die verschiedenen Stufen der Wertschöpfung werden auf viele Unternehmen verteilt. Zugleich verringert die räumliche Nähe der beteiligten KMU den Abstimmungsaufwand. Das Cluster kann durch die pro Betrieb relativ geringen Umrüstkosten auch auf kurzfristige Marktveränderungen schnell reagieren und so zur Stärkung des Standorts beitragen.

## Interne Potenziale aktivieren und konzentrieren

Um die erforderliche Mindestgröße eines von KMU getragenen Clusters in ländlichen Räumen zu erreichen, gelten für die regionale Wirtschaftspolitik zwei Handlungsgrundsätze: Um nachhaltige Clusterstrukturen aufzubauen, gilt, die im Ansatz vorhandenen Potenziale der Region, wie Kapital, Arbeit oder Infrastruktur, zu aktivieren und weiterzuentwickeln. Und diese regionsintern verfügbaren Ressourcen müssen an wenigen Standorten im ländlichen Raum konzentriert werden. Das ist vorzugsweise dort, wo sich bereits erkennbare Zentren herausgebildet haben, in denen Ballungsvorteile für die Clusterentwicklung schneller genutzt werden können.

Für eine Clusterförderung nach dem räumlichen Gießkannenprinzip sind die wirtschaftlichen Ressourcen in ländlichen Räumen allerdings oftmals schlicht zu knapp. Falls die kritische Clustergröße nicht erreicht würde, blieben die für das selbsttragende Wachstum wesentlichen Produktivitätszuwächse aus und die getätigten Investitionen wirkungslos. Deshalb sollten regionsexterne Ressourcen nicht generell abgelehnt, aber gezielt nur dann angeworben werden, wenn die internen Potenziale bei der Clusterentwicklung nicht ausreichen.

## Spezialisiert und trotzdem vielfältig

Um ländliche Regionen wirksam krisenfester zu machen, ist die kritische Masse nur die Grundvoraussetzung. Die Branchenstrukturen der zu entwickelnden Cluster sollten durch eine „verbundene Vielfalt“ geprägt sein: Unterschiedliche Branchen sind über gemeinsame oder sich ergänzende Kompetenzen – zum Beispiel im technologischen Bereich – miteinander verbunden. Eine auf verbundene Vielfalt ausgerichtete Clusterpolitik verfolgt so viel Spezialisierung wie nötig und so viel Vielfalt wie möglich. Mittels Spezialisierung sollen die erforderlichen Produktivitätszuwächse unterstützt, durch Vielfalt eine zu starke Abhängigkeit von wenigen Sektoren vermieden werden.

Im Vergleich zur reinen Spezialisierung verringert verbundene Vielfalt die regionale Anfälligkeit für sektorenspezifische Krisen, denn Rückgänge in der betroffenen Branche können leichter durch das Wachstum anderer regionaler Branchen kompensiert werden. Bei sektoralen Turbulenzen erweist sich die verbundene Vielfalt zwar anfälliger als die „unverbundene Vielfalt“, begünstigt aber auch neue regionale Entwicklungspfade, da Branchen mit kompatiblen Kompetenzen ihre Ressourcen effektiver und effizienter zu neuen Produkten und Prozessen zusammenführen können. Eine wichtige Resilienzformel lautet demnach: Wirtschaftswachstum ja, Monostrukturen nein.

Dabei sollten jedoch – gerade angesichts der in ländlichen Räumen relativ knappen Ressourcen – solche Branchen gefördert werden, die sich idealerweise in einer vergleichsweise frühen Phase ihres Lebenszyklus befinden und sowohl überdurchschnittliche Innovations- als auch praktische Synergiepotenziale mit anderen Branchen erkennen lassen. Beispiele dafür sind Biotechnologie, IuK-Technologien (Informations- und Kommunikationstechnologien), Mikrosystemtechnik und Nanotechnologie.

#### Forschung, Wissenstransfer und Bildung unabdingbar

Eine regionale Clusterstrategie sollte von einer möglichst großen Zahl regionaler Akteure aktiv mitgetragen werden. Um die verfügbaren Ressourcen zu schonen, muss sie zudem zielgerichtet umgesetzt und streng koordiniert werden. Dafür gilt es, eine clusterspezifische Infrastruktur auszubauen, etwa in Form von Forschungs-, Transfer- und Qualifizierungseinrichtungen. Um eine kritische Masse leistungsstarker Unternehmen zu erreichen, sollten in erster Linie wachstumsorientierte Gründungen aus der Region gefördert und ergänzend mobile KMU von außen angesiedelt werden. Auf diese Weise können Lücken in der regionalen Wertschöpfung frühzeitig geschlossen und Ballungsvorteile schneller realisiert werden. Die verstärkte Vernetzung von Unternehmen miteinander sowie der intensive Austausch mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen gelten als weitere wichtige Bausteine zur Erhöhung der Resilienz nicht nur in ländlichen Räumen.

#### Schwierige Umsetzung in der Praxis

Verbundene Vielfalt in ländlichen Regionen tatsächlich zu etablieren, gestaltet sich wegen der Ressourcenknappheit schwierig. Die Herausbildung einander überlappender und sich gegenseitig starker Cluster ist eher in Metropolräumen zu erwarten, wie es etwa im Großraum München mit Blick auf die vielfältig verflochtenen Life-Science-Branchen geschieht. Clusterstrukturen in ländlichen Regionen sind hingegen meist spezialisiert. Beispiele hierfür sind das Agribusiness-Cluster im Oldenburger Münsterland oder das Textilcluster im bayerischen Landkreis Hof. Künftig muss es in ländlichen Räumen verstärkt darum gehen, diese oft noch relativ eng gefassten Entwicklungspfade zu öffnen und – unter Nutzung regionsspezifischer Kompetenzen – sinnvoll zu verbreitern. Ein profundes Beispiel hierfür liefert das Schweizer Jura, wo sich nach der Krise der Uhrenindustrie auf Basis der vorhandenen feinmechanischen Kompetenzen ein neuer Cluster in der Medizintechnik entwickelt hat – das wirtschaftliche Fundament wurde breiter und die Krisenanfälligkeit der Region ging zurück.



#### SERVICE:

##### Zum Weiterlesen

Kiese M.; Hundt C., 2014: *Cluster Policies, Organising Capacity and Regional Resilience: Evidence from German Case Studies*. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 72(2), S. 117-131.



#### KONTAKT:

Dr. Christian Hundt  
Ruhr-Universität Bochum  
Geografisches Institut  
Telefon: 0234 32-23355  
christian.hundt@rub.de

Prof. Dr. Matthias Kiese  
Ruhr-Universität Bochum  
Geografisches Institut  
Telefon: 0234 32-23436  
matthias.kiese@rub.de

# Mit Kopf, Herz und Hand

Die globale ehrenamtliche Transition-Bewegung will die Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber Krisen machen. „Westerwald im Wandel“ ist eine der wenigen ländlichen Transition-Initiativen in Deutschland. Trotz vieler – auch typisch ländlicher Herausforderungen – hat sie in kurzer Zeit bereits viel bewegt.



Regina Karrenbauer hat neben ihrem Beruf als Heilpraktikerin Westerwald im Wandel gegründet. [www.westerwaldimwandel.de](http://www.westerwaldimwandel.de)

**Frau Karrenbauer, mit „Westerwald im Wandel“ wollen Sie ihre Region widerstandsfähiger machen. Wie ist es dazu gekommen?**

Mein Mann und ich haben vor etwa fünf Jahren einen Film über die weltweite Transition-Initiative gesehen. Nach einer Phase der Resignation hat uns dieser Film motiviert, wieder selbst etwas tun zu wollen und die Ziele dieser Bewegung auf die Situation in unserer Region herunterzubrechen. Wir haben viele interessierte Menschen zusammengetrommelt und gemeinsam überlegt, was wir umsetzen wollen. Daraus entstand ein sehr großes Netzwerk an aktiven Personen, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen engagieren.

**In welchen Bereichen zum Beispiel?**

Ein besonderes Interesse besteht am Gärtnern und an der biologischen Landwirtschaft: Eine Gartengruppe bearbeitet beispielsweise ein Gemeinschaftsgrundstück und trifft sich regelmäßig zu Saat- und Pflanzgut-Tauschbörsen. In unserer Region haben sich mittlerweile vier solidarische Landwirtschaften mit jeweils 15 bis 65 Mitgliedern gegründet, die mit verbindlichen regelmäßigen Beiträgen regionalen Bauern Planungssicherheit geben und im Gegenzug von diesen mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Eine weitere Kooperative bestellt und verteilt plastikfrei verpackte Produkte unter anderem von regionalen Unternehmen – wie Getreide, Gewürze, Seife oder Schafskäse – an ihre Mitglieder. Es gibt außerdem Überlegungen, ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt aufzubauen. Wo sich die Möglichkeit ergibt, arbeiten wir dabei eng mit regionalen Unternehmen, Naturschutz- und Tourismusvereinen, Stiftungen, Kommunen und den LandFrauen zusammen.

**Solche Aktivitäten bedürfen ja einer gewissen regionalen Steuerung. Übernimmt jemand diese Aufgabe?**

Steuerung ist vielleicht zu viel gesagt – aber die Koordination und Vernetzung erfordert sicherlich eine ganze Menge Arbeit. Damit spreche ich einen wunden Punkt an. Mein Mann und ich haben diese zeitaufwändige Aufgabe lange ehrenamtlich übernommen und sind jetzt aber an den Punkt gekommen, an dem wir dies neben unseren Berufen nicht mehr leisten können und wollen. Andere Mitglieder sind ebenfalls beruflich oder familiär stark eingebunden beziehungsweise nicht bereit, sich verbindlich zu engagieren. So fehlt im Moment jemand, der diese Aufgabe übernimmt. Wir brauchen zum einen mehr Möglichkeiten, ehrenamtliches Engagement anzuerkennen, damit sich wieder mehr Menschen verbindlich engagieren. Zum anderen könnte eine fördertopf unabhängige Kontakt- oder Koordinierungsstelle die Ideen und Aktivitäten vernetzen und bündeln und Bürger und Politiker zusammenbringen.

**Gibt es spezielle Hindernisse für ländliche Transitionbewegungen?**

Das ist eindeutig das Thema Mobilität. Wir haben in unserer Region sehr weite Wege zu bewältigen. Es fehlt bisher ein Transportnetzwerk. Ohne das werden viele Aktivitäten erschwert oder unmöglich gemacht. Der öffentliche Nahverkehr ist praktisch kaum existent und um zum Beispiel eine Gurke gegen einen Salat zu tauschen, fahre ich nicht zehn Kilometer mit dem Auto. Trotz solcher Probleme haben wir aber viel bewegt. Ganz entscheidend ist, dass die Menschen zusammenfinden und sich kennenlernen. Es gibt einen Leitspruch der Transition-Initiativen: „Mit Kopf, Herz und Hand“. Mit dem Kopf wird geplant, mit dem Herzen werden Freundschaften geschlossen und mit den Händen wird tatkräftig zugepackt. Die entstehenden Freundschaften sind meiner Meinung nach ebenso wichtig bei der Bewältigung von Krisen wie der Aufbau konkreter Strukturen.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Das Interview führte Juliane Mante.

# Ländliche Räume stärken die Resilienz Deutschlands

Die Politik muss die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume daher weiter unterstützen und darf sich nicht aus der Fläche zurückziehen, meint Markus Brohm vom Deutschen Landkreistag.

Dr. Markus Brohm ist beim Deutschen Landkreistag zuständig für die ländliche Strukturentwicklung. Der Deutsche Landkreistag vertritt die 295 deutschen Landkreise auf Bundesebene.



## Herr Dr. Brohm, was sind die größten Hemmnisse, ländliche Regionen angesichts vieler Herausforderungen lebenswert zu erhalten?

Eines der größten Hemmnisse scheint mir eine verbreitete Fehlwahrnehmung des ländlichen Raums zu sein: Er wird oft nur als ländliches Idyll und Erholungsraum für Städter wahrgenommen. Seine Bedeutung als Wirtschaftsstandort wird meist übersehen. Dabei sind hier rund 60 Prozent der Betriebe und ein Großteil der mittelständischen Unternehmen angesiedelt, darunter viele Weltmarktführer. Mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Industriebeschäftigten ist der ländliche Raum vielerorts zum eigentlichen Standort industrieller Fertigung geworden. Deutschland ist auch aufgrund seiner mittelständischen und dezentralen Wirtschaftsstruktur vergleichsweise unbeschadet von der globalen Wirtschaftskrise geblieben.

## Sie meinen also, man sollte die Bedeutung der ländlichen Räume für die gesamtwirtschaftliche Resilienz Deutschlands stärker im Blick haben?

Genau. Insbesondere für die flächenintensive Wirtschaft und Industrie bietet der ländliche Raum spezifische Potenziale, die auch die gesamtwirtschaftliche Resilienz stärken. Diese Potenziale werden oft übersehen. Das führt mitunter zu falschen Prioritätensetzungen und Folgeproblemen: Wesentliche Standortfaktoren für Unternehmen, wie Breitband, Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur werden nicht in gleicher Weise unterstützt. Die Bevölkerung wandert am Ende zu den attraktiveren Arbeitsplätzen in der Stadt ab und nachteilige demografische Entwicklungen verschärfen sich weiter.

## Gibt es Bereiche, in denen sich ländliche Regionen damit abfinden sollten, schlechter gestellt zu sein als städtische?

Wenn Sie so fragen, muss ich ketzerisch zurückfragen: Müssten sich nicht auch bestimmte Städte damit abfinden, schlechter gestellt zu werden? In Deutschland lebt rund zwei Drittel der Bevölkerung außerhalb städtischer Zentren. Warum hinterfragen wir die Förderung ländlicher

Räume, unterstützen aber ganz selbstverständlich den Strukturwandel in den Städten? Im Fokus vieler Förderpolitiken steht die Stärkung städtischer Wachstumskerne, die in der Theorie den ländlichen Raum um sie herum „mitziehen“ sollen. Oft ist aber das Gegenteil der Fall: Die umliegenden ländlichen Regionen entleeren sich, spätestens wenn ihren Bewohnern die weiten Wege zur Arbeit zu viel werden und sie in die Stadt ziehen. Das politische Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeutet nicht Gleichheit der Verhältnisse: Das Leben in Stadt und Land hat naturgemäß unterschiedliche Qualitäten und niemand will auf dem Dorf eine U-Bahn bauen. Die Politik in Bund und Ländern muss aber dafür sorgen, dass sich die einzelnen Teilräume mit ihren jeweils eigenen Qualitäten und Stärken gut entwickeln können und niemand abgekoppelt wird.

## Um Regionen im Ganzen widerstandsfähig zu machen, müssten die Verantwortlichen frühzeitig themen-, ressort- und grenzübergreifend an den sich abzeichnenden Herausforderungen arbeiten. Ist das denn realistisch?

Viele Akteure arbeiten schon erfolgreich zusammen, gerade Landkreise und kreisangehörige Gemeinden. Bisweilen scheitert Zusammenarbeit aber an falschem „Kirchturmdenken“. Möglicherweise liegt es in der menschlichen Natur, dass wir Probleme häufig erst angehen, wenn sie besonders drängend sind. Oft muss der Leidensdruck erst übergroß werden, bevor wir merken: Wenn ich jetzt nichts abgebe, werden wir alle zusammen verlieren. Hinzu kommt, dass es schwierig ist, langfristige Entwicklungen abzuschätzen und dass sich kurzfristig drängende Probleme oft in den Vordergrund schieben. Insofern ist der hohe Anspruch, den Sie in Ihrer Frage formulieren, in der Realität manchmal nur schwer umsetzbar, auch wenn man sich stets neu darum bemühen muss.

## Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

”

Der ländliche Raum wird als Wirtschaftsstandort unterschätzt.“

# Mut, auszuscheren

Krisenfestigkeit wird häufig darauf reduziert, die Pufferkapazitäten bestehender Strukturen zu erhöhen. Regionen können aber nur nachhaltig widerstandsfähig werden, wenn sie ökonomische, ökologische und soziale Faktoren kontinuierlich ausbalancieren. Dies erfordert einen Perspektivwechsel. Wer wagt es, bekannte Pfade zu verlassen?



Die Soziologin Prof. Dr. Cordula Kropp ist im Leitungsteam des Studiengangs Management Sozialer Innovationen an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München. Sie forscht unter anderem zu zukunftsorientierten Transformationsprozessen.

**Frau Prof. Kropp, damit Regionen insgesamt widerstandsfähig werden, müssen sie progressiv, vorausschauend und ganzheitlich agieren. Ist diese Aufgabe zu groß?**

In den Entscheidungsprozessen arbeiten Bürgermeister, Gemeinderat, Unternehmen und engagierte Bürger zusammen. Zugunsten eines übergreifenden, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzeptes müssen sie von lokal drängenden Problemen Abstand nehmen, den Blick weiter öffnen und möglicherweise vom Status quo abweichen. Demgegenüber ist es weniger konfliktbehaftet, sich auf naheliegende, kleinteilige Lösungen zu konzentrieren. Der Haken dabei ist, dass man damit die grundsätzliche Richtung stabilisiert und tiefer gehende Innovationen nicht zulässt.

**Also ist ein „Weiter so“ attraktiver als eine alternative Zukunft?**

Das Weitermachen hat Konsens, weil man nichts aufgibt und nicht vom Mainstream abweicht. Wenn man sich neu orientiert, muss man sich viel stärker legitimieren. Hinzu kommt, dass es kein allgemeingültiges Rezept gibt. Man nimmt eine große Ungewissheit auf sich. Anders als Metropolregionen, die im globalen Wettbewerb stehen, haben ländliche Regionen aber die Chance, individuell ihre Standortfaktoren zu kombinieren und daraus bestmögliche Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens zu entwickeln.

**Permanent neue Lösungen finden zu müssen, hört sich sehr anstrengend an.**

Ist es wirklich der anstrengendere Weg, auf kleine Schritte zu setzen, als immer einer Sache – dem permanenten Wachstum – nachzujagen? In der Innovationsforschung gibt es den Satz: Die Erfolge von gestern können die

Innovationen von heute blockieren. Wenn man aber etwas Alternatives aufsetzt, erfährt man viel öffentliches Interesse: von den Medien, den Nachbargemeinden, den Städtern. Auch sehr kleine Projekte bestärken dann immer wieder eine Gemeinschaft.

**Gibt es den typischen Impulsgeber?**

Es sind Menschen, die fähig sind, eine Vision zu entwickeln und diese zu kommunizieren. Sie haben den Mut auszuscheren. Neben vielen Bürgermeistern sind es oft anerkannte, aber eher keine alteingesessenen Figuren. Häufig stoßen gerade die Menschen, die erst vor Kurzem in die Region gekommen sind, neue Entwicklungen an. Sie stehen ein bisschen außerhalb, können mehrere Optionen vergleichen und stecken nicht in der Traditionsfalle, alles mit den gleichen Leuten und gleichen Netzwerken weitermachen zu müssen wie bisher. In der Regel bringen diese Menschen bereits über die Region hinausgehende Kontakte und Netzwerke mit, die sie dabei unterstützen, mehrere Möglichkeiten zu sehen. Wichtig ist aber, vor Ort den Anschluss zu finden. Wenn es den charismatischen Persönlichkeiten nicht gelingt, ein breites Netzwerk aufzubauen, sind sie häufig schnell ausgebrannt.

**Wie bringen sie die anderen Menschen dazu, Visionen zu vertrauen?**

Sie verbreiten eine alternative Erzählung und haben im Blick, wo es hingehen könnte: Sie kritisieren nicht nur, sondern sagen, wir könnten dieses und jenes erreichen und vermitteln dabei glaubwürdig, dass es ihnen um das Gemeinwohl geht. Es hilft nichts, originelle Ideen zu haben, wenn man nicht die Fähigkeit hat, das gemeinsam Gewollte darzustellen. Besonders motivierend ist es, wenn die Menschen vor Ort schon etwas erreicht haben. Wenn sie zum Beispiel etwas abgewehrt haben, was sie nicht wollten, ist das ein kleiner Erfolg, der beweist, gemeinsam können wir etwas bewirken und Alternativen sind machbar. In Regionen, in denen sich die Menschen als Verlierer und wenig wirkmächtig wahrnehmen, lässt sich schwer etwas bewegen.

**Vielen Dank für das Gespräch.**  
Das Interview führte Anja Rath.

”

*Impulsgeber sind anerkannte, aber oftmals keine alteingesessenen Figuren.“*

# Genügsamer werden

Eine stabile regionale Wirtschaft wird häufig mit der Notwendigkeit des Wachstums gleichgesetzt. Angesichts endlicher Ressourcen sollte dieses Postulat überdacht werden, meint der Nachhaltigkeitsforscher Niko Paech.



Prof. Dr. Niko Paech ist außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg. Neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit ist er in diversen Nachhaltigkeitsprojekten tätig.

”

Resilienz ist nicht zum Nulltarif zu haben.“

## Herr Prof. Dr. Paech, wie kann der Gedanke der Suffizienz dazu beitragen, Regionen krisenfester zu machen?

Je geringer das Versorgungsniveau mit Gütern ist, die nicht aus der Region stammen oder deren Produktion von Faktoren abhängt, die aus großer Entfernung beschafft werden müssen, desto krisenstabiler ist die Versorgung. Eine derartige Resilienz ist nicht zum Nulltarif zu haben, sondern setzt voraus, mit weniger Auswahl und tendenziell höheren Preisen zu leben. Dafür müssten die Menschen ihre Ansprüche an das anpassen, was sich regional erwirtschaften lässt. Dies würde auch bedeuten, auf Bequemlichkeiten zu verzichten, weil die Konsumenten manches selbst herstellen, verarbeiten, zubereiten oder lagern müssten.

## Wie könnte die Abkehr vom Leitprinzip des Wachstums konkret aussehen?

Anstatt weitere Kapazitäten zur Energieversorgung in die Landschaften zu bauen, wäre eine wachstumskritische Klimaschutzstrategie nötig. Sie müsste sich daran orientieren, was sich ein einzelnes Individuum an energieträchtigen Freiheiten herausnehmen darf, ohne über seine ökologischen Verhältnisse zu leben. Und das sind rund 2,7 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr, wenn am zwei-Grad-Klimaschutzziel festgehalten wird. Derzeit liegen wir bei knapp elf Tonnen. Neben reduktiven Anpassungen auf individueller Ebene ist daher ebenfalls der Rückbau eines Teils der energieintensiven Infrastrukturen – insbesondere von Flughäfen, Kohlekraftwerken, Autobahnen, Agrarfabriken – nötig.

## Heißt das, jeder müsste sich in seinem Verbrauch einschränken?

Umgebaute Versorgungssysteme könnten darauf abzielen, dass jeder im Lebensdurchschnitt nur etwa 20 Wochenstunden entlohnt arbeiten würde und die freien 20 Stunden für Selbstversorgungsleistungen in soziale Netze investieren

müsste, für eigene Produktion, Gemeinschaftsnutzung und die Reparatur von Gütern. Dies zu organisieren, gelingt auf regionaler Ebene tendenziell gut. Neben einer zurückgebauten Industrie und modernen Subsistenzpraktiken könnte die Regionalökonomie ein weiteres Standbein bilden. Regionale Produktion bedeutet dabei weitaus mehr als Streuobstwiese, Demeter-Hof und Schäferkarren, so wichtig und ausbaufähig derlei Maßnahmen auch sind: Regionale Unternehmen könnten professionelle Reparatur-, Pflege- und Instandhaltungs-Services ausbauen, um über eine Ökonomie des Erhalts zur Unabhängigkeit von industrieller Fremdversorgung beizutragen. Doppelte Nutzungsdauer bedeutet halbiertes Bedarf! Auch Sharing-Konzepte können zu regionalen Geschäftsfeldern ausgebaut werden.

## Bedeutet Suffizienz automatisch, dass ländliche Regionen es riskieren, weniger wettbewerbsfähig zu werden?

Den Fetisch Wettbewerbsfähigkeit brauchen genau jene, die verkrampft an einem Konsummodell festhalten, das weder zu rechtfertigen, noch langfristig zu stabilisieren ist. Ein Abschied von diesem auf Wachstum basierenden Wohlstandsmonster erlöst uns gerade vom Zwang, gewaltlos wettbewerbsfähig zu sein.

## Wie kann es gelingen, Suffizienz als ganzheitliches Leitprinzip in die Politik zu integrieren?

Gar nicht. Was wir brauchen, sind Suffizienz-Rebellen, die fröhlich und irritierend den lebendigen Beweis dafür vorführen, dass es auch anders geht. Suffizienz ist keine Frage der Überzeugung oder bekundeten Absicht, sondern setzt Übung und Disziplin voraus. Diese lässt sich nicht delegieren, sondern muss von genügend Menschen glaubwürdig vorgelebt werden, bevor sich Politiker trauen, das Thema auch nur im Flüsterton anzusprechen.

## Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.



Das malerische Schwarzatal liegt in der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen.

# Experimentierfreudig

Das Schwarzatal wagt den Versuch, eine „Transition Region“ zu werden. Als IBA-Kandidat steht es jetzt vor der ersten Bewährungsprobe. [VON BURKHARD KOLBMÜLLER]

„Der Weg hin zu einer zukunftsfähigen Region ist das eigentliche Ziel“, das steht im Antrag, mit dem sich das Schwarzatal erfolgreich für das Programm „Zukunft StadtLand!“ der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen beworben hat. Die Idee dazu entstand in der regionalen Zukunftswerkstatt: Seit 2011 arbeiten interessierte und relevante Akteure gemeinsam daran, ihre Region zu entwickeln. Dabei hat sich die Resilienz als Thema herauskristallisiert und mehr und mehr den fast schon inflationär gebrauchten Begriff „Nachhaltigkeit“ abgelöst. Nun geht es im Schwarzatal um die Vision, die ganze (Mikro-)Region und ihre Bürger für einen fortwährenden Prozess zu gewinnen.

## Gutes Leben vor Ort sichern

Mit Hilfe der IBA wollen die Initiatoren das Schwarzatal zum Experimentierfeld für krisenfeste, partizipative und enkeltaugliche Strukturen gestalten. Mindestens zehn Jahre sind dafür angedacht. Sie haben in der Bauhaus-Universität Weimar sowie der Universität Kassel wissenschaftliche Begleiter gefunden. Aus der Zukunftswerkstatt stammen zudem konkrete Projektideen. So sollen die Erfahrungen des Bioenergie-dorfes Bechstedt dazu genutzt werden, sich zur Bioenergieregion zu entwickeln. Zum überregionalen „Bildungs- und Denkort der Demokratie“ soll Schloss Schwarzburg, in dem die Weimarer Verfassung unterzeichnet wurde, werden. Außerdem gehören eine genossenschaftliche Nahversorgung mit Mobilitätskonzept und ein prophylaktisches Leerstandsmanagement zu der Projektskizze. Im Rahmen der Aktivitäten der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt wurden bereits die Projekte „Qualitätsoffensive Tourismus“ und „Netzwerk Regionalvermarktung“ gestartet. Ende September 2014 hat die IBA das Projekt „Resilientes Schwarzatal“ als Kandidat für ihr Zukunftslabor zum energetischen, demografischen und soziokulturellen Wandel nominiert. Für die nun folgende Qualifizierungsphase empfehlen die Experten, außergewöhnliche Beteiligungsformate einzusetzen.

## Vorhandenes mit Neuem verknüpfen

Das Schwarzatal nutzt erst einmal bereits Etabliertes: Einmal jährlich bieten die „Schwarzburger Gespräche“ ein zweitägiges Forum, um aktuelle Themen aus der regionalen Entwicklung zu diskutieren. In Bechstedt

macht seit vier Jahren die Commons Sommerschule die Nutzung des Allgemeinguts zum Thema. Und natürlich die Zukunftswerkstatt selbst: Alle vier bis sechs Wochen arbeiten die Projektakteure an der Qualifizierung. Im Januar 2015 haben sie die Projektbausteine konkretisiert und Projektpartner benannt. Neue Themen sind hinzugekommen, zum Beispiel Stadt-Land-Beziehungen in der Regionalvermarktung, der Erhalt von Bauten der regionalen „Sommerfrische-Architektur“ und die Gestaltung einer beispielhaften Willkommenskultur. Auch den Kanon der Kommunikations- und Bildungsformate haben die Akteure erweitert. Mit den Städten Saalfeld und Rudolstadt haben sie vereinbart, das dort etablierte Diskussionsforum „Lust auf Zukunft“ zukünftig auf das Schwarzatal auszuweiten. Außerdem ist eine Reihe von Regionaldialogen geplant, die mit innovativen Formaten Akteure vernetzen und zu Ideen anregen. Einen Meilenstein können die Schwarzataler schon feiern: Die Entwicklung zur resilienten Mikroregion wurde im aktuellen Regionalen Aktionskonzept der LEADER-Region verankert.

## Keine Scheu vor unkonventionellen Themen

„Der Begriff Resilienz ist nicht leicht zu vermitteln“, sagt LEADER-Managerin Ines Kinsky. „Aber gerade deshalb ist er geeignet, eine Diskussion anzustoßen, die sowohl lokale Akteure mitnimmt als auch das Interesse externer Fachleute sichert.“ Die Akteure der Zukunftswerkstatt haben den Schwarzatalern schon öfter mit Erfolg schwer verständliche Themen zugemutet – regionale Akteure haben die Projektideen umgesetzt.

Bild: B. Kolbmüller



**KONTAKT:**  
Burkhardt Kolbmüller  
LEADER-Aktionsgruppe  
Saalfeld-Rudolstadt  
Telefon: 0177 6027158  
b.kolbmueller@t-online.de  
www.leader-saalfeld-rudolstadt.de

# Von den Mühlen, sich anzupassen

Die Anpassung an den Klimawandel erfordert komplexe Lösungen in vielen Bereichen. Das Verbundprojekt KLIMZUG-Nordhessen hat getestet, wie Lösungsansätze gefunden und erfolgreich umgesetzt werden können.

[VON CHRISTIAN HENSCHKE UND ALEXANDER ROSSNAGEL]



Das Klima ändert sich und selbst wenn es gelingen sollte, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, sind weitreichende Folgen auch in unseren Breiten nicht mehr vermeidbar. Neben der Veränderung der durchschnittlichen Temperaturen und Niederschlagsverteilungen ist mit einem stärkeren Auftreten von Extremereignissen wie Stürmen, Trockenheit und Starkregen zu rechnen. Daher wird neben dem Schutz des Klimas die Anpassung an die Folgen des Klimawandels immer wichtiger.

## Klimaanpassung ohne den ländlichen Raum undenkbar

Die 2008 verabschiedete deutsche Strategie zur Anpassung an den Klimawandel benennt vor allem Städte als Brennpunkte, in denen besondere Anstrengungen zur Klimaanpassung unternommen werden müssen. Dies ist in gewisser Hinsicht nachvollziehbar, denn Hochwasserschäden sind in Städten gravierender und gesundheitsbeeinträchtigende Hitzeereignisse häufiger als im ländlichen Raum. Trotzdem sollten ländliche Regionen bei der Klimaanpassung nicht vernachlässigt werden. Besonders betroffen sind zum Beispiel die Wasser-, Forst-

und Landwirtschaft, die von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen abhängig sind. Gesundheitliche Aspekte, wie das Auftreten von Allergenen oder die Zunahme von krankheitsübertragenden Insekten, sind ebenso relevant wie Aspekte der wetter- und witterungsrobusten Verkehrsinfrastruktur sowie der Tourismus- und der Energiewirtschaft – etwa bezüglich der Kühlung von Kraftwerken und der Stabilität des Stromnetzes. Außerdem verringern viele Maßnahmen im ländlichen Raum städtische Klimawandelprobleme. So kann städtische Überwärmung nur durch Kaltluftentstehungsgebiete im ländlichen Raum vermindert werden; erfolgreicher Hochwasserschutz von Städten wird oftmals im ländlichen Raum entschieden.

## Große Herausforderung für die Kommunen

Bis heute wird eine Vielzahl der Initiativen und Programme zur Klimaanpassung auf Bundesebene konzipiert und finanziert. Da der Klimawandel aber seine Wirkung überwiegend auf der regionalen und lokalen Ebene zeigt, werden hier die meisten konkreten Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Viele davon betreffen die

Regionalplanung, die regionale Wirtschaft, regionale Verbände, Kommunalpolitik und -verwaltung sowie die Bevölkerung. Sie müssen sowohl die spezifischen ökologischen und naturräumlichen als auch die sozioökonomischen Gegebenheiten der Regionen berücksichtigen. Der Klimawandel birgt daher auf der konkreten Handlungsebene eine Vielzahl an Herausforderungen: Seine regional spezifischen Folgen sind nicht sicher vorhersehbar und das Ausmaß der regionalen Verletzlichkeit nie abschließend einschätzbar. Auf dieser unsicheren Grundlage müssen wirksame, politisch durchsetzbare und finanzierbare Maßnahmen entwickelt werden, deren Wirkung häufig weit in der Zukunft liegt. Zudem haben Kommunen und Regionen mit weiteren dringlichen Problemen zu kämpfen, deren Lösung oft naheliegender und kurzfristiger möglich scheint. Klimaanpassung muss als Querschnittsthema außerdem in diversen Handlungsfeldern berücksichtigt werden, wofür oftmals neue Allianzen erforderlich sind: vor allem innerhalb der öffentlichen Verwaltung, die in der Regel arbeitsteilig nach Handlungsfeldern gegliedert ist und deren Abteilungen und Referate wachsam →



Verschlämmung nach Starkregen. Die Energiepflanze Mais ist aufgrund der hohen Energieerträge weit verbreitet. Sie fördert aber – vor allem im herkömmlichen Anbau – Erosion und Nährstoffauswaschung.

auf ihren Zuständigkeiten bestehen. Aber auch zwischen Wirtschafts- und Interessenverbänden, die in der Regel einzelne Branchen oder verschiedene soziale und ökologische Interessen vertreten. Eine solche übergreifende Kooperation ist nicht neu, aber auch nicht alltäglich und erfordert mitunter neue und angepasste Verfahren und Strukturen, die entwickelt, erprobt und verbessert werden müssen.

#### **KLIMZUG findet übergreifende Lösungen**

Das Projekt KLIMZUG-Nordhessen (siehe Kasten) hat zahlreiche Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel beispielhaft realisiert. Dabei wurde großer Wert darauf gelegt, dass Praktiker und Forscher verschiedener Disziplinen die Maßnahmen gemeinsam entwickeln, um deren Relevanz, wissenschaftliche Fundierung und Praxistauglichkeit zu gewährleisten. Hierfür wurden transdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, sogenannte „Umsetzungsverbände“. Wesentlich für deren Erfolg war, dass die Teilnehmer ihre Ziele gemeinsam definierten, ein geeigneter Rahmen für die offene, vertrauensvolle und ergebnisorientierte Zusammenarbeit geschaffen wurde und der Prozess –

insbesondere bei konflikträchtigen Themen – durch einen neutralen oder externen Partner moderiert wurde. Die Arbeit der Umsetzungsverbände wird an den folgenden drei Beispielen veranschaulicht.

#### **Zecken und Mückenmonitoring**

Durch den Klimawandel hat sich etwa die Zecke weiter ausgebreitet und die Durchseuchungsrate mit dem Borreliose-Erreger deutlich erhöht. Die Erkenntnisse zur regionalen Verbreitung von Zecken und deren Erregerlast sind aber so gering, dass neue Infektionsrisiken schwer kalkuliert und damit der Bevölkerung nicht ausreichend mitgeteilt werden können. Ziel innerhalb von KLIMZUG-Nordhessen war es deshalb zum einen, die Tier- und Erregerlast zu bestimmen und Hochrisikogebiete für Nordhessen zu identifizieren; zum anderen die Bevölkerung und besonders betroffene Berufs- und Personengruppen zu informieren und zu sensibilisieren. Dazu wurde ein bürgergetragenes Überwachungs- und Warnsystem aufgebaut, das in ein Netzwerk von Wissenschaftlern, Medizinerinnen und öffentlichen Verwaltungen eingebettet war. Die von den Bürgern gesammelten Zecken und Mücken wurden in mikrobiologischen Laboren auf ausgewählte Erreger

untersucht und die Ergebnisse in die Sammelregion übermittelt. Trotz hervorragender Beteiligung konnte das Überwachungssystem nach Ende der Projektförderung nicht fortgeführt werden, da zum einen keine Institution bereit und in der Lage war, die Sammelaktivitäten weiter zu koordinieren. Zum anderen konnte die künftige Finanzierung der Untersuchung der Zecken nicht gewährleistet werden.

#### **Qualitätssiegel „Klimaangepasste Pflege“**

Der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird – vor allem in den ländlichen Regionen – in den kommenden Jahrzehnten wachsen und damit auch der Anteil pflegebedürftiger Personen. Zudem sinken nicht nur die Kapazitäten in der professionellen Pflege, sondern aufgrund veränderter familiärer Strukturen auch die der Pflege innerhalb der Familie. Professionelle Pflegedienste müssen jedoch auch bei Extremwetterereignissen die Pflege in ländlichen Regionen sicherstellen. KLIMZUG hat deshalb ein Qualitätssiegel entwickelt, das dem zertifizierten Pflegedienst bescheinigt, die Folgen des Klimawandels in seine Arbeitsabläufe einzuplanen, um etwa die ausreichende Versorgung der Patienten bei extremer Hitze oder ihre Erreichbarkeit bei starken Unwettern zu gewährleisten. Damit sollen die pflegerischen Leistungen verbessert und die Arbeitsabläufe nachvollziehbar optimiert werden. Das Qualitätssiegel wurde bereits 2012 an einen mobilen Pflegedienst verliehen, der in seinem Betrieb alle Standards erfüllte. Die Wissenschaftler und Praktiker haben des Weiteren gemeinsam Kompetenzstandards sowie Informations- und Schulungsmaterialien für die Pflegedienste zum Thema erarbeitet.

**Klimaanpassung im Ackerbau**  
Der Anbau von Energiepflanzen für Biogasanlagen – insbesondere der von Mais – hat in den vergangenen



Das Qualitätssiegel „Klimaangepasste Pflege“ wird an Pflegedienste vergeben, die die Folgen des Klimawandels in ihre Arbeitsabläufe einplanen, um etwa die ausreichende Versorgung der Patienten bei extremer Hitze oder ihre Erreichbarkeit bei starken Unwettern weiterhin zu gewährleisten.

Jahren beständig zugenommen. Dabei wird Mais zunehmend kritisch gesehen, da er unter herkömmlichen Anbaubedingungen die Bodenerosion und Nährstoffauswaschung fördert. Vermehrte Wetterextreme im Rahmen des Klimawandels, wie Starkregen, Hagel sowie Trockenperioden, verstärken diese Belastungen von Wasser und Boden noch zusätzlich. Zudem verursacht die Fixierung auf eine einzige Energiepflanze im Fall von wetterbedingten Ernterückgängen schon heute bedeutende wirtschaftliche Einbußen für die Landwirte. Deshalb sollten im Rahmen von KLIMZUG-Nordhessen ökologisch weniger problematische Produktionsverfahren verbreitet werden, die robust gegenüber Trockenheit sind, das Risiko von Ernteaussfällen streuen und dem Landwirt eine wirtschaftlich überzeugende Alternative bieten. Hierzu haben zwei Umsetzungsverbände in den Landkreisen Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg Demonstrationsvorhaben konzipiert und umgesetzt. Auf den Demonstrationsflächen werden Pflanzen vorgestellt, die in unterschiedlichen Variationen in Kombination oder als Alternative zu Mais angebaut werden können. Die Führungen wurden in das Fortbildungs- und Beratungsprogramm des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen übernommen. Ausgehend hiervon hat der vom Landesbetrieb gegründete Arbeitskreis „Nachhaltige Biomasseproduktion zur Verwertung in Biogasanlagen“ ein weiteres Angebot entwickelt, das die Landwirte anregen soll, sich mit Fragen des künftigen Energiepflanzenanbaus zu beschäftigen.

### Erfolgsfaktoren für eine klimaangepasste Region

Soll die Klimaanpassung gelingen, müssen die Entscheidungsträger und Akteure in Gebietskörperschaften, Unternehmen oder anderen Organisationseinheiten vor allem über die notwendigen Befugnisse verfügen und auf die erforderlichen Ressourcen zurückgreifen können – sei es hinsicht-

lich des Knowhows, der personellen oder der finanziellen Mittel. Nur dann sind sie fähig und motiviert, Verantwortung zu übernehmen. Diese Voraussetzung ist nicht überall gegeben. Das Beispiel zum klimaangepassten Ackerbau verdeutlicht etwa, dass die Steuerungsmechanismen weniger in der Region, sondern vielmehr auf der Landes-, Bundes- und vor allem der europäischen Ebene der Energie- und Agrarpolitik liegen. Gleichwohl verbleiben Handlungsspielräume vor Ort, auch wenn dies häufig „weiche“ Maßnahmen sind, wie das beschriebene Instrument der Bildung.

Für die oft vielfältigen Problemlagen des Klimawandels ist eine integrierte Strategie zur Klimaanpassung auf kommunaler oder Landkreisebene ein erster wertvoller Schritt. Für die konkreten Umsetzungsaktivitäten erwies es sich aber als besonders hilfreich, die erforderlichen Allianzen anlassbezogen zu bilden. Die inter- und transdisziplinäre Kooperation ist dabei ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

### Klimawandel als Chance

Der Klimawandel verändert und verstärkt viele Herausforderungen im ländlichen Raum, wie die sich bereits bedingenden Probleme des demografischen Wandels und der Gesundheitsversorgung älterer Menschen. Die ohnehin angespannte Pflegesituation könnte sich durch zunehmende Verkehrshindernisse als Folge von Extremwetterereignissen verschlechtern. Dabei kann der Klimawandel auch als Katalysator für Lösungen wirken, indem Probleme gebündelt, neu akzentuiert oder gesellschaftlich neu bewertet werden. Die Erfahrungen von KLIMZUG-Nordhessen zeigen deutlich, dass es sich lohnen kann, die nicht unerhebliche Aufgabe der Klimaanpassung anzugehen. So können bestehende Routinen und Zuständigkeiten hinterfragt und sinnvoll weiterentwickelt sowie neue Arbeitsmethoden etabliert werden.

### SERVICE:

#### Das Forschungsprojekt KLIMZUG

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundvorhabens „KLIMawandel in Regionen ZUKunfts-fähig Gestalten“ (KLIMZUG) wurden 2008 bis 2014 in Deutschland sieben Modellregionen für Klimaanpassung ins Leben gerufen. Ziel war es, den Klimawandel in regionalen Planungs- und Entwicklungsprozessen zu berücksichtigen und neue Technologien, Verfahren und Strategien zur Klimaanpassung zu entwickeln. In der Modellregion KLIMZUG-Nordhessen haben Partner aus Forschung, Wirtschaft, Verwaltung und dem Bildungssektor auf die Region zugeschnittene Maßnahmen und Instrumente in den Handlungsfeldern Ressourcen, Energie, Verkehr, Gesellschaft, Tourismus und Gesundheit gemeinsam erarbeitet und bereits während der Projektlaufzeit in die Praxis überführt.

#### Zum Weiterlesen

Roßnagel A. (Hrsg.), 2013: *Regionale Klimaanpassung – Herausforderungen, Lösungen, Hemmnisse, Umsetzungen am Beispiel Nordhessens*. Kassel University Press (780 S.).



#### KONTAKT:

Dr. Christian Henschke  
Universität Kassel  
Competence Centre for Climate Change  
Mitigation and Adaptation  
Telefon: 0561 804-7261  
chenschk@uni-kassel.de  
www.uni-kassel.de/uni/umwelt/clima.html

# Macht Regionalgeld widerstandsfähig?

Regionalwährungen wollen die regionale Wirtschaft fördern und stabilisieren: Die Hersteller, Endverkäufer und Kunden vernetzen sich; möglichst viel Kaufkraft bleibt in der Region. Das sieht die Bundesbank anders: Sie sagt, dass regionale Währungen nicht die heimische Wirtschaft unterstützen, sondern Kosten verursachen. Welchen Beitrag können Regiogelder also leisten?



Als Lehrer hat Christian Gelleri in der Waldorfschule im bayerischen Prien 2003 den „Chiemgauer“ entwickelt. Seit 2007 betreibt er die Regios eG: ein Rechenzentrum, das neben Dienstleistungen auch Vernetzungsangebote für Regionalgeld-Initiativen bietet.

**Herr Gelleri, der Jahresumsatz des Chiemgauers liegt aktuell bei rund 7,4 Millionen und damit im Promillebereich des regionalen Bruttoinlandsprodukts. Ist das viel oder wenig?**

Der Chiemgauer ist ein Regionalentwicklungsinstrument und keine Konkurrenz zum Euro. Wenn man ihn am gesamtwirtschaftlichen Volumen misst, ist das ein bisschen, wie Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Der Euro ist ein gesetzliches Zahlungsmittel, das verwendet werden muss. Der Chiemgauer ist ein ergänzendes Zahlungsmittel, das freiwillig akzeptiert wird; er darf in bestimmten Bereichen gar nicht genutzt werden. Wir sind in den vergangenen Jahren stetig mit zweistelligen Prozentzahlen gewachsen und mit der Entwicklung durchaus zufrieden.

**Das heißt, das Finanzvolumen ist die falsche Bezugsgröße?**

Im Prinzip ist der Chiemgauer ein Marketinginstrument für die Unternehmen. Deshalb stellt sich eher die betriebswirtschaftliche Frage: Welcher Effekt wird mit welchem Aufwand erreicht? Von der Rücktauschgebühr, die die rund 600 beteiligten Unternehmen zahlen, erhalten die Vereine 60 000 bis 65 000 Chiemgauer Förderung pro Jahr. In etwa die gleiche Summe sind Betriebskosten. Durchschnittlich bezahlt ein Unternehmen 22 Chiemgauer im Monat und erzielt einen Umsatz von 1000 Chiemgauern. Manche setzen monatlich fünfstelligen Beträge um und für viele ist der Chiemgauer eine stabile Stütze für das Geschäft geworden. Aktuell sind rund 895 000 Chiemgauer im Umlauf. Im Schnitt wird der Chiemgauer einmal im Monat ausgegeben; sein Umlauf ist damit dreimal so schnell wie der des Euros.

**Um das zu sichern, verliert der Chiemgauer kontinuierlich an Wert. Können sich weniger wohlhabende Regionen eine vergleichbare Regionalwährung überhaupt leisten?**

Nicht alle Regionalwährungen arbeiten mit einem Wertverlust. Unserer Erfahrungen nach bringt er aber viel Dynamik in die Kreisläufe. Das täte vor allem strukturschwachen Regionen gut, aber dort ist auch die Politik gefordert. Wenn es am Ort nur noch einen Frisör, einen Bäcker und ein Lebensmittelgeschäft gibt, wird es schwierig. Nehmen wir aber an, die Gemeinde gibt einen Teil ihrer Vereinsförderungen, Sitzungsgelder oder freiwillige Leistungen für Mitarbeiter in der Regionalwährung aus, dann wird diese vor Ort mehrfach umgesetzt. Wenn man dann die Gewerbesteuer in der Regionalwährung bezahlen kann, entwickeln sich neue Kreisläufe.

**Machen die Gemeinden der beiden Landkreise mit, in denen der Chiemgauer im Umlauf ist?**

Drei Gemeinden haben bisher Erfahrungen mit dem Chiemgauer gemacht. Frasdorf tätigt beispielweise Geschenke und kleinere Ausgaben in Chiemgauer und unterstützt die Bürgerstiftung vor Ort. In der Gemeinde Siegsdorf werden Handwerks- und andere Dienstleistungen mit Chiemgauern bezahlt und Unternehmen können einen Teil der Gewerbesteuer damit bezahlen. Andere Gemeinden sind sich jedoch unsicher, in welchem Maß oder ob sie sich überhaupt beteiligen dürfen. Das Währungsmonopol hat die Europäische Zentralbank. Das Kommunalrecht ist sehr komplex und es stehen sich unterschiedliche Rechtsmeinungen gegenüber. Letztendlich hängt es vom politischen Willen ab, inwieweit man bereit ist, gesetzliche Spielräume zu nutzen. Die Gemeinde Langenegg in Vorarlberg konnte den einzigen Laden am Ort mithilfe eines Regionalgeldes – und des Wohlwollens der Landesregierung – am Leben erhalten.

„  
Eine Regionalwährung bietet Menschen die Möglichkeit, ein Zeichen für Regionalität zu setzen.“



In Chiemgauer kann man mit Gutscheinen verschiedenen Werts bezahlen sowie virtuell mit der Regiocard.

### Apropos Spielräume: Welchen Einfluss hat ein Unternehmer darauf, was mit seiner Rücktauschgebühr geschieht?

Beim Chiemgauer fließen drei von den anfallenden fünf Prozent in die Vereinsförderung. Welche Vereine gefördert werden, entscheiden die Verbraucher. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Begeisterung der Konsumenten, sich zu beteiligen, höher ist, wenn sie damit beispielsweise den eigenen Kindergarten unterstützen können. Möglich wäre aber auch, dass der Unternehmer entscheidet, wohin das Geld gehen soll oder eine Art Bonus-System für den Verbraucher. Das muss man im Netzwerk demokratisch aushandeln. Der Träger des Regionalgeldes ist Eigentum der Bürger; diese bestimmen, wo es langgeht.

### Der Chiemgauer soll also gesellschaftliche Impulse geben?

Er stößt eine Bewusstseinsentwicklung an. Auch die, die ihn nicht nutzen, beginnen darüber nachzudenken, was er soll. Man kann doch auch mit Euros regional einkaufen? Der Unterschied ist: Wenn ich mit Chiemgauern bezahle, habe ich die Verpflichtung, das Geld regional auszugeben und verpflichte den Unternehmer, dasselbe zu tun. So entsteht eine Dynamik. Das Netzwerk funktioniert erfolgreich, weil die gegenseitige Verpflichtung ernst genommen wird.

### Sie haben jetzt zwölf Jahre Erfahrung mit dem Chiemgauer. Eignet sich Regionalgeld für ländliche Räume?

Es ist deutlich geworden, dass sich Regiogelder besser in ländlichen Räumen verankern lassen als in Städten. Kleine und überschaubare Strukturen sind eher geeignet, sich zu vernetzen. Eine Regionalwährung ist aber kein Selbstläufer, sie muss professionell betrieben werden. Die Frage ist: Wie stark ist das unternehmerische Engagement, um das System wachsen zu lassen? Erreicht man eine kritische Masse von einigen Hundert Unternehmen? Daran scheitern schon die meisten. Außerdem muss man immer gucken, was zur Region passt. Der Chiemgau hat viele regionale Lebensmittelerzeuger; oft fehlt es nur an der Information und der Vernetzung, damit auch die Vermarktung funktioniert. Regionalgeld motiviert den Einzelhandel, nach lokalen Erzeugern zu suchen.

### Gibt es Ansätze, die beispielsweise wirtschaftlich benachteiligten Menschen eine Chance zur Teilhabe geben?

Bei uns sind rund 260 Vereine aktiv, die den Förderchiemgauer in vielseitige Vorhaben stecken – in eine freie Schule, die Flüchtlingshilfe oder den Bau eines Trachtenhauses.

Daneben gibt es größere Anliegen: Wir entwickeln uns in Richtung Postwachstums-Ökonomie. Eine Währung, die zinsfrei verliehen wird und deren Wert schrumpft, wenn man sie nicht weitergibt, trägt zum Umdenken und einem leichteren Umgang mit Geld bei. Wichtiger als die Wertaufbewahrung ist das, was man damit bewirken will.

### Wann ist eine Regionalwährung erfolgreich?

Wenn sie ein Sowohl-als-auch-Denken anregt: Es ist möglich, sowohl global zu wirtschaften als auch das, was regional sinnvoll und möglich ist, regional umzusetzen. Wenn Händler wieder einen regionalen Apfelsaft einkaufen und dadurch ein 800 Kilometer weit entfernt produzierter Apfelsaft verdrängt wird, dann sieht man konkrete Erfolge.

Es muss gelingen, die Menschen darüber aufzuklären, was wirklich regional ist. Dann bietet Regionalgeld ihnen die Möglichkeit, sich zu engagieren und ein Zeichen für Regionalität zu setzen. Regionalwährungen geben außerdem Impulse in der Geldpolitik: Die europäische Zentralbank denkt darüber nach, welche Geldfunktion wichtiger ist, die des Wertaufbewahrens oder die des Tauschens.

### Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.

### SERVICE:

Der Chiemgauer ist das Regionalgeld in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein: ein eurogedecktes Gutschein-System; mit der Regiocard ist eine Zahlung auch bargeldlos möglich. Alle drei Monate verliert der Chiemgauer zwei Prozent an Wert. Bei Rücktausch durch ein Unternehmen wird der sogenannte Regionalbeitrag von fünf Prozent fällig, drei Prozent davon kommen regionalen Förderprojekten zugute. Chiemgauer-Nutzer sind Mitglieder im Vereinsnetzwerk. 3889 zählte der Chiemgauer e. V. 2014: Etwa 3000 Verbraucher, 260 Vereine und 593 Anbieter aus diversen Branchen von Einzelhandel über Baugewerbe bis Dienstleistungen. [www.chiemgauer.info](http://www.chiemgauer.info)



Schmökern erwünscht - im Vorraum der Großen Emma® Zabeltitz gibt es eine kleine Bibliothek.

# Versorgung regional gedacht

Das Prinzip der „Großen Emma®“ will Einzelanbieter im ländlichen Raum stärken und sie dazu in ein regional koordiniertes Versorgungsnetz einbetten. Erste Erfahrungen im sächsischen Zabeltitz sollen nun ihren Weg in die Fläche finden. [VON WILHELM KLAUSER]

Der ländliche Raum verändert sich. Die sozialen Orte lösen sich auf, Versorgungsstandorte verschwinden. Dafür gibt es gute Gründe. Gaststätten schließen, weil die Brauereien die Ausstattungen nicht mehr zur Verfügung stellen. Sparkassen und Genossenschaftsbanken können sich in einer Niedrigzinsphase viele Geschäftsstellen nicht mehr leisten. Kommunen konzentrieren Verwaltungsleistungen. Zuletzt wird der kleinflächige Lebensmittelhandel vom Großhandel nicht mehr beliefert, weil sein Umsatz zu gering ist. Nicht eines dieser Probleme hat seine Ursache in einem Bevölkerungsverlust! Wir beobachten stattdessen eine Tendenz zu immer größeren, modernen und konzentrierten Versorgungsstrukturen. Das verstärkt die Versorgungsdefizite im ländlichen Raum.

## Das Prinzip der Großen Emma®

In regionalen Versorgungsnetzen können sich mehrere kleine Standorte gegenseitig stützen und fördern. Sie würden, wenn sie richtig angelegt sind, die Versorgung des ländlichen Raums grundlegend modernisieren und damit erhalten, denn die noch existierenden Einzelstandorte weisen einen enormen Innovationsrückstand auf. Vor diesem Hintergrund will Große Emma® ein regionales Netz von wirtschaftlich tragfähigen Kleinstzentren einrichten, zu dem viele verschiedene Dienstleister Zugang haben: Diese teilen sich die verfügbaren Flächen; ein regionales „Sharing“-Konzept verteilt die Fixkosten der Infrastruktur auf mehrere Schultern. So bliebe eine Präsenz nah am Kunden für viele Akteure wirtschaftlich vertretbar.

## Gute Erfahrungen in Zabeltitz

Das Büro InD-initialdesign hat die Große Emma® zunächst ohne Fördermittel in Eigeninitiative entwickelt. Im Herbst 2012 kontaktierten die Mitarbeiter den Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV), um Auskunft über die zukünftige Standortpolitik der Sparkassen zu erhalten und einen Sponsor zu finden. Schon der Erstkontakt mündete in einer

Kooperation. Im sächsischen Zabeltitz eröffnete im Juni 2014 mit Unterstützung des OSV und der Sparkasse Meißen auf 110 Quadratmetern ein kleines Dienstleistungszentrum und ergänzt einen noch existierenden Einzelhandel. Die Sparkasse, die Diakonie Riesa und ein Lohnsteuerhilfeverein teilen sich im Verlauf der Woche die Räume. Ein Friseur hat sich eingemietet, der auch Paketservices abgewickelt. Allen Teilnehmern war es wichtig, in der Fläche präsent zu bleiben, sie suchten deshalb aktiv nach Alternativen zu herkömmlichen Vertriebswegen. In einem gemeinsamen Foyer befindet sich ein kleiner Aufenthaltsbereich mit angeschlossener Teeküche und einer Kleinstbibliothek. Die Räume sind gut frequentiert und damit für die Mieter interessant. Eigentümer ist die Agrargenossenschaft Skäßchen. Als die Mieter ihr Interesse bekundeten, entschied sie sich dafür, das zuvor leer stehende Wohngebäude umzubauen. Der Umbau wurde durch eine ELER-Förderung unterstützt.

## Konzept wird Modellvorhaben

Im Jahr 2014 konnte initialdesign die Idee der regionalen Versorgungsnetze im Rahmen des Modellvorhabens Regio-LAB des Bundeslandwirtschaftsministeriums verankern. Projektträger wurde der OSV. Es geht nun darum, ausgehend von den Erfahrungen in Zabeltitz leicht handhabbare Werkzeuge zu entwickeln, die eine Umsetzung von Versorgungsnetzen beschleunigen und die auch von anderen Regionen eingesetzt werden können. Im Burgenlandkreis und in Wittgenstein fanden schnelle, umsetzungsorientierte Regionalanalysen statt; die Realisierung der Versorgungsnetze wird derzeit vorbereitet. Weitere Regionen haben ihr Interesse angemeldet oder sind aufgerufen, dies noch zu tun.



**KONTAKT:**  
Dr. Wilhelm Klauser  
InD berlin  
Telefon: 030 33770269  
wk@initialdesign.de  
www.grosse-emma.de  
www.regio-lab.de

# Unabhängiger durch erneuerbare Energie

Bundesweit wollen sich mittlerweile 146 „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“ so weit wie möglich mit erneuerbarer Energie selbst versorgen. Wie die Startbedingungen vor Ort, unterscheiden sich auch die Ansätze, um dieses Ziel zu erreichen.

[VON BEATE FISCHER UND PETER MOSER]

In seinem Roman „Blackout“ schildert Marc Elsberg eindrücklich, wie abhängig wir inzwischen sind. Bereits ein Stromausfall von wenigen Tagen würde die Welt hierzulande ins Chaos stürzen: Kühe könnten nicht mehr gemolken werden, Tankstellen und Heizungen würden nicht mehr funktionieren, die Notstromaggregate von Krankenhäusern erreichten schnell ihre Grenzen. Um krisenfester zu werden, scheint es vernünftig, sich stärker selbst zu versorgen und risikoarme, dezentrale erneuerbare Energien zu nutzen. Dadurch kann Wertschöpfung zurück in den ländlichen Raum geholt werden, die sonst zu großen Energiekonzernen oder -importeuren abfließt. Eine Energieautarkie im engeren Sinn, also eine Abkoppelung vom zentralen Energiesystem, streben die „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“ (100ee-Regionen) nicht an. Aber sie wollen sich bilanziell über weite Strecken des Jahres zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien selbst versorgen. Dafür sind regionale Strukturen notwendig, die den Ausbau vor Ort steuern. Landwirte, Energiegenossenschaften, Kommunalverwaltung, Regionalwerke und Wirtschaft spielen in den Regionen eine ganz unterschiedliche Rolle. Das IdE Institut dezentrale Energietechnologien berät und vernetzt Regionen, die eine 100ee-Strategie erarbeiten und umsetzen wollen.

## Bunter Mix im Landkreis Steinfurt

Eine Allianz aus Kommunalverwaltung, lokalen Unternehmen und Zivilgesellschaft will beispielsweise den nordrhein-westfälischen Landkreis Steinfurt bis 2050 energieautark machen. Sie hat bereits viel bewegt: Ein Solarkataster zeigt etwa privaten Haushalten und Unternehmen, ob sich eine Fotovoltaikanlage auf ihrem Dach lohnt. Ortsansässige Unternehmen in Bürgerhand projektieren und betreiben Windenergieanlagen, unterstützt durch eine eigens dafür geschaffene Servicestelle Windenergie. Eine Energiegenossenschaft verhandelt günstige Strom- und Gaspreise für ihre Kunden.



Mitarbeiter der Barnimer Kommunen testen unter dem Slogan „Hin und weg per Pedelec“ elektrisch unterstützte Diensträder im Arbeitsalltag.

Die Energieholzbörse Münsterland strukturiert die Energieholz-Wertschöpfungskette, und ein sogenannter Wallhecken-Manager kümmert sich um die ökologische und ökonomische Bewirtschaftung von Wallhecken. Die Website [www.energieland2050.de](http://www.energieland2050.de) bündelt die Vielfalt der Projekte und soll zum Nachahmen einladen. Aktuell kann der Landkreis jährlich 48 Prozent seines Strom- und acht Prozent seines Wärmebedarfs selbst decken. Allein in der Kreisverwaltung arbeiten 18 Personen an Klimaschutz- und Energiethemen. Einer Studie zufolge sollen bis 2050 mehr als 1600 Arbeitsplätze im Energiesektor entstehen.

## Barnim trotz Hindernissen

Für den Landkreis Barnim in Brandenburg sind die zu bohrenden Bretter etwas dicker: In der Regel können die Einwohner in Ostdeutschland weniger investieren als im Westen. Zudem sind zivilgesellschaftliche Strukturen im Umweltbereich nicht so stark ausgeprägt und Stadtwerke haben keine lange Tradition. Der Landkreis begegnet diesen Hindernissen mit einer regionalen Energiepolitik. Die Barnimer Energiegesellschaft als Tochter des Landkreises koordiniert die Aktivitäten, initiiert Studien und berät Unternehmen sowie Kommunen. Eine Machbarkeitsstudie untersucht gerade, inwiefern sich ein kreisweites Energiewerk lohnt. Bereits sichtbare Erfolge sind die über 3500 erneuerbaren Energieanlagen, die den Strombedarf heute zu 94 Prozent und den Wärmebedarf zu 21 Prozent decken. Dabei wird das ganze Spektrum genutzt: Es gibt mehr als 1000 Wärmepumpen, über 1300 Solarthermie- und 1116 Solaranlagen, 118 Windkraftanlagen, acht Biomasse-, drei Biogas- sowie zwei Wasserkraftanlagen.

## SERVICE:

Vom 10. bis 11. November 2015 findet das Jahrestreffen der 100ee-Regionen in Kassel statt. Mehr dazu auf [www.100-ee-kongress.de](http://www.100-ee-kongress.de)



**KONTAKT:**  
Beate Fischer  
IdE – Institut dezentrale  
Energietechnologien GmbH  
Telefon: 0561 788096-12  
[b.fischer@ide-kassel.de](mailto:b.fischer@ide-kassel.de)

# Regionalen Strom vor der Haustür vermarkten

Die politischen Rahmenbedingungen erschweren es, regional erzeugten Strom auch wirklich regional zu vermarkten. Erste vielversprechende Regionalstrom-Modelle mit Bioenergie-Anteil trotzen jedoch diesen Hindernissen. [VON NICOLE PAUL]

Das Modell „Erneuerbarer Strom aus der Region“ würde den Wünschen vieler Bürger entsprechen. Es könnte die Akzeptanz für die Energiewende erhöhen und die Stromnetze entlasten. Es könnte die Wertschöpfung in der Region erhöhen und die Regionen damit widerstandsfähiger machen. Unternehmen, die Strom aus Fotovoltaik, Wasserkraft und Windenergie über lokale Tarife anbieten, gibt es zwar schon eine Reihe. Strom aus Bioenergie ist in diesen Produkten aber noch eher selten enthalten. Neue Biomasse-Verstromungsanlagen wird es zwar in Deutschland im Zuge der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 kaum noch geben. Es gibt aber rund 8000 Biogasanlagen und rund 350 Holzheizkraftwerke, die im Rahmen des EEG noch für bis zu knapp 20 Jahre weiter produzieren. Für diese Anlagen könnte der Aufbau von Regionalstrom-Ansätzen interessant sein. Erste Firmen, Genossenschaften oder Gemeindewerke entwickeln derzeit bereits Regionalstrom-Modelle mit Bioenergie-Anteil.

## Regionalstrom Franken

Im Oktober 2014 gründete sich die Regionalstrom Franken eG mit 80 Gründungsmitgliedern. Sie versteht sich als Vermarktungsgenossen-

schaft, die die zahlreichen Kleinerzeuger in der Region westlich von Nürnberg – vor allem Biogas- und Solaranlagen – bündeln und gemeinsam mit Stadt- und Gemeindewerken bis zum Endkunden vermarkten will. Ihr Ziel ist, dass die regionalen Versorger die erneuerbaren Kraftwerke in ihre Beschaffungsstrategie integrieren. Bisher kaufen die Stadt- und Gemeindewerke den Strom zum großen Teil bei konventionellen Kraftwerken. Das soll sich nun ändern. Die regionale Erzeugung erneuerbarer Energien wird dafür in einem Kombi-Kraftwerk gebündelt; Biogasanlagen dienen dazu, die Schwankungen bei Wind und Sonne auszugleichen.

## Viele starke Partner in einem Boot

Dabei nutzt die Genossenschaft derzeit noch das EEG-Marktprämienmodell. Die Direktvermarktungsunternehmen (ein im EEG eindeutig definierter Begriff), mit denen sie kooperiert, sollen jedoch nicht den Weg über die Börse gehen, sondern den Strom direkt an die Stadt- und Gemeindewerke vor Ort verkaufen, die ihren Kunden dann ein regionales Produkt anbieten können. Mit der fränkischen Energie AG, dem nordbayerischen Regionalversorger, der gleichzeitig Direktvermarkter, Netz- und Kraft-

werksbetreiber ist, ist hier bereits ein starker Partner im Boot. Auch die Kooperationsgesellschaft fränkischer Elektrizitätswerke, ein Zusammenschluss kleiner Gemeindewerke, ist interessiert, ebenso wie der Biogaspool Bayerisch-Schwaben Nord, ein Zusammenschluss von Biogasanlagen mit rund 200 Megawatt (MW) Gesamtleistung.

## Das Ziel: der förderfreie Betrieb

Für die Übertragung ihres Stroms benötigt die Genossenschaft nur die Mittelspannungs-, nicht die Hoch- und Höchstspannungsebene. Momentan lassen sich dadurch noch keine Kosten sparen. „So lange wir uns innerhalb des EEG-Systems bewegen, müssen wir die vollen Netzegebühren zahlen“, erklärt der Vorstandsvorsitzende Robert Spanheimer. „Wir wollen aber nicht zuletzt eine tragfähige Struktur aufbauen, die irgendwann auch ohne EEG funktioniert.“ Dann ließe sich auch ein Teil der Netzentgelte vermeiden. Eine Perspektive für Biogasanlagen, auch nach dem Auslaufen der EEG-Förderung ausreichende Preise zu erzielen, gäbe es nur im Verbund eines virtuellen Kraftwerks. Bislang erhalten Biogasanlagen bei der Genossenschaft keine dauerhaft höhere Vergütung als sonst im Marktprämienmodell



und auch die Endkunden werden künftig wohl erst einmal den gleichen oder nur geringfügig niedrigeren Strompreis wie bei ihren jetzigen Tarifen zahlen.

### Hoffnung auf Änderungen im EEG

„Da wir unseren Strom offiziell nicht als Ökostrom bewerben dürfen, wollen wir nachweisen, dass Verbrauch und regionale Erzeugung gleichzeitig stattfinden“, benennt Spanheimer eine weitere Herausforderung. Er hofft wie viele andere auf die Verordnungsermächtigung für Herkunftsnachweise im EEG. Mit dieser könnte das Gesetz nachträglich so geändert werden, dass regional direktvermarkteter EEG-Strom doch die Nachweise erhalte, verbunden mit einer Befreiung von der EEG-Umlage.

Die Bundesregierung will im Frühjahr 2015 einen Vorschlag für ein Ökostrom-Direktvermarktungsmodell machen, dass diese beiden Elemente enthalten könnte. „Dann wäre unser Modell wirtschaftlich noch attraktiver und übertragbar auf viele andere Regionen“, so Spanheimer.

Regionalstrom Franken kann als Pionier vorweg gehen, weil es von besonders günstigen Ausgangsbedingungen profitiert: Von der Vielzahl an Kleinanlagen und der Kooperation mit N-Ergie,

deren Kunden und Netze sich sowohl im Nürnberger Stadtgebiet als auch im ländlichen Umland befinden. Die Vision von Spanheimer und seinen Mitstreitern ist, dass diese Konstellation zu einer ganz neuen Stadt-Land-Partnerschaft für Energie führen könnte.

Zunächst gilt es aber für die Franken, möglichst viele weitere Anlagenbetreiber zum Eintritt zu bewegen, um Stromlieferverträge mit der N-Ergie und anderen Händlern abschließen zu können. Die Vermarktung an die Endkunden wird ab Mitte dieses Jahres starten.

### Envitec: Biogasstrom direkt an den Endkunden

Seit der Umsetzung der EU-weiten Strommarktliberalisierung in deutsches Recht im Jahr 1998 können die Bundesbürger ihren Stromanbieter frei wählen. Doch auch heute, mehr als 15 Jahre später, macht davon nur eine Minderheit Gebrauch. Die meisten deutschen Haushalte sind ihrem regionalen oder lokalen Anbieter treu geblieben. Für Alfred Gayer, Geschäftsführer der EnviTec-Tochter EnviTec Stromkontor, liegt das ganz klar an dem Vertrauensvorsprung, den die Nähe zwischen Versorger und Kunde erzeugt. Und Vertrauen ist vielen Kunden offenbar noch wichtiger

als ein günstiger Preis, so eine Studie des Marktforschungsunternehmens YouGov von Anfang 2014.

Hier will auch EnviTec ansetzen. Das Unternehmen plant, baut und betreibt nicht nur Biogasanlagen, sondern ist auch einer der Stromhändler, die in Deutschland erneuerbaren Strom an der Börse handeln. Dadurch mit dem Energiemarkt vertraut, kam EnviTec 2014 auf die Idee, selbst einen Strompreis für Endkunden aus Sicht eines Biogas-Anlagenbetreibers als Stromlieferant zu kalkulieren und die Marktattraktivität zu testen. Die höheren Gestehungskosten des Biogas' im Vergleich zum konventionellen Strom könnte die Marktprämie im Rahmen der EEG-geförderten Direktvermarktung ausgleichen, so die Überlegung.

### Lokaler Tarif günstiger

Eine von EnviTec durchgeführte Machbarkeitsstudie zeigte dann, dass der Eigenstromvertrieb tatsächlich wirtschaftlich darstellbar wäre:

Der kalkulierte Preis, der alle nötigen Abgaben, Netzentgelte und Steuern enthielt, war im Vergleich zum örtlichen Durchschnittstarif sogar günstiger. EnviTec wagte darauf den Schritt und bot Ende 2014 für die Biogasanlage im brandenburgischen Neutrebbin den ersten lokalen Tarif an. →

Aufsichtsrat und Vorstand der Regionalstrom Franken eG

Der Standort eignet sich gut, weil hier bereits viele Bürger Wärme aus der gleichen Biogasanlage über ein Nahwärmenetz beziehen. Der Schritt von der Wärme zum Strom war dann nicht mehr groß. Zudem wurden Transparenz und Einbezug der Öffentlichkeit in dem Ort mit rund 250 Haushalten schon seit Baubeginn der Anlage groß geschrieben. Gayer und seine Kollegen wollen die Stromkunden denn auch ohne großen Marketingaufwand gewinnen. „Wir schwimmen gegen den Strom und werben zum Beispiel nicht im Internet“, erklärt Gayer. Man setze auf Infoveranstaltungen, Artikel in der Lokalpresse und Mundpropaganda. Offenbar mit Erfolg, denn bislang zählt der seit rund zwei Monaten angebotene Tarif bereits eine „hohe zweistellige Kundenzahl“ (Stand Mai 2015), so Gayer. Die eingesparten Vertriebskosten werden dabei an den Kunden weitergegeben. Auch die Reduzierung der Handelsstufen vergünstigen den Tarif: Stromlieferant ist die Biogas Neutrebbin GmbH & Co.KG, eine Betreibergesellschaft aus der EnviTec-Gruppe, Kunde sind die Neutrebbiner Bürger, dazwischen: nichts, keine Zwischenhändler, keine Börse. Lediglich EnviTec Stromkontor übernimmt für den Anlagenbetreiber dienstleistend die Kundenbetreuung und die kaufmännische Abwicklung. Im Ergebnis kann ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden (kWh) etwa 30 bis 50 Euro im Jahr sparen.

### Stromsteuerspar-Modell bringt Vorteile

Auch das vielerorts von Stadt- und Gemeindewerken angewendete Stromsteuerspar-Modell nutzt die Biogasfirma in Neutrebbin. Generell können Betreiber die Stromsteuer in Höhe von 2,05 Cent pro kWh sparen, wenn ein enger räumlicher Zusammenhang zwischen Anlage und Kunde gegeben ist, die Anlage maximal zwei MW Leistung hat, Einspeisung und Verbrauch zeitgleich erfolgen und Anlagenbetreiber und Stromlieferant identisch sind. Dabei ist der enge

räumliche Zusammenhang nicht eindeutig definiert, nach derzeitiger Rechtsprechung beträgt er rund 4,5 Kilometer Umkreis um die Anlage. Die Biogas Neutrebbin beliefert jedoch auch Kunden, die weiter von der Anlage entfernt liegen, wie den Oderbruch-Zoo in Oderaue. Deshalb ist die Stromsteuer fester Bestandteil des Neutrebbiner Stromtarifs. Das Stromsteuerspar-Modell unterstützt die Biogas Neutrebbin jedoch grundsätzlich, ihren Kunden einen attraktiven Strompreis anbieten zu können.

### Nachhaltig wachsen, auch ohne EEG

Nach dem Neutrebbiner Modell will EnviTec Stromkontor eine lokale Stromvermarktung an bis zu 60 eigenen Biogasanlagen aufbauen, aber auch externen Anlagenbetreibern das Modell anbieten. Den Strom an Endkunden zu verkaufen, statt ihn über die EnviTec Stromkontor an der Börse zu vermarkten, rechnet sich für die Biogas-Anlagenbetreiber. Diese und die zukünftigen Stromlieferanten müssen allerdings alle Pflichten eines Energieversorgers erfüllen, dazu gehören neben der kaufmännischen Abwicklung unter anderem auch das Bilanzkreismanagement zum Nachweis der zeitgleichen Einspeisung und der Zukauf von Fehlmengen. Zusätzlich will EnviTec mit dem neuen Geschäftsmodell Perspektiven für den eigenen Anlagenpark ebenso wie für externe Kunden für die Zeit nach dem EEG schaffen. „Eine abgeschriebene Biogasanlage hat im positiven Fall Stromgestehungskosten von zehn bis zwölf Cent pro kWh. Der Börsenstrompreis lag vor einigen Jahren schon mal bei etwa acht Cent und könnte sich wieder in diese Richtung entwickeln“, so Gayer. Über die bereits beschriebenen Vorteile beim Vertrieb, aber auch über eine Quersubventionierung durch den Wärmeverkauf in abgeschriebenen Wärmenetzen ließe sich die verbleibende Lücke dann womöglich schließen und eine Perspektive für Biogasanlagen nach Auslaufen der EEG-Förderung aufzeigen. ■



Biogasanlage Neutrebbin des EnviTec Stromkontor

### SERVICE:

#### Kein Herkunftsnachweis für Ökostrom

Die Mehrzahl der Neuanlagen, die Strom aus Biomasse erzeugen, befindet sich heute im Marktprämienmodell, im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als „Geförderte Direktvermarktung“ bezeichnet. Gegenüber der klassischen EEG-Vergütung ist dieses Modell für den Anlagenbetreiber zwar mit größerem Risiko, aber auch mit potenziell höheren Einnahmen verbunden. Einen Nachteil hat das Marktprämienmodell mit der klassischen EEG-Vergütung jedoch gemeinsam: Die Vermarktung läuft meist über die Börse und damit wird aus Ökostrom Graustrom. Das vom Umweltbundesamt geführte Register für Ökostrom-Herkunftsnachweise stellt für erneuerbaren Strom im Marktprämienmodell oder mit fixer Vergütung nach EEG keine Nachweise aus. Kein Betreiber, Händler oder Versorger kann diesen Strom damit offiziell als „Ökostrom“ anbieten und kein Kunde kann ihn direkt beziehen. Der heute in Deutschland durch viele Ökostromanbieter vertriebene Strom mit Herkunftsnachweisen stammt häufig aus norwegischer oder österreichischer Wasserkraft.

Bild: EnviTec Biogas



**KONTAKT:**  
Nicole Paul  
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)  
Telefon: 03843 6930-142  
n.paul@fnr.de  
www.fnr.de  
www.regionalstrom-franken.de  
www.envitec-biogas.de

# Kulturstadel belebt den Ort

Ein schwäbisches Ehepaar hat das erreicht, wovon viele Kleinveranstalter träumen. Sie haben dem kleinen Weiler Erpfenhausen auf der Schwäbischen Alb zu touristischer Beliebtheit verholfen – bei Kulturliebenden der Region und Reisenden. [VON DIRK HERRMANN]



Bereits seit mehr als zehn Jahren ist der idyllisch gelegene Weiler Gerstetten-Erpfenhausen im Landkreis Heidenheim in Baden-Württemberg ein beliebter Treffpunkt für Kleinkünstler und ihr Publikum. Zunächst fanden die Veranstaltungen in einem Stadel, einem Stall, statt, den das Ehepaar Sonja Banzhaf und Benny Jäger provisorisch zur Kleinkunstbühne umfunktioniert hatte. Die Vernetzung von Benny Jäger, der als Musiker Kontakt zu vielen Künstlern pflegt, trug dazu bei, dass der Hof als Veranstaltungsort bekannt wurde. Später entwickelten die Eheleute die Idee, Kultur, Gastronomie, Fremdenverkehr, Landschaft und Landwirtschaft stärker miteinander zu verknüpfen, um den Tourismus anzukurbeln und die Grundversorgung im Ort, in dem 15 Einwohner leben, zu verbessern.

**Ländlichen Raum attraktiv und erlebbar gestalten**  
Mithilfe einer LEADER-Förderung konnten sie ihre Idee in die Tat umsetzen. Mit dem „Kulturhof Erpfenhausen“ entstand ein zeitgemäßer Kulturstadel mit moderner Technik. Neben dem Umbau des Kulturhofs wurde eine stillgelegte Gaststätte reaktiviert und zwei Ferienwohnungen eingerichtet. Die Gaststätte ist mittlerweile zum viel besuchten Ausflugsziel für Touristen geworden, die die Schwäbische Alb zu Fuß oder mit dem Rad erkunden; die Einwohner des Ortes nutzen das Lokal als Treffpunkt. Zudem hat sich die Errichtung des Kulturhofs positiv auf das Arbeitsplatzangebot in der Region ausgewirkt. Mittlerweile beschäftigt die von einem Pächter betriebene Gaststätte fünf bis acht Küchen- und Servicekräfte; im Dienstleistungsbereich des Kulturhofs werden zeitweilig ein bis drei geringfügig beschäftigte Mitarbeiter eingesetzt.

## Herausforderung Förderung

Die erste Hürde, die das Ehepaar überwinden musste, war die Beantragung der Fördergelder aus dem ELER. Zeitgleich eine Unternehmensgründung vorzubereiten, Sponsoren zu suchen, die Finanzierung des Eigenanteils zu sichern und das Projekt zu bewerben, wurde zur Herausforderung. Neben dem Kaufmännischen war insbesondere im Zusammenhang mit dem Baurecht einiges zu klären. Die Investoren mussten die Erfahrung machen,

dass durch ein Umnutzungsvorhaben Probleme entstehen können, die im Vorfeld selbst für Fachleute in ihrer Gesamtheit schwer abzusehen sind. Unterstützt wurde das Ehepaar durch die Gemeinde Gerstetten-Erpfenhausen sowie das Regionalmanagement der Lokalen Aktionsgruppe Brenzregion.

Mittlerweile ist der Kulturbetrieb mit anderen Bühnen, mit Kulturämtern und der Presse vernetzt. Die Veranstaltungen werden vom Pächter der Gaststätte und von anderen Gastronomen aus der Region beliefert. Zudem arbeitet der Hof mit zwei landwirtschaftlichen Betrieben aus der Umgebung zusammen, so wird während der Veranstaltungen Wurst von einer nahegelegenen Straußenfarm als Pausensnack verkauft. Darüber hinaus ist die Erweiterung der Speisekarte der Gaststätte mit Produkten eines Bio-Hofes aus der Gegend geplant. Synergien entstehen dabei vor allem in Sachen Werbung, sowohl für den Kulturhof als auch für die landwirtschaftlichen Betriebe.

## Bürger unterstützen den Kulturhof

Vier Mal im Jahr finden einwöchige Kulturveranstaltungen mit bis zu 200 Gästen pro Tag auf dem Hof statt. Auch zwischendurch werden kleinere Theateraufführungen und Feiern veranstaltet. In der übrigen Zeit wird der Kulturhof für externe Events vermietet. Ein engagiertes Team freiwilliger Helfer, darunter Techniker, Parkplatzzeiger und Ticketverkäufer, unterstützt den Hof bei den eigenen Kulturveranstaltungen. Der Kulturhof als privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen ist dennoch nur mithilfe von Sponsoren am Leben zu erhalten. Deshalb ist für den Kulturbereich nun die Gründung eines Vereins geplant. ■

Das Ehepaar Sonja Banzhaf und Benny Jäger betreibt den Kulturhof Erpfenhausen.



**KONTAKT:**  
Kulturhof Erpfenhausen  
Benny Jäger und Sonja Banzhaf GbR  
Telefon: 07323 920053  
info@kulturhof-erpfenhausen.de  
www.kulturhof-erpfenhausen.de

# Kulturelle Schätze neu genutzt

Der Museumshof Puddemin auf der Insel Rügen entführt in vergangene Epochen. Möglich gemacht hat dies – neben der ELER-Förderung – die Hartnäckigkeit der Initiatorin Regina Zeitz. [VON JULIANE MANTE]

Der Museumshof Puddemin in der Gemeinde Poseritz im Südosten der Insel Rügen liegt in einem kulturhistorisch sehr bedeutenden Gebiet. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich zwei Hügelgräber der Bronzezeit, die Burgwallanlage der Stadt Garz, sowie Museum und Geburtshaus des politischen Literaten Ernst Moritz Arndt. Das besonders reizvoll direkt am Bodden in einem Landschaftsschutzgebiet gelegene Hofgelände selbst besteht aus historischen Besonderheiten unterschiedlicher Epochen: Drei Bodendenkmäler aus dem Neolithikum legen die Existenz einer steinzeitlichen Siedlung nahe. Seinen Ursprung hat das Bauerngehöft in Rügens Schwedenzeit (1648 bis 1815): Das Haupthaus in seiner jetzigen Gestalt bauten im Jahre 1681 niedersächsische Siedler, die die damalige schwedische Regierung ins Land holte, um das während des 30-jährigen Krieges zerstörte und fast menschenleere Gebiet neu aufzubauen. Abgerundet wird das Ensemble von einem „Chausseegeldeinnehmer Etablissement“ nebst Nebengebäude aus Rügens Preußenzeit (1815 bis 1945).

## Denkmalschutz als Hauptmotiv

Der zum großen Teil historisch getreue Wiederaufbau dieser Gebäude haben die Theologin Regina Zeitz und ihrem Mann Wolfgang Zeitz viel Ausdauer, Kraft und eine Menge Nerven abverlangt. Die ursprünglich aus dem Münsterland stammende Familie mit zwei Kindern erwarb 1997 auf der Suche nach einem Wohnsitz für den Lebensabend erste Teilstücke des Museumshofes. Im Jahr 2002 schließlich kauften sie das gegenüber ihres Wohnhauses gelegene Herzstück des Hofensembles – bestehend aus einem Haupthaus, einer Stallscheune und einem weiteren kleinen Stall – vom Enkel des Alteigentümers, um es denkmalgerecht zu erhalten. „Wenn ich dieses historisch wertvolle Kulturgut hätte verkommen sehen müssen – ich wäre weggezogen“, erklärt die mit Leib und Seele dem Denkmalschutz verschriebene Regina Zeitz ihre Motivation. Ein schlüssiges Nutzungskonzept hierfür entwickelten sie erst nach und nach mithilfe eines regionalen Planungsbüros. Inspiriert haben sie dabei die

Diskussionen mit dem damaligen, sehr rührigen Bürgermeister Michael Burmeister und den Gemeindevertretern. Michael Burmeister hatte auch die Idee, die Sanierung und Umnutzung über ELER-Mittel fördern zu lassen und vermittelte ihnen viele notwendige Kontakte. Die Bauarbeiten starteten 2004 zunächst mit Notsanierungen insbesondere der Dächer, um den weiteren Verfall zu stoppen. Alle weiteren Sanierungen nahm das Paar dann sukzessive in Angriff.

## Kulinarik und Kultur im Doppelpack

Seit dem Sommer 2014 bietet der Museumshof drei Ferienwohnungen in der ehemaligen historischen Stallscheune sowie das Café „Mäusewinkel“ im kleinen Stall. Im zusätzlich 2010 erworbenen, ehemaligen Chausseehaus wird dieses Frühjahr zudem das „Galerie-Café Friedrich“ eröffnet. Regina Zeitz kümmert sich vor allem um die Ferienwohnungen, ihr Mann um den Cafébetrieb. Eine ganzjährig angestellte Kraft wird ebenfalls in der Gastronomie eingesetzt. Die in der Gastronomie verarbeiteten Produkte bezieht Wolfgang Zeitz so weit wie möglich von regionalen Unternehmen.

Neben dem kulinarischen Angebot kommt die Kultur nicht zu kurz: Das nur im Sommer betriebene Café Mäusewinkel beherbergt wechselnde Ausstellungen, die eine Brücke zwischen Ost- und Westdeutschland schlagen sollen – beispielsweise zu Themen wie „Reisen in den 1950er-Jahren“ oder dem Frauenbild in Ost und West. Auch das Galerie-Café Friedrich wird regionalen Künstlern eine Plattform bieten. So kommen hier in einer Lesereihe im Rahmen des diesjährigen Rügener Märchensommers verschiedene Märchenerzählerinnen zu Wort.

## Den Schwierigkeiten trotzen

Viele der notwendigen Arbeiten waren zu Beginn nicht vorhersehbar, wie etwa, das Kassenprogramm selbst programmieren zu müssen, um es auf die eigenen Bedürfnisse zuzuschneiden. „Wenn wir bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung – zumindest jetzt zu Beginn – unseren



eigenen Lohn mit berücksichtigen würden, ständen wir ganz schnell in den roten Zahlen“, erklärt Wolfgang Zeitz das Dilemma. Auch das Fachpersonal zu finden, das unproblematisch unterschiedliche Kassensysteme und Kaffeemaschinen bedienen und pflegen kann, war eine kleine Herausforderung.

Das Haupthaus von 1681 wartet derzeit noch auf seine neue Bestimmung. Eine sowohl für die Denkmalschutzbehörde als auch für die Familie annehmbare Nutzungsmöglichkeit zu finden, ist sehr zeitaufwändig. Um es vor dem Verfall zu retten, haben die Zeitz' deshalb zunächst ein neues Dach über das ursprüngliche gesetzt. Sobald die Zeit und das Geld es erlauben, wollen sie auch dieses Projekt wieder in Angriff nehmen.

### Die Freuden und Mühen der Förderung

Das Gesamtprojekt des Museumshofes – bestehend aus der Sanierung der Stallscheune, der kleinen Stallung und des Chausseehauses, dem Bau der Zuwegung und eines Parkplatzes sowie der Errichtung eines Museumsgartens – wurde theoretisch mit rund 422 000 Euro ELER-Mitteln gefördert, das sind 45 Prozent der Gesamtinvestitionssumme. Praktisch waren es rund 51 000 Euro weniger, denn der Gemeinde fehlte das Geld für den notwendigen Kofinanzierungssatz von 12,5 Prozent. Den musste Familie Zeitz selbst aufbringen.

Heute blicken die Zeitz' durchaus kritisch auf den steinigen Weg, den sie bis zur Eröffnung des Museumshofes gegangen sind. Als besonders gravierend empfand das Paar den Umstand, dass eine Fördermittelzusage feste Fertigstellungsfristen nach sich zieht. „Die Firmen wissen, dass sie ihr Geld bekommen, egal wie sie arbeiten“, fasst Wolfgang Zeitz zusammen. „Das kann die Qualität ihrer Arbeit erheblich beeinträchtigen.“

Begeistert waren die Zeitz' aber von der Unterstützung ihrer Bearbeiterin an der Bewilligungsbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen, Karla Stroyk: „Sie war fast ebenso am Gelingen des Projektes interessiert wie wir.“ Spürt man den Enthusiasmus und das Herzblut, mit dem

das Paar dieses Projekt vorangetrieben hat, kann man sich nicht vorstellen, dass sie in Zukunft vor Schwierigkeiten schnell kapitulieren. Sie sagen aber auch: „Ohne etwas Geld in der Hinterhand hätten wir dieses Projekt nie realisieren können. Hier in der Region gibt es viele historisch sehr wertvolle Gebäude. Ihr Erhalt scheitert aber oft, weil entweder die Ressourcen oder der Wille fehlen.“

### Viel Unterstützung vor Ort

Nach anfänglicher leichter Skepsis hat die ansässige Bevölkerung die Familie sehr unterstützt und das Vorhaben damit teilweise erst ermöglicht. So halfen die zwei örtlichen Agrargenossenschaften beispielsweise bei Baumfällarbeiten oder berieten bei der Auswahl des zu verwendenden Saatgutes für die zum Hofensemble gehörende Freifläche.

Die Erfahrungen der ersten Saison nach Eröffnung des Cafés Mäusewinkel stimmen zuversichtlich, denn obwohl bisher kaum Zeit für Werbung blieb, stürzte sich vor allem die heimische Bevölkerung regelrecht auf das neue Angebot: „Hier gibt es ja sonst wenig Möglichkeiten, sich zu treffen. Wir mussten oft alle eigentlich geplanten Arbeiten liegenlassen, weil unser Café ganz unerwartet permanent voll war“, beschreibt Regina Zeitz diese kleine positive Herausforderung. Wie gut die Ferienwohnungen angenommen werden, wird sich ab dieser Saison zeigen.

### Pläne für die Zukunft

Derzeit konzipiert Regina Zeitz nach dem Vorbild der Deutschen Märchenstraße eine Märchenstraße für das südliche Rügen. Sie soll die Sagen des Dichters Ernst Moritz Arndt an den jeweiligen Örtlichkeiten, an denen sie beheimatet sind, erfahrbar machen. Zwei dieser Sagen haben ihren Ursprung in Puddemin und werden damit das Gesamtkonzept des Museumshofes abrunden. ■



**KONTAKT:**  
Regina und Dr. Wolfgang Zeitz  
Museumshof Puddemin  
Telefon: 01577 1571933  
puddemin@gmx.de  
www.puddemin.de

# Region sorgt für Breitband

Der Landkreis Cochem-Zell in Rheinland-Pfalz organisiert seinen Breitbandausbau selbst. Eine öffentlich-private Partnerschaft und rund 17,5 Millionen Euro sollen es möglich machen, dass über 100 Ortsteile den Anschluss nicht verlieren. [VON KARL-JOSEF FISCHER]



Die Gesellschafter bei der Gründung der Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH im Dezember 2011

Zwei Jahre, 108 Ortsteile und rund 340 Kilometer Glasfaserkabel – das sind die Eckdaten des bundesweiten Vorreiter-Projekts zum Breitbandausbau, das vom Landkreis Cochem-Zell, allen seinen Verbandsgemeinden sowie privaten Unternehmen realisiert wurde. Das Ergebnis dieser öffentlich-privaten Partnerschaft: Mitte 2015 werden alle Ortslagen an das Glasfasernetz angeschlossen und durch einen Telekommunikationsanbieter größtenteils mit Bandbreiten von 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s), mindestens jedoch 16 Mbit/s versorgt sein. Das zugrundeliegende Konzept bedarf keiner Zuschüsse der öffentlichen Hand, eine finanzielle Beteiligung der Bürger hat nicht stattgefunden.

## Breitbandversorgung war unzureichend

Im Frühjahr 2009 analysierte die Kreisverwaltung die DSL-Verfügbarkeit in allen Orten des ländlich strukturierten Landkreises Cochem-Zell. Die Ergebnisse waren eindeutig und typisch für ländliche Räume: In vielen Gemeinden gab es eine unzureichende Breitbandversorgung, doch Telekommunikationsunternehmen bauten das Netz wegen der fehlenden Wirtschaftlichkeit kaum weiter aus.

Der Bedarf an höheren Bandbreiten nimmt jedoch stetig zu. Ländlichen Regionen entstehen damit erhebliche Nachteile gegenüber den Ballungsgebieten; das betrifft Regionen als Wohnstandort ebenso wie hinsichtlich Bestand und Ansiedlung von Unternehmen. Damit der Landkreis Cochem-Zell im Standortwettbewerb eine Chance hat, braucht er den flächendeckenden Ausbau mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen. Daher ergriffen er und seine Verbandsgemeinden selbst die Initiative und gründeten im Dezember 2011 die „Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH“ (BIG). Mit ihr wollten sie den Anschluss – zu tragfähigen Preisen – gewährleisten. Bevor der Breitbandausbau richtig starten konnte, war eine umfassende Prüfung von Fragen zum europäischen Beihilferecht notwendig, die den Breitbandausbau mindestens um ein Jahr verzögert hat. Nachdem ein Rechtsgutachten erstellt und ein Betrauungsakt für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geleistet war, konnte die Ausbauplanung wieder vorangehen.

## Gemeinschaftsprojekt als Public Private Partnership

Damals bestand der Landkreis Cochem-Zell aus 92 Städten und Gemeinden. Mit einer Kooperationsvereinbarung einigten sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Breitbandausbau auf Landkreisebene. Diese Verbundenheit war die wichtigste Voraussetzung dafür, das Konzept umsetzen zu können. Die Gemeinderäte übertrugen die Aufgabe „Breitbandversorgung“ auf die heutigen vier Verbandsgemeinden. Gesteuert wird das Projekt durch die Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH: In Form einer Public Private Partnership haben sich in ihr der Landkreis Cochem-Zell, die vier Verbandsgemeinden des Landkreises, die regionalen Energieversorger RWE Deutschland AG sowie Energieversorgung Mittelrhein AG (EVM), das Telekommunikationsunternehmen inexio KGaA und das private Softwarehaus mps zusammengeschlossen. Die Gesellschafter treffen sich mehrmals im Jahr, fassen im Rahmen der Gesellschafterversammlungen Beschlüsse zur Finanzierung und planen den Ausbau gemeinsam. Zwei Geschäftsführer werden von den beiden Gesellschaftern Landkreis Cochem-Zell und RWE Deutschland AG gestellt.

Das Breitbandprojekt hat ein Gesamtvolumen von rund 17,5 Millionen Euro, wovon etwa neun Millionen Euro als Kredit durch die Sparkasse Mittelmosel finanziert wurden. Mithilfe der privaten Beteiligung und Bürgschaften der Gesellschafter sowie der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz konnte die finanzielle Basis gesichert werden. Der verbleibende, nicht durch Kredite abgedeckte Investitionsbedarf wird durch Gesellschafterdarlehen finanziert, die etwa zur Hälfte aus Bar- und Sacheinlagen bestehen. Diese Anteile der Gesellschafter sollen innerhalb der Mietdauer von 20 Jahren inklusive einer Guthabenverzinsung zurückfließen. Die Kommunen müssen keine Baukostenzuschüsse aufbringen. Die Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens war ein solides Ausbaukonzept.

## Glasfaser bis auf die letzte Meile

Bei den Planungen wurde besonders darauf geachtet, vorhandene Infrastrukturen und künftige Baumaß-

nahmen in das neue Netz einzubinden. Viele Gesellschafter haben ihren Geschäftsanteil deshalb nicht nur in Bareinlagen, sondern auch in Form nutzbarer Infrastrukturen, wie Glasfaserleitungen und Leerrohre, als Sachwerte eingebracht. Die Gesamtstrecke des Glasfasernetzes beträgt rund 340 Kilometer. Davon waren zum Baubeginn im Jahr 2012 bereits rund 200 Kilometer als Sacheinlagen der Gesellschafter vorhanden, sodass noch eine Strecke von etwa 140 Kilometern mit Tiefbauarbeiten erschlossen werden musste.

Mit seinem Ausbau bindet sich der Landkreis Cochem-Zell an die drei überregionalen Breitbandtrassen, die das Gebiet durchlaufen, an. Dass diese Glasfaserstrecken bereits vorhanden waren, hat die Ausbaukosten und die Bauzeit reduziert.

In der Glasfasertechnik sieht die BIG die Zukunft der Breitbandversorgung: Anders als beispielsweise bei LTE (Long Term Evolution) garantiert die Glasfaser konstant hohe Bandbreiten und es ist keine Drosselung von Datenmengen notwendig. Im Rahmen des Ausbaus werden mindestens 135 Technikstandorte neben den Kabelverzweigern und Hauptverteilern der Deutschen Telekom AG (DTAG) errichtet und mit Glasfaser erschlossen. Die „letzte Meile“ vom Verteiler bis in die einzelnen Haushalte bleibt weiterhin das Kupferkabel der DTAG.

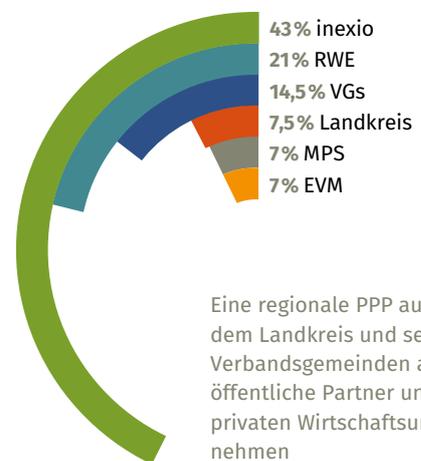
Den Bürgern stehen dann prinzipiell flächendeckend bis zu 100 Mbit/s zur Verfügung. Mit zunehmender Entfernung des Hausanschlusses vom Verteiler kann die Bandbreite allerdings abnehmen: In der Regel werden die Haushalte mit Bandbreiten von 50 Mbit/s, mindestens jedoch von 16 Mbit/s versorgt.

## Netz offen für Anbieter

Das Glasfasernetz ist komplett an das Unternehmen inexio vermietet, das den Betrieb und die Instandhaltung sicherstellt. Darüber hinaus steht das neue Netz allen Telekommunikationsunternehmen zur Verfügung, die darüber Dienste anbieten wollen. Im Rahmen von „Open Access“ können sie das Breitbandnetz, einzelne Orte oder einzelne Trassen auch anmieten. Die Bürger haben dadurch die Möglichkeit, sowohl mit inexio als auch mit jedem weiteren Anbieter, der das

Netz anmietet, Telekommunikationsverträge abzuschließen. Die Preise bestimmen diese Unternehmen selbst und bei inexio sind sie in allen Regionen gleich. Der Mietvertrag mit inexio ist für eine Dauer von 20 Jahren geschlossen. Sollte dieses Unternehmen aufgelöst werden, kann ein anderer Betreiber den Netzbetrieb weiterführen. Die BIG rechnet neben

## Teilhaber der Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH



Eine regionale PPP aus dem Landkreis und seinen Verbandsgemeinden als öffentliche Partner und privaten Wirtschaftsunternehmen

Quelle: BIG

dem Anschluss von Geschäftskunden und Carrierleistungen mit rund 6000 Privatkunden: Damit ist die Wirtschaftlichkeit des Projekts gewährleistet. Der erste Ort wurde im Februar 2013 freigeschaltet. Inzwischen ist der Tiefbau weitestgehend abgeschlossen. Bis Ende Juni 2015 soll das gesamte Breitbandnetz fertig sein: Bereits 94 von 108 Ortslagen waren im Mai schon online. ■



**KONTAKT:**  
Breitband-Infrastrukturgesellschaft  
Cochem-Zell mbH  
Telefon: 02671 917815  
big@cochem-zell.de  
www.big-cochem-zell.de



Die Rundum-Aussicht über den Chiemgau können vom Wendelstein aus alle genießen.

# Region für alle

Das Chiemsee-Alpenland hat sich zur barrierefreien Tourismusdestination entwickelt. Am Anfang standen viel Recherche und die Erkenntnis, dass eine schwellenlose Hoteltür alleine nicht ausreicht. [VON CLAUDIA KREIER]

Unter „Barrierefreiheit“ werden in erster Linie Angebote für Rollstuhlfahrer verstanden. Zur Gruppe derjenigen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, gehören aber mehr: ältere Menschen und Familien, Genesende, Blinde und Sehbehinderte. Wenn Angehörige dieser Personengruppen ein Hotel gefunden haben, das sie weder in der Tiefgarage oder im Speisesaal, noch im Badezimmer an Barrieren stoßen lässt, dann ist das ein guter erster Schritt. Urlaub ist es für die Betroffenen meist aber erst dann, wenn sie an Freizeitangeboten teilhaben können. Die Region Chiemsee-Alpenland hat sich auf die Fahnen geschrieben, ein Urlaubsziel für alle Menschen zu sein. Wo für viele Destinationen und Reisevermittler die Recherche aufhört, nämlich beim Hotel, da fing sie bei den Verantwortlichen des Tourismusverbands Chiemsee-Alpenland an. Heute nimmt die Region eine deutschlandweite Vorreiterrolle ein. Als erste Anbieter in Bayern dürfen 28 Betriebe das neue bundesweite Zertifikat „Reisen für Alle“ verwenden. Diese Erfolge beruhen auf jahrelangem Engagement in der Region.

## Pilotprojekt 2007 gestartet

Anita Read, von 1999 bis 2014 Behindertenbeauftragte des Landkreises Rosenheim, sitzt seit ihrem 20. Lebensjahr im Rollstuhl. Es war ihr ein Anliegen, barrierefreien Tourismus in Deutschland zu etablieren. Auch von Freunden, ebenso wie von Fremden, wurde sie wiederholt nach barrierefreien Freizeiteinrichtungen in der Region gefragt. Vor acht Jahren stieß sie mit Fördermitteln der bayerischen Staatsregierung das Projekt „Tourismus für alle“ an. Pilotregion war ihre Heimat um den Chiemsee und das erste Ziel: zu sensibilisieren, den Ist-Zustand der Angebote, Einrichtungen und deren Zugänglichkeit zu erfassen und zu überlegen, wie er verbessert werden kann. „Die Allgemeinheit profitiert von Barrierefreiheit“, sagt Anita Read, die von 2004 bis 2008 auch Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung war. „Barrierefreie Einrichtungen sind für zehn Prozent der Bevölkerung – Rollstuhlfahrer, Sehbehinderte, Blinde – unentbehrlich. Für 40 Prozent, nämlich für Senioren und Familien mit Kindern, sind sie notwendig. Für alle Menschen sind sie

komfortabel.“ Besondere Freude machte ihr die Arbeit als Behindertenbeauftragte dann, wenn Ergebnisse sichtbar wurden und sie feststellen durfte, dass ihr Engagement vielen dient: etwa dem Hotelier, der eine höhere Auslastung hat, weil seine barrierefreien Zimmer auch von Senioren gerne gebucht werden oder den Reha-Patienten, die in einer der über 30 Kliniken der Region genesen.

### Überblick verschaffen

Der 2010 neugegründete Tourismusverband Chiemsee-Alpenland griff im Jahr 2011 das Thema mit dem Projekt „Barrierefreier Tourismus“ auf. Ein Jahr lang befragte die Projektleiterin Corinna Raab die 53 Gemeinden und Städte der Region, sichtete und bündelte die Daten: Welche barrierefreien Sehenswürdigkeiten, öffentlichen Einrichtungen und Gastronomiebetriebe gibt es? Für wen sind sie zugänglich? Eine Herausforderung war, dass die Daten zur Zugänglichkeit nicht in jeder Kommune am selben Ort hinterlegt waren. Teils war die Gemeinde dafür zuständig, teils die Behindertenbeauftragten, teils die Tourist Informationen. „Es war ein mühseliges Durchfragen“, erinnert sich Corinna Raab. Hinzu kam, dass die Daten nicht in gleicher Qualität vorlagen. „Ich wusste nie, wie barrierefrei ein Angebot wirklich war. Jeder versteht unter dem Wort etwas anderes.“

Für Anita Read ist das noch nicht alles. Sie sieht die größte Herausforderung darin, immer alle Bedürfnisse im Blick zu behalten und ihnen gerecht zu werden. „Menschen mit Sehstörungen haben andere Ansprüche als Körperbehinderte. Manchmal sind diese Ansprüche nicht kompatibel“, sagt sie. Beispielsweise benötigen Blinde eine Bordsteinkante von mindestens zwei Zentimetern, um sie zu erkennen. Für Rollstuhlfahrer sollten gar keine Bordsteinkanten existieren. „Es können spezielle Platten eingebaut werden“, sagt Anita Read. „Vorausgesetzt, die Verantwortlichen haben das erforderliche Wissen und sind für diese Thematik sensibilisiert.“

### Produkt mit Qualität entwickelt

Die Ergebnisse der Recherche flossen in die Broschüre „Barrierefrei unterwegs“ ein und bildeten die Basis für weitere Schritte auf dem Weg zur barrierefreien Region. Als im Tourismusverband alle Daten in einheitlicher Form vorlagen, nahm Anita Read Kontakt zur „Nationalen Koordinierungsstelle Tourismus für Alle“ (NatKo) auf. Im Jahr 2013 startete sie gemeinsam mit dem Landratsamt Rosenheim und dem Tourismusverband das Projekt „Barrierefreie Urlaubstage“. Die Projektleitung übernahm die NatKo und zertifizierte 28 Einrichtungen mit dem Siegel „NatKo geprüft“. Es besagt, dass geprüfte Informationen zur Barrierefreiheit vorliegen; potenzielle Besucher erfahren, ob die Einrichtung für sie geeignet ist. Alle Informationen sind auf einer eigenen Themenseite im Internetportal des Tourismusverbands hinterlegt. Die Seite ist barrierearm programmiert: Mithilfe einer speziellen Software können die Inhalte vorgelesen werden. Zu den zertifizierten Einrichtungen zählen Hotels, Gasthäuser, Museen, Badeplätze und touristische Highlights wie das Schloss Herrenchiemsee. Sein Besuch ist – samt der Fahrt mit den Chiemseeschiffen – durchgängig barrierefrei möglich. Ebenso der Aussichtsberg Wendelstein: Die Mitarbeiter der dortigen Zahnradbahn haben bereits

vor einigen Jahren Rampen konstruiert, die Rollstühlen, Rollatoren und Kinderwagen den Zugang ermöglichen – und ihren Nutzern eine grandiose Rundum-Aussicht auf 1800 Metern Höhe.

### Kontinuierliche Arbeit wirkt

Nicht nur die Mitarbeiter im Tourismus-Infocenter stellen eine steigende Nachfrage nach barrierefreien Angeboten fest. Auch bei Corinna Raab melden sich immer öfter Betriebe: etwa eine Segelschule, die bereits spezielle Angebote für Menschen mit Behinderung macht und anbot, diese für Urlaubsgäste zu öffnen. Dadurch wird es möglich, die Palette stetig auszubauen.

Für die Geschäftsführerin des Tourismusverbandes, Christina Pfaffinger, gibt es neben der Angebotserweiterung mit zielgruppenspezifischen Produkten einen weiteren wichtigen Aspekt: „Dass die Allgemeinheit und die Verantwortlichen in den Gemeinden für die Thematik sensibilisiert werden“, sagt sie. „Indirekt stellt das Projekt so sicher, dass in Zukunft stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung geachtet wird, beim Straßenbau ebenso wie beim Bau von öffentlichen Einrichtungen. Barrierefreiheit ist eine Investition in künftige Gäste und die eigene Zukunft.“ Mit Blick auf die alternde Gesellschaft sieht sie eine große Chance darin, touristisch als „Rundum-sorglos-Region“ wahrgenommen zu werden. „Wer nicht aus eigener Kraft auf den Berg kommt, der soll auf das Bergerlebnis nicht verzichten müssen, auch nicht auf den Besuch eines Restaurants oder Museums, auf eine Wanderung oder eine Kajakpartie.“ Die Aufgabe des Tourismusverbands ist es, die touristische Leistungskette durchzudenken – damit ein Urlaubstag nicht an der Hoteltür endet. ■

### SERVICE:

Im Rahmen des Projekts „Tourismus für alle“ entwickelten das Deutsche Seminar für Tourismus und die NatKo zusammen mit Betroffenenverbänden sowie Akteuren aus Tourismus und Landesmarketing die bundesweit einheitliche Kennzeichnung „Reisen für Alle“. Sie soll branchenübergreifend hohe Qualitätsstandards sichern und Gästen als Informations- und Bewertungssystem dienen. Inzwischen setzen zehn Bundesländer, einige Regionen und auch eine Hotelkooperation das System ein. Rund 400 Betriebe wurden geprüft. [www.reisen-fuer-alle.de](http://www.reisen-fuer-alle.de)



### KONTAKT:

Corinna Raab

Projekt Barrierefreier Tourismus und Gastronomie Chiemsee-Alpenland Tourismus GmbH & Co. KG  
Telefon: 08669 5595 (Homeoffice)  
[raab@chiemsee-alpenland.de](mailto:raab@chiemsee-alpenland.de)  
[www.chiemsee-alpenland.de](http://www.chiemsee-alpenland.de)

# Alt und trotzdem mittendrin

Ältere Menschen in ländlichen Regionen sollen noch möglichst lange selbstständig zu Hause leben können. Dieses Ziel verfolgen acht Projekte im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. [VON JANA HOYMANN]

Bereits heute sind viele ländliche Regionen aufgrund von Nachfolgeproblemen vieler in den Ruhestand gehender Landärzte medizinisch unterversorgt. Ältere Menschen stehen zudem vor der Herausforderung, dass ihre Angehörigen nicht mehr in dem Maße wie früher Aufgaben in der Pflege und im Haushalt übernehmen können. Mit zunehmendem Alter nimmt außerdem die individuelle Mobilität ab und die Gefahr der Vereinsamung steigt. Um älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause bei hoher Lebensqualität zu ermöglichen, bedarf es deshalb wohnortnaher Angebote im Gesundheitsbereich sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe.

## Breite Themenpalette

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge unterstützt in den Jahren 2014 und 2015 acht Umsetzungsprojekte dabei, diese Herausforderungen zu meistern: im Oberen Elbtal/Osterzgebirge (Sachsen), im Spreewalddreieck (Brandenburg), im Amt Peenetal/Loitz (Mecklenburg-Vorpommern), in Westmecklenburg (Mecklenburg-Vorpommern), in der Verbandsgemeinde Daun (Rheinland-Pfalz) sowie in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg (Hessen), Trier-Saarburg (Rheinland-Pfalz) und Coburg (Bayern). Die Projekte greifen ein breites Spektrum auf: Sie wollen zum Beispiel Helfernetzwerke für akute Notfälle und präventive Vorsorge aufbauen, niedrigschwellige Beratungsangebote, Gesundheitssportangebote oder altersgerechte Wohnformen etablieren.

## Mehr Gesundheitssport in Westmecklenburg

Der regionale Planungsverband Westmecklenburg hat sich beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Institut für Präventivmedizin der Universität Rostock zum Ziel gesetzt, den Gesundheitssport vor allem in Vereinen zu stärken. Zu diesem Zweck haben das Thünen-Institut Bollewick und das Beratungsbüro Urbanizers zunächst die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und das bürgerschaftliche Engagement in verschiedenen Gemeinden Westmecklenburgs erhoben. Besonders positiv aufgefallene Gemeinden

konnten sich daraufhin in einem Wettbewerb um die Einrichtung eines Bewegungsparcours bewerben. In der Gewinnergemeinde Crivitz gestalteten anschließend die Bürger im Rahmen einer Planungswerkstatt den Parcours mit, der derzeit errichtet wird. Er wird von einer breiten Bevölkerungsgruppe unterstützt und gewünscht. Zudem deutet sich an, dass er einen längerfristigen Prozess zur Zukunft der Ortsentwicklung initiiert hat, bei dem sich Verwaltung und Bürger gleichermaßen engagieren. Parallel dazu werden, auch über die Gemeinde Crivitz hinaus, vor allem Übungsleiter von Vereinen zur Sturzprävention geschult. Damit soll sich der Gesundheitssport stärker in Vereinen etablieren, denn diese sind gut im ländlichen Raum verankert und ermöglichen den Bürgern eine wohnortnahe Möglichkeit der sozialen Teilhabe. Unterstützend beraten Projektmitarbeiter die Vereine dazu, wie sie qualitativ hochwertigen Gesundheitssport anbieten können. Ein eigens erarbeiteter Leitfaden bereitet die Vereine auf eine zügige Zertifizierung und Anerkennung der Gesundheitssportangebote vor. In Form eines Beratungs- und Aufnahmeprotokolls, einer standardisierten Aufnahmestunde sowie eines Fragebogens zur Mitgliederzufriedenheit stehen ihnen zudem Qualitätssicherungsinstrumente zur Verfügung. Die erarbeiteten Materialien übertreffen die bundesweiten Standards und sind mit den gesetzlichen Krankenkassen abgestimmt. Durch die Einbindung aller relevanten Akteure aus Wissenschaft, Regionalplanung, dem Gesundheitssektor, Sportverbänden und Krankenkassen in einem eng geknüpften Netzwerk konnten die vorhandenen Potenziale gut genutzt werden.

## Barrierefreier Wohnraum im Oberen Elbtal/Osterzgebirge

Auch in den ländlichen Räumen der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge ist der Anteil hochbetagter Menschen groß und viele notwendige Infrastrukturen brechen weg. Die Region ist aber auch durch enge soziale Netzwerke, ein gemeinsames Verantwortungsgefühl und gegenseitige Hilfe geprägt. Im dortigen Landkreis Meißen soll es älteren



Weil gesellschaftliche Teilhabe wichtig ist: Der Regionale Planungsverband Westmecklenburg fördert den Gesundheitssport für Senioren.

Menschen ermöglicht werden, noch möglichst lange zu Hause leben zu können. Eine Befragung im Rahmen des Projektes verdeutlichte, dass ein bedeutendes Hindernis hierfür der überwiegend nicht barrierefreie Wohnraum ist. Zudem wissen viele ältere Menschen nicht, welche Gesundheitsangebote und haushaltsnahen Dienstleistungen in ihrer Region angeboten werden. In einer Datenbank erfassen Projektmitarbeiter deshalb zunächst alle wichtigen diesbezüglichen regionalen Angebote, insbesondere zu niedrighschwelliger Wohnberatung und Wohnraumanpassung. Gleichzeitig haben fünf Gemeinden Beratungsstellen in ihren Rathäusern eingerichtet, die diese Datenbank nutzen und eine unabhängige Beratung anbieten. Die Räume im Rathaus sind den älteren Menschen meist bekannt und das Angebot daher niedrighschwellig zugänglich. Alle kommunalen Berater werden regelmäßig zu aktuellen Themen geschult. Die Schulungen führt der Landkreis selbst durch oder engagiert dafür Fachleute.

Die Erprobungsphase hat Anfang 2015 begonnen und wird von den Bürgern gut angenommen. Dabei legt jede Kommune je nach Versorgungslage andere Schwerpunkte. Zwei Kommunen, die bereits eine Seniorenberatungsstelle haben, konzentrieren sich zum Beispiel darauf, die vorhandenen regionalen Versorgungs- und Beratungsangebote zu bündeln, während andere ihre Beratungsstelle erst einmal etablieren müssen. Dabei ist es besonders hilfreich, die ehrenamtlichen Multiplikatoren aus den Seniorenvereinen einzubinden. Eine weitere Gemeinde hatte bereits im vergangenen Jahr zusammen mit dem Geriatrischen Netzwerk monatlich eine Gesundheits- und Pflegeberatung angeboten. Da diese bisher jedoch kaum genutzt wurde, wird sie dieses Jahr in einer breit angelegten Imagekampagne bekannt gemacht, zudem wurden die Beratungszeiten erweitert.

Kommunenspezifische anstelle von einheitlichen Beratungskonzepten zu erstellen, hat sich zwar als aufwändiger, aber deutlich zielgerichteter herausgestellt. Da die Beratungsstellen räumlich und personell in den Kommunen angesiedelt sind, können sie nach Projektende fortgeführt

werden. Darüber hinaus ist angedacht, die kommunale Beratung auf den gesamten Landkreis Meißen auszudehnen und auch das Schulungsangebot aufrecht zu erhalten.

#### Erste Erfolgsfaktoren

Die Probleme sind regional unterschiedlich ausgeprägt, daher werden sie in den Projekten auch primär lokal beziehungsweise dezentral bearbeitet. Dabei zeigte sich, dass es für eine erfolgreiche Umsetzung wichtig ist, zum einen sowohl politische Entscheidungsträger als auch bekannte Personen aus der Verwaltung frühzeitig einzubinden und zum anderen die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu berücksichtigen. Der langfristige Erfolg kann an dieser Stelle noch nicht beurteilt werden, da die Projekte erst Ende 2015 abgeschlossen werden. Gleichwohl zeigt sich schon jetzt, dass die Vielzahl der beteiligten Akteure auch langfristig einen zentralen Koordinator benötigen werden. ■



#### KONTAKT:

Dr. Jana Hoymann  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung  
Telefon: 0228 99401-2133  
jana.hoymann@bbr-bund.de  
www.bbsr.bund.de  
www.regionale-daseinsvorsorge.de

Tanja Blankenburg  
Regionaler Planungsverband Westmecklenburg  
Telefon: 0385 58889-133  
tanja.blankenburg@aflwm.mv-regierung.de  
www.westmecklenburg-schwerin.de

Dagmar Socher  
Landratsamt Meißen, Dezernat Soziales  
Telefon: 03521 7253109  
dagmar.socher@kreis-meissen.de  
www.kreis-meissen.org/9442.html

# Energieholz dezentral nutzen

Zukünftig wird ein Holzdefizit in Deutschland erwartet. Ziel des Forschungsverbundes AGROFORNET war es deshalb, einer stärkeren dezentralen Nutzung von Waldrestholz sowie Holz aus Kurzumtriebsplantagen und der Landschaftspflege den Weg zu ebnen.

[VON DAVID BUTLER MANNING, MARCO SCHNEIDER, CHRISTOPH SCHURR, ANKE NAUMANN, CHRISTIAN SCHÖNE, CARSTEN STANGE, DENIE GEROLD UND ALBRECHT BEMMANN]

Vorwiegend aus der Forstwirtschaft stammendes Holz wird zunehmend energetisch für die Produktion von Wärme, Strom und Kraftstoffen genutzt. Um die Emissionen von Kohlendioxid zu mindern, wird diese Entwicklung politisch gefördert. Die Situation auf dem Holzmarkt ist dadurch sehr angespannt. Der Anbau von Energieholz auf landwirtschaftlichen Flächen wird deshalb seit etwa 20 Jahren immer stärker beforscht. Trotzdem haben Landwirte, aber auch landwirtschaftliche Bundes- und Landesbehörden, Naturschutzbehörden, Umweltverbände und Planungsunternehmen Wissensdefizite und Vorbehalte. Bisher wird Holz überwiegend in großen zentralen Biomasseheizkraftwerken oder im privaten Bereich in Form von Scheitholz energetisch verwertet. In dezentralen Anlagen auf kommunaler Ebene bleibt es weitestgehend ungenutzt. Dabei hat es sich zur Strom- und Wärmerezeugung in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen als besonders effizient erwiesen, das eine günstige CO<sub>2</sub>-Bilanz hat. Den ländlichen Regionen entgehen dadurch viele Vorteile. Ziel des von 2010 bis 2014 vom Bundesforschungsministerium geförderten transdisziplinären Projektverbundes AGROFORNET war es deshalb, den potenziellen Beitrag unterschiedlicher Holzquellen zur dezentralen Energieversorgung zu maximieren.

## Wertschöpfungsnetze aufgebaut

Hierzu wurden in den drei Modellregionen Lausitz, Mittelsächsisches Lößhügelland und Südliche Metropolregion Hamburg regionale Wertschöpfungsnetze aufgebaut: Land- und

forstwirtschaftliche Unternehmen produzierten Dendromasse im Wald, in Kurzumtriebsplantagen und in der offenen Landschaft. Dienstleistungsunternehmen transportierten, trockeneten und kompaktierten die Dendromasse, die dann von Kommunen, Kraftwerken und Industriebetrieben energetisch genutzt wurde. Die Netzwerke sollten zum einen die regionale Wirtschaft sowie die Kooperation und Kommunikation der regionalen Akteure stärken. Zum anderen sollten sie zu einem nachhaltigeren Flächenmanagement beitragen, indem produktions-, naturschutz- und landschaftsökologische Aspekte gleichzeitig berücksichtigt wurden. Ziel war es, dass die Netzwerke nach Projektende wirtschaftlich selbstständig weiterarbeiten und anderen Regionen als „Leuchtturmbeispiele“ dienen.

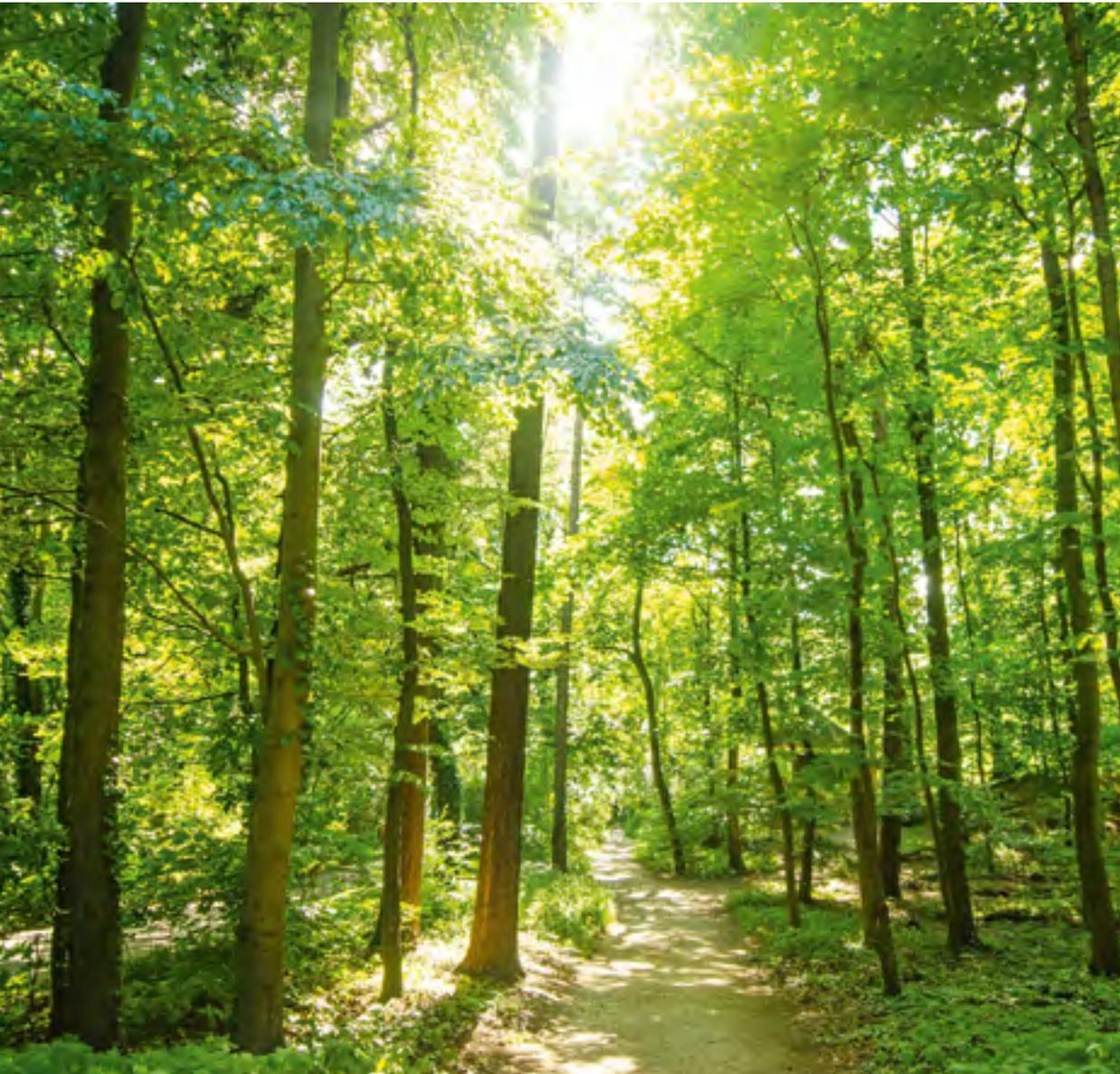
## Forschungs- und Praxispartner arbeiteten eng zusammen

Die Vernetzung von Dendromasseproduzenten mit kommunalen, gewerblichen und industriellen Verwertern sowie dienstleistenden Lohnunternehmen, Banken, Rechtsberatern und öffentlichen Verwaltungen war in der angestrebten Form neu. Die Forschungspartner und regionalen Akteure erarbeiteten daher die zugrunde liegenden Geschäftsmodelle fallspezifisch in enger Kooperation. Zudem unterstützten die Wissenschaftler die beteiligten Unternehmen in der unternehmerischen Umsetzung. Sie untersuchten beispielsweise die Rohstoffverfügbarkeit im Einzugsgebiet der geplanten Wertschöpfungsnetze, schätzten standortbezogen die zu erwartenden

Erträge für Kurzumtriebsplantagen und berieten bei Schädlingsbefall. Außerdem unterstützten sie die Landwirte und Behörden in rechtlichen und förderrechtlichen Fragen, um eventuelle Unsicherheiten zu klären. Mit der direkten Beteiligung der regionalen Akteure im Projektverbund versprach man sich gleichzeitig eine möglichst hohe Akzeptanz der Projekte in der Region.

## Holzhackschnittel aus der Straßenbaumpflege

Als Partner im AGROFORNET-Projekt initiierte das Kreisforstamt Bautzen in Sachsen beispielweise ein Dendromasse-basiertes Wertschöpfungsnetz um die Wilhelm-von-Polenz-Oberschule Cunewalde, die im Rahmen einer Sanierung eine moderne Holzhackschnittelheizung erhalten sollte. Gemäß den Klimaschutzzielen des Landkreises Bautzen wurde der Holzenergie der Vorzug vor Erdgas und Heizöl gegeben. Das Holz sollte möglichst regional erzeugt, auf kurzem Wege transportiert und aus kreiseigenen Quellen gewonnen werden. Gleichzeitig sollte der Brennstoff damit auch preiswerter werden. Es wurde früh entschieden, den Brennstoffbedarf möglichst mit Holz aus der Straßenbaumpflege des Landkreises zu decken. Mittels einer Vollkostenrechnung wurde eine Holzhackschnittelheizung ab dem 15. Betriebsjahr als wirtschaftlich vorteilhaft gegenüber Erdgas kalkuliert und schon in den ersten Jahren gegenüber Heizöl. Die Federführung übernahm das Kreisforstamt Bautzen. Neben der Initiierung des Wertschöpfungsnetzes war es dafür verantwortlich, Kommunen,



Agrarbetriebe, Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen einzubeziehen, sie bei ihren Aktivitäten zur energetischen Nutzung von Holz zu beraten und die Logistikkette zu koordinieren.

Die Hackschnitzelheizung wurde im Jahr 2014 installiert und im Winter 2014/2015 in Betrieb genommen. Ein regionaler Energieholzdienstleister erhielt den Zuschlag, einerseits die Oberschule jährlich mit 900 Schüttbaumetern Holzhackschnitzel zu versorgen und andererseits das Holz aus der Straßenbaumpflege im Verantwortungsbereich des Landratsamtes Bautzen zu übernehmen. Diese zwei Positionen wurden öffentlich ausgeschrieben, da das Landratsamt weder über ausreichend personelle noch technische Kapazitäten verfügt, um die Brennstoffbeschaffung in Eigenregie zu übernehmen. Der Liefervertrag

gilt zunächst bis Mitte 2016. Während dieses Zeitraums wird überprüft, ob sich diese Logistikkette praktisch und wirtschaftlich bewährt.

#### Kurzumtriebsplantagen in Erlau

Eines der ambitioniertesten Unterfangen im Rahmen des AGROFORNET-Projektes, das sich auch nach Projektende noch in der Bearbeitung befindet, ist das Vorhaben im Erlauer Ortsteil Schweikershain in Sachsen. Im örtlichen Altenpflegeheim soll die veraltete Heizanlage auf Heizölbasis nun mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Ebenfalls ersetzt werden muss die Heizung in der 500 Meter entfernten Heinrich-Hoffmann-Förderschule. Daher treiben vor allem die örtliche Agrargenossenschaft Agraset und der Landkreis Mittelsachsen gemeinsam mit weiteren Akteuren vor Ort die Installation eines

Nahwärmenetzes voran, um Heim und Schule und eventuell auch andere Wärmeabnehmer zu vernetzen.

Nach längerer Vorarbeit konnten die Projektpartner die Entscheidungsträger der Gemeinde für das Konzept sensibilisieren und begannen Anfang 2013 mit der Planung: Eine Machbarkeitsstudie sowie ein Wärmenutzungs- und -versorgungskonzept wurden erstellt. Die Entscheidung, den jährlichen Heizölverbrauch des Altenpflegeheims von 80 000 Litern vor allem durch Holzhackschnitzel zu ersetzen, hatte mehrere Gründe. Durch den sehr geringen Waldanteil von nur 16 Prozent bei sehr guten Böden lag es nahe, Kurzumtriebsplantagen anzulegen, da Scheitholz nur in geringen Mengen zur Verfügung steht. Zudem bewirtschaftet die Agrargenossenschaft Agraset schon einige Hektar Kurzumtriebsplantagen und hat sich mit →



Das geplante Nahwärmenetz im Erlauer Ortsteil Schweikershain in Sachsen soll den Energiebedarf eines Sportkomplexes, des Pfarramtes, einer Lernförderschule und eines Altenpflegeheims (v.l.n.r.) über den Einsatz regionaler Holzhackschnitzel decken.

diesem Thema intensiv auseinandergesetzt. Holzhackschnitzel ermöglichen eine höhere Automatisierung als Scheitholz und sind billiger als Pellets, die außerhalb der Region bezogen werden müssten. Neben Agraset hat eine weitere Agrargenossenschaft ihre Teilnahme bereits signalisiert. Weitere Unternehmen und landwirtschaftliche Dienstleister aus der Region sind ebenfalls schon integriert. Eine Energiegenossenschaft soll den Betrieb des Nahwärmenetzes sicherstellen. Für das Nahwärmenetz sind ein Holzhackschnitzelkessel, der den Energiebedarf zu 93 Prozent deckt, sowie ein Ölkessel für Spitzenlasten geplant. Zur Deckung des Wärmebedarfs werden jährlich 1700 Schüttraummeter oder 440 Tonnen Holzhackschnitzel benötigt. Dies entspricht einer Fläche von insgesamt 50 Hektaren Kurzumtriebsplantage. Bei einem Wärmetarif von 0,11 Euro pro Kilowattstunde würde das Heim jährlich 16700 Euro (26 Prozent) durch die Umstellung einsparen. Bau und Inbetriebnahme sind für das Jahr 2015 vorgesehen.

#### Wirtschaftlichkeit genau prüfen

Die Umstellung von fossilen Energieträgern auf Dendromasse ist teilweise mit hohem Aufwand und Kosten verbunden. Aus diesem Grund ist eine Umstellung in der Regel nur dann sinnvoll, wenn alte Anlagen schon abgeschrieben sind und ersetzt werden müssen. Die Investitionskosten für die Planung, Anschaffung und den Betrieb einer Holzheizanlage sind verglichen mit Gas und Öl höher und schrecken dadurch oft ab. Dafür liegen die Brennstoffkosten im Falle von Gas und Öl zum Teil über denen von Holz und die Preise dürften weiterhin schneller steigen. Aus diesem Grund sollten bei energieholzbasierter Wärme konzepten im Vorfeld effiziente Logistikketten aufgebaut, alle vorhandenen Förder-

möglichkeiten für erneuerbare Energien geprüft sowie die langfristigen ökonomischen Auswirkungen für die Region errechnet werden. Dabei wird sich in vielen Fällen zeigen, dass nach einer längeren Standzeit der Heizung Holz wirtschaftlich am vorteilhaftesten ist.

#### Der Wille vor Ort ist ausschlaggebend

Während der vierjährigen Laufzeit konnten aus der Vielzahl von Ansätzen zum Aufbau Dendromasse-basierter Wertschöpfungsketten nicht alle umgesetzt werden. Hierfür gab es mehrere Gründe, die Projekte mit ähnlicher Zielstellung beachten sollten. Eine Umsetzung im Rahmen eines zeitlich begrenzten Forschungsprojektes ist nur dann vielversprechend, wenn sich die Entscheidungsträger vor Ort schon vorher mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Neue Ideen, die von außen in die Kommune getragen werden, können zwar sensibilisieren und den Grundstein für zukünftiges Handeln legen, aber keine Umsetzung innerhalb der Laufzeit gewährleisten. Es empfiehlt sich daher, an Kommunen und Unternehmen heranzutreten, die selbst bereits aktiv nach entsprechenden Ansätzen oder fachlicher Unterstützung suchen. Darüber hinaus sind einflussreiche Ansprechpartner vor Ort unabdingbar, die hinter der Projektidee stehen und das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Von außen sind die Einflussmöglichkeiten sehr begrenzt. Der unbedingte Wille zur Realisierung muss bei den Entscheidungsträgern vor Ort vorhanden sein.

#### Die Grenzen der Forschung

Forschungsprojekte sind zwar dazu geeignet, Initialberatungen zur Bioenergienutzung durchzuführen und Wertschöpfungsnetze anzubahnen. Für eine seriöse Planung sind

Machbarkeitsstudien entsprechender Ingenieurbüros als Planungsgrundlage aber unerlässlich. Je nach Umfang des Vorhabens sind die damit verbundenen Kosten jedoch erheblich. Diese können nicht aus Forschungsfördermitteln gedeckt werden und stellen früh den Umsetzungswillen der Entscheidungsträger auf den Prüfstand. Nicht selten scheitert der Weg zur Umsetzung eines Bioenergiekonzeptes an dieser ersten finanziellen Hürde. Abschließend lässt sich also folgern, dass die Erwartungen an ein Forschungsprojekt wie AGROFORNET seitens der Projektpartner, des Begünstigtenkreises und des Fördermittelgebers realistisch bleiben müssen. ■

#### SERVICE:

##### Zum Weiterlesen

Anders K., Fischer L.; 2013: *Holzwege in eine neue Landschaft? Perspektiven für Holzige Biomasse aus der Sicht von Akteuren: Eine kulturwissenschaftliche Studie*, Aufland Verlag, Croustillier, 268 Seiten.

In diesem Buch berichten die Autoren über bereits existierende Energieholzpfade und -unternehmen in den AGROFORNET-Modellregionen und darüber hinaus.

Gerold D., Schneider M. (Hrsg.); 2014: *Erfahrungsberichte zur Vernetzung von Erzeugern und Verwertern von Dendromasse für die energetische Nutzung*. Leibniz-Institut für Länderkunde, Forum IFL, Heft 25, 127 Seiten. Online unter: [www.energieholz-portal.de/files/gerold\\_schneider\\_2014\\_-\\_erfahrungsberichte\\_agrofor-net.pdf](http://www.energieholz-portal.de/files/gerold_schneider_2014_-_erfahrungsberichte_agrofor-net.pdf)



#### KONTAKT:

Dr. David Butler Manning  
Technische Universität Dresden  
Institut für Internationale Forst- und Holzwirtschaft  
daithibm@googlemail.com  
[www.agrofor-net.de](http://www.agrofor-net.de), [www.energieholz-portal.de](http://www.energieholz-portal.de)

# Wir brauchen Freiräume, um zu experimentieren

Die sogenannten Standards sollen vergleichbare Lebensumstände in der Stadt und auf dem Land gewährleisten. Aufgrund des demografischen Wandels im ländlichen Raum verwandeln sie sich jedoch zunehmend zu Hürden. Welche Rahmenbedingungen braucht die Daseinsvorsorge?



Manuel Slupina ist Mitarbeiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und Mitautor der Studie „Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt“.

## Herr Slupina, haben festgelegte Standards aus Ihrer Sicht heute noch eine Berechtigung?

Viele Standards sind notwendig und sinnvoll und man sollte auch bei schrumpfender Gesellschaft an ihnen festhalten, etwa bei der Trinkwasserqualität. Wenn gute Ideen für eine bessere Versorgung aber an einem bestimmten Gesetz scheitern, sollten wir überlegen, ob es die Möglichkeit gibt, den betreffenden Standard auf einen Prüfstand zu stellen. Das ist natürlich nicht neu. Mit den Standarderprobungsgesetzen wird genau das in einigen Bundesländern gemacht. Wir müssen neue Wege gehen und dadurch neue Lösungen finden.

## Was braucht es denn, um neue Wege zu finden?

Die Studie hat uns gezeigt, wie wichtig gute Vernetzung ist, damit erkämpfte Freiräume auch anderswo genutzt werden können. Eine Zahnärztin hat beispielsweise eine mobile zahnärztliche Versorgung eingerichtet und dafür eine Einigung mit der Kassenärztlichen Vereinigung erzielt. Es ist sehr ernüchternd, wenn eine andere Zahnärztin in einem anderen Bundesland auf die gleiche Idee kommt und genau den gleichen Kampf noch einmal führen muss. Man sollte nicht überall das Rad neu erfinden müssen.

## Fast 40 Projekte in Ihrer Studie belegen, dass sich Hürden überwinden lassen. Sind die Deutschen also flexibler als ihr Ruf?

Wir waren schon überrascht, dass es so viele Menschen gibt, die sich – im positiven Sinn – regelrecht in ihre Idee verbeißen und großes Durchhaltevermögen haben. Sie setzen ihre Idee gegen Schwierigkeiten durch, überzeugen Bürgermeister oder Verwaltungsmitarbeiter, holen sie ins Boot und können dadurch das Projekt erfolgreich umsetzen. So etwas hängt natürlich davon ab, ob die

Menschen vor Ort ihre Mitbürger mitreißen können, aber auch davon, ob die Personen in der Verwaltung, bei der Kommune, Lücken finden, um Ausnahmen zu genehmigen. Wenn die Menschen nach Lösungen suchen, können diese auch gefunden werden.

## Öffnet man nicht mit einem Aufweichen der Vorgaben einem Denken Tür und Tor, dass es in Ordnung ist, wenn auf dem Land andere – und womöglich schlechtere – Lebensbedingungen herrschen?

Standards sollten nicht pauschal aufgegeben, aber geprüft werden: Welche werden nicht mehr gebraucht, welche kann man abmildern? Die Lebensbedingungen in dünn besiedelten Gebieten sind in den vergangenen Jahren bereits schlechter geworden. Das Festhalten an den Standards beschleunigt eher, dass es gewisse Dinge in ländlichen Regionen bald gar nicht mehr gibt, weil sie die Standards nicht erfüllen können: Dann geht die Versorgung von 100 auf Null. Es muss ein Umdenken geben – wir müssen die Frage stellen, wie wir trotz Bevölkerungsrückgangs, trotz älterer Einwohner eine gewisse Versorgung organisieren und garantieren können. Wir müssen neue Modelle finden, die wir heute noch gar nicht kennen, von denen wir zunächst nicht wissen, ob sie langfristig funktionieren werden – dafür brauchen wir einen Freiraum, um zu experimentieren. Sonst kommen wir nicht weiter

## Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

”

*Wir waren überrascht, dass es so viele Menschen gibt, die sich – im positiven Sinn – regelrecht in ihre Idee verbeißen und großes Durchhaltevermögen haben.“*

## SERVICE:

Die Studie „Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt“ des Berlin-Instituts zeigt, wie es kreativen Menschen gelungen ist, trotz verschiedenartiger, bürokratischer Hürden Lösungen für die wachsenden Versorgungsprobleme in ländlichen Regionen zu finden.  
[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

# Wohin entwickelt sich die Agrarforschung?

Immer häufiger wird aus unterschiedlichen Richtungen gefragt, welchen gesellschaftlichen Beitrag die Agrarforschung leisten sollte und welchen sie tatsächlich leistet. Ein europäisches Forschungsprojekt will die Antwort auf diese Fragen erleichtern.

[VON SIMONE SCHILLER UND KERSTIN HÜLEMEYER]

Öffentliche Mittelgeber wollen demonstrieren, dass die Forschungsausgaben eine Wirkung erzielen, Forschungseinrichtungen müssen zeigen, dass sie wissenschaftlich hochkarätig arbeiten und die Praxis erwartet, dass Forschungsergebnisse verständlich vermittelt werden und Innovationen hervorrufen. Der europäische Forschungsverbund IMPRESA versucht nun zu ermitteln, welche wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen die Forschung tatsächlich auf die europäischen Agrar- und Nahrungsmittelsysteme hat. In einem ersten Arbeitsschritt wurden dazu die Trends der Agrarforschungsausgaben analysiert und elf Experten zur Struktur, Prioritäten- und Themensetzung in der Agrarforschung interviewt.

## Datenlage erschwert Auswertung

In Deutschland bereitet jedoch schon die Verfügbarkeit beziehungsweise Vergleichbarkeit der Daten zu den Agrarforschungsausgaben Schwierigkeiten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) weist seine Ausgaben nach der Leistungsplansystematik aus. Allerdings ist diese nicht kongruent mit der vom Bundesamt für Statistik zusammengetragenen und dem auf EU-Ebene verwendeten Indikator Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (BAFE), der nach den Sektoren Wirtschaft (BAFEW), Regierung (BAFER) sowie Hochschule (BAFEH) aufgliedert ist. Die bis in die frühen 1980er-Jahre zurückreichenden Zeitreihen sind zudem lückenhaft. Außerdem machen mehrfache Änderungen der Zuordnungssystematik sowie die Wieder-

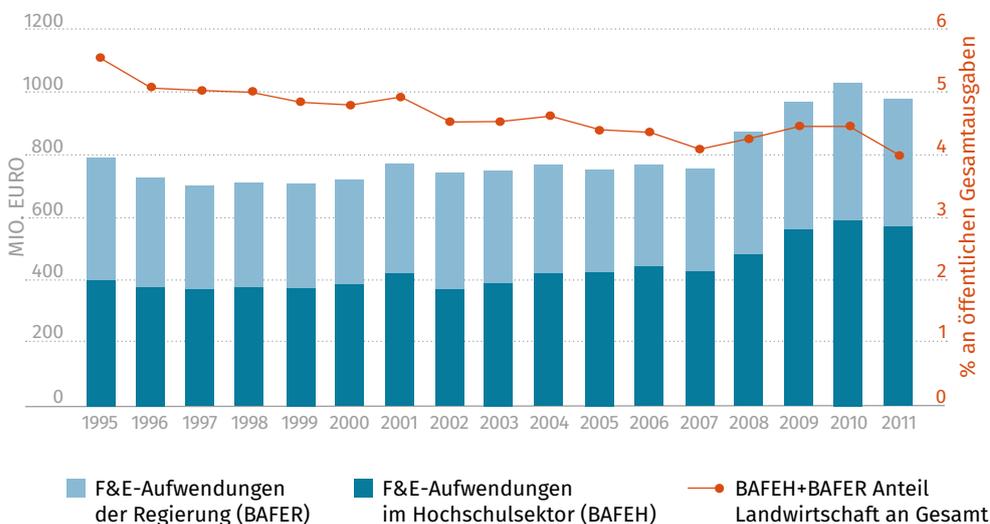
vereinigung Deutschlands eine detaillierte Auswertung über längere Zeiträume schwierig.

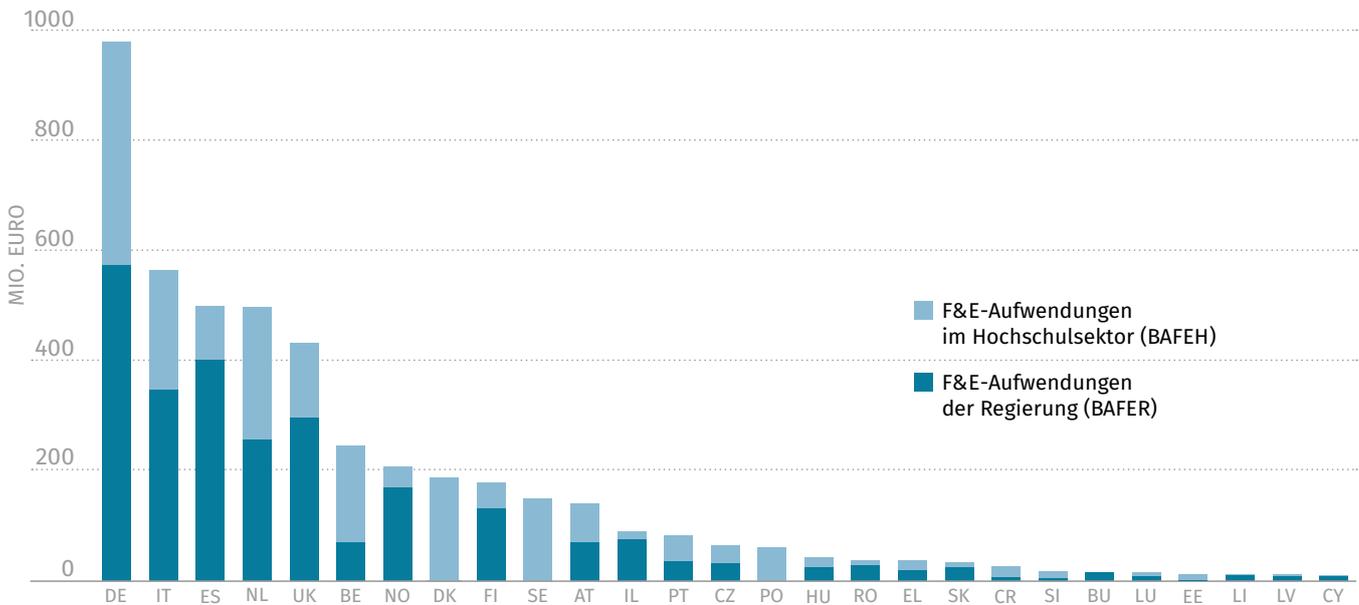
## Trotz sinkender Anteile: Deutschland steht an der Spitze

Deutschland steht im europäischen Vergleich hinsichtlich der Höhe der öffentlichen Ausgaben für Agrarforschung und deren Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren an der Spitze. Unter allen EU-Mitgliedsstaaten gab Deutschland im Jahr 2011 im Hochschul- und Regierungssektor die meisten Mittel für Forschung und Entwicklung (F&E) im Agrarbereich aus. Außerdem ist Deutschland eines der wenigen Länder, bei denen sich die Gesamtausgaben für die Agrarforschung in den vergangenen zehn Jahren stetig erhöht haben. Nichtsdestotrotz sinkt ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Forschungsausgaben (BAFER und BAFEH) im Hochschul- und Regierungssektor seit einigen Jahren ab. Während die Agrarforschung 1995 noch über 5,5 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben ausmachte, waren dies 2011 nur noch knapp vier Prozent.

Im Gegensatz zu den öffentlichen Ausgaben erhebt der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft die Agrarforschungsausgaben des Wirtschaftssektors (BAFEW) auf freiwilliger Basis. Die verfügbaren Zahlen sind daher nur eingeschränkt aussagekräftig. Sie zeigen parallel zu BAFEH und BAFER aber ebenfalls steigende Ausgaben für den Zeitraum 2001 bis 2009. Insgesamt machen diese allerdings nur zwischen 0,2 und 0,3 Prozent der F&E-Ausgaben des Wirtschaftssektors aus. Zum Vergleich: 2011 hat die Wirtschaft insgesamt knapp 175 Millionen Euro für die Agrarforschung ausgegeben, davon waren 126 Millionen Euro interne Ausgaben, der Rest wurde als Drittmittel vergeben. Im selben Jahr umfassten die F&E-Ausgaben der Regierung für den Agrarbereich knapp 574 Millionen Euro, die des Hochschulsektors 407 Millionen Euro.

Öffentliche F&E-Aufwendungen für den Forschungsbereich Landwirtschaft





### Die Zwänge der Drittmittel

Die Interviews mit Schlüsselpersonen widmeten sich insbesondere den zukünftigen Entwicklungen der Agrarforschung. Hier sind in Deutschland Universitäten und Fachhochschulen ebenso aktiv wie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus kommt den internen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Wirtschaftsunternehmen eine bedeutende Rolle zu. Befragt wurden jedoch nur Wissenschaftler der öffentlich finanzierten Agrarforschung. Für diese zeigt sich die Tendenz, dass die Grundfinanzierung abnimmt. Es wird für sie daher immer wichtiger, Drittmittel einzuwerben. Mögliche Geldgeber sind das Bundeslandwirtschaftsministerium, insbesondere mit seinem Programm zur Innovationsförderung. Auch das BMBF fördert die agrarwissenschaftliche Forschung. Mittel für kleinere und größere Forschungsvorhaben können zudem bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben werden. Private Geldgeber sind Stiftungen und natürlich Wirtschaftsunternehmen, die mit Forschungseinrichtungen zu unterschiedlichen Fragestellungen kooperieren oder Forschungsaufträge vergeben.

Der zunehmende Druck, Drittmittel einzuwerben, ist gerade für die Agrarwissenschaften problematisch. Es liegt in der Natur der Sache, dass Untersuchungen und Ergebnisse hier in einigen Fächern eine längere Reifephase benötigen, als es eine dreijährige Projektförderung erlaubt. Auch die personelle Fluktuation erhöht sich durch die Drittmittelfinanzierung, da mit Auslaufen der Projektförderung auch häufig die dafür eingerichteten Stellen wegfallen. Das macht es aber wiederum für Unternehmen schwierig, dauerhafte Kooperationen mit Fakultäten aufzubauen.

### Agrarforschung wird ganzheitlicher

Gefragt nach den Zukunftsthemen der Agrarforschung, nannten die Experten einerseits Themen, die mit globalen Herausforderungen zusammenhängen, wie den Preisschwankungen auf den Agrarmärkten oder der Ressourceneffizienz – letztere sowohl bezogen auf die Pflanzenproduktion als auch auf eine klimaeffizientere Landwirtschaft. Andererseits werden sich in Deutschland und den europäischen Nachbarländern auch gesellschaftliche Anforderungen an die Landwirtschaft, wie zum Beispiel in Hinblick auf das Tierwohl, weiterhin in der Agrarforschung spiegeln. Insgesamt, so waren sich die Experten einig, werde es zunehmend wichtiger, das Gesamtsystem Landwirtschaft in den Blick zu nehmen, also beispielsweise den Pflanzenschutz nicht für sich alleine zu betrachten, sondern ihn zusammen mit anderen Bereichen wie Pflanzenzucht, Bodenbearbeitung und Biodiversität zu denken. Die Agrarwissenschaften sind dafür mit ihrem breiten, von der Grundlagenforschung bis zur Anwendungsforschung reichenden Spektrum, prädestiniert. Vor dem Hintergrund der knapper werdenden Mittel stellt sich allerdings die Frage, an welchen Themen zukünftig geforscht werden kann und soll. In diesem Zusammenhang befürworteten die Interviewpartner eine Agrarforschungsstrategie, die von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft gemeinsam erarbeitet und von Möglichkeiten zur Langzeitforschung flankiert wird. Auf diese Weise könnten gemeinsam Schwerpunkte gesetzt und anwendbare Lösungen für die zahlreichen Herausforderungen erreicht werden. ■

### SERVICE:

Ziel des bis Ende Dezember 2016 im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU geförderten Kooperationsforschungsvorhabens IMPRESA ist es, den Einfluss der Agrarforschung auf die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft zu erfassen und zu einem besseren Verständnis der wichtigsten Wirkungspfade beizutragen. Ausgangspunkt für die Wirkungspfadanalyse sind dabei sechs produktionsrelevante Innovationen, die schon seit längerer Zeit in der Praxis angewandt werden, wie zum Beispiel ein optischer Sensor im Pflanzenbau oder das integrierte Pflanzenschutzmanagement von Oliven. Als einer von acht Partnern aus sieben europäischen Ländern ist das Institut für ländliche Strukturforchung seit November 2013 am IMPRESA-Projekt beteiligt. Der englischsprachige Bericht zu den Agrarforschungsausgaben in Deutschland ist auf der IMPRESA-Website [www.impresa-project.eu/reports-and-publications.html](http://www.impresa-project.eu/reports-and-publications.html) verfügbar.



#### KONTAKT:

Simone Schiller, Kerstin Hülemeyer  
 Institut für ländliche Strukturforchung (IfLS)  
 Telefon: 069 9726683-15, -12  
[schiller@ifls.de](mailto:schiller@ifls.de),  
[huelemeyer@ifls.de](mailto:huelemeyer@ifls.de)  
[www.ifls.de](http://www.ifls.de)  
[www.impresa-project.eu](http://www.impresa-project.eu)

# Biologische Vielfalt ist ländlich

Mit der UN-Dekade „Biologische Vielfalt“ wollen die Vereinten Nationen von 2011 bis 2020 weltweit das Bewusstsein für die Bedeutung von Biodiversität schärfen und deren Verlust aufhalten. In Deutschland rücken von 2015 bis 2016 ländliche Akteure in den Fokus der Kampagne: Zum Wettbewerb unter dem Motto „Vielfalt bewahren – als Partner der Natur“ sind kleine und große Projekte eingeladen, ihre Beiträge zur Erhaltung intakter Natur- und Kulturlandschaften auszeichnen zu lassen.



Arno Todt arbeitet beim nova Institut, das seit Anfang 2015 die Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt übernommen hat.  
[www.undekade-biologischevielfalt.de](http://www.undekade-biologischevielfalt.de)

## Jeder hat seine eigene Vorstellung von biologischer Vielfalt. Womit kann man sich als UN-Dekade-Projekt bewerben?

Der Ansatz der UN-Dekade in Deutschland ist sehr breit. Es geht um Projekte, die sich direkt für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung von biologischer Vielfalt einsetzen. Zudem stehen Aktivitäten im Fokus, die die Bedeutung von Biodiversität – also die Vielfalt von Arten und Sorten, von Lebensräumen und Landschaften – mit guten und neuen Ansätzen kommunizieren.

## Bisher stammen viele Beiträge von Bildungseinrichtungen. Projekte aus dem ländlichen Raum melden sich nur vereinzelt. Gibt es zu wenige Ansatzpunkte?

Im Gegenteil – wenn man in Deutschland nach biologischer Vielfalt sucht, landet man umgehend in ländlichen Räumen. Es gibt eine Unmenge an Schnittstellen zur ländlichen Entwicklung und zur Landwirtschaft: der Erhalt alter Sorten und Rassen, vorbildliche oder extensive Bewirtschaftung von Flächen, Landschaftspflege oder auch Produkte und Wertschöpfungsketten, die sich damit verbinden lassen.

## Deshalb wollen Sie 2015 und 2016 insbesondere Akteure vom Land zur Teilnahme bewegen?

Es gibt viele gute Ansätze, die biologische Vielfalt in die Landwirtschaft und Landnutzung oder in die Prozesse zur ländlichen Entwicklung einbeziehen. Uns geht es darum, diese Beispiele besonders hervorzuheben und mit der Auszeichnung als UN-Dekade-Projekt Wert zu schätzen: als qualitativ hochwertig und mit bundesweitem Vorbild-

charakter. Natürlich haben neben den Projekten zur ländlichen Entwicklung weiterhin auch andere eine Chance, ausgezeichnet zu werden.

## Pro Woche wird ein Projekt öffentlich ausgezeichnet – die Veranstaltung organisieren die Preisträger selbst, Geld gibt es keines. Was motiviert die Projektträger?

Durch die Auswahlkriterien und die Arbeit der interdisziplinären Fachjury funktioniert die Auszeichnung wie ein Qualitätssiegel. Außerdem wird der Einsatz der Projektträger gewürdigt – in Verbindung mit dezentralen Auszeichnungsveranstaltungen, die eine große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Dadurch, dass Mitglieder der Fachjury oder einer unserer prominenten Dekade-Botschafter daran teilnehmen, unterstützt die Kampagne die Öffentlichkeitswirksamkeit. Oft gelingt es den Projektträgern zudem, Landesminister, Landräte oder Verbandspräsidenten einzubeziehen. Im Ergebnis bringt das sowohl einen Gewinn an Reputation als auch interner Motivation, insbesondere, wenn mehrere Partner am Projekt mitwirken.

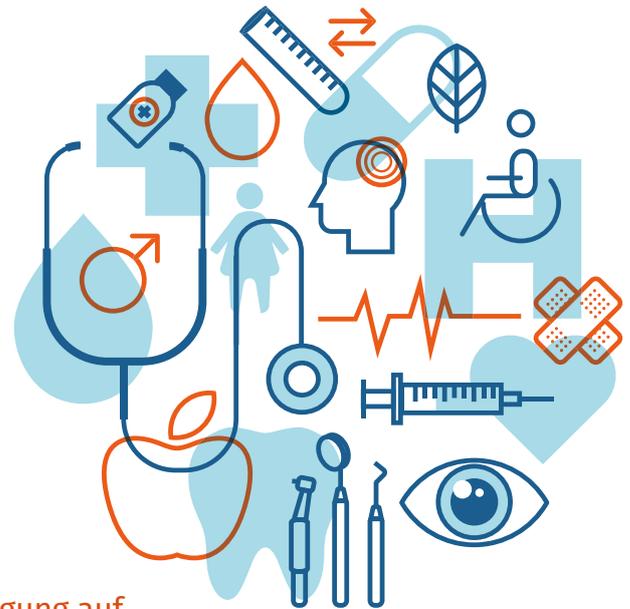
## Welche Rolle übernimmt die Geschäftsstelle bei der Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung?

Wir unterstützen die Preisträger dabei, Jurymitglieder und Dekade-Botschafter einzubeziehen sowie bei der Pressearbeit. Außerdem verleihen wir kostenlos eine Wanderausstellung zum Thema biologische Vielfalt. Die Projekte stellen wir natürlich auf der UN-Dekade-Website vor. Zukünftig möchten wir verstärkt Social Media in unserer Kommunikation einsetzen, um das Thema biologische Vielfalt noch öffentlichkeitswirksamer zu präsentieren. Eine große Zahl an Akteuren vernetzt sich hier selbstständig untereinander – nicht nur die jungen, sondern breit gestreut. Auf unserem Facebook-Account haben inzwischen ganz unterschiedliche Organisationen die UN-Dekade „geliked“.

**Vielen Dank für das Gespräch.**  
 Das Interview führte Anja Rath.



*Es gibt viele Schnittstellen zwischen Biodiversität und ländlichen Räumen – bei der UN-Dekade können Akteure die Synergien bekannt machen und weiterentwickeln“*



# InGe berät

Wie bringt man den Bedarf an medizinischer Versorgung auf dem Land und die Ansprüche von Nachwuchsmedizinern unter einen Hut? Erfolgsmodelle können helfen, das Konzept für die eigene Region zu finden. [VON ANTJE ERLER]

Pflegende, Hausärzte und Patienten werden immer älter; und die Zahl an Patienten mit komplexem Versorgungsbedarf steigt. Demgegenüber wünscht sich der Nachwuchs in den Gesundheitsberufen Teamarbeit, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und keine längerfristige örtliche und finanzielle Bindung. Vor allem die Arbeitsbedingungen auf dem Land scheinen diesbezüglich wenig attraktiv – Landärzte finden immer schwerer einen Nachfolger.

## Teamarbeit erwünscht

Gesucht werden innovative Gesundheitsmodelle. Ein Beispiel sind lokale Gesundheitszentren zur Primär- und Langzeitversorgung mit multidisziplinären Teams von Ärzten, Versorgungsassistenten und Vertretern weiterer Gesundheits- und Pflegeberufe. In ihnen sieht der Sachverständigenrat für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen vielversprechende Ansätze. Die Arbeitsgruppen können insbesondere chronisch kranke Patienten umfassend versorgen und bieten gleichzeitig organisatorische Spielräume: gegenseitige Vertretungen, geregelte Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit und Angestelltentätigkeiten. Daher erscheinen solche Modelle besonders geeignet,

um im ländlichen Raum Arbeitsbedingungen nach den Wünschen des Nachwuchses zu schaffen. Gebraucht werden aber auch Ansätze, die zu den regionalen Bedürfnissen passen. Im Rahmen des von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekts „Innovative Gesundheitsmodelle“ (InGe) identifizierte das Institut für Allgemeinmedizin der Goethe-Universität Frankfurt innovative und erfolgreich implementierte Versorgungsansätze. Bislang wurden bundesweit 68 analysiert, in einer Datenbank gesammelt und online veröffentlicht. Einen Fokus legten die Projektmitarbeiter dabei auf die Übertragbarkeit der Ansätze.

## Erfolgsfaktoren und Stolpersteine

Erfolgreiche Modelle insbesondere auf dem Land sind Gesundheitszentren mit mehreren Hausärzten, weiteren Leistungserbringern, wie Apotheke oder Physiotherapie, sowie fachärztlichen Zweigsprechstunden. Auch das Fallmanagement – mit Gemeindeschwestern oder Versorgungsassistentinnen – sowie verschiedene Mobilitätsansätze sind gute Beispiele. Allen gemein ist, dass sie engagierte Kümmerer mit Durchhaltevermögen haben, die auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Weitere Erfolgsfaktoren sind funktionierende

Kooperationsstrukturen sowie ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Hilfreich können ein professionelles Management sowie politische und finanzielle Unterstützung sein. Barrieren für die Umsetzung eines solchen Modells sind starke Eigeninteressen und Konkurrenzdenken in der Region sowie ein Mangel an Ressourcen und externer Unterstützung.

## Zu eigenen Ideen finden

Aufbauend auf den gesammelten Daten entwickelten die InGe-Mitarbeiter ein Beratungsangebot. Es unterstützt Gesundheitsakteure dabei, innovative Modelle für ihre Region zu konzipieren und umzusetzen. Insbesondere Kommunen und Landkreise nutzen diese Möglichkeit, sich Unterstützung zu holen. Schon während der Projektlaufzeit kamen zwei zweijährige Beratungsprojekte zustande: der Auf- und Ausbau eines regionalen Gesundheitsnetzes im Landkreis Gießen und die Durchführung von Zukunftswerkstätten in zehn ländlichen Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Obwohl die Projektförderung Ende 2014 abgelaufen ist, soll InGe weitergehen. Finanziert durch die Beratungsleistungen sollen fortlaufend neue Modelle gesammelt und veröffentlicht werden. ■

## SERVICE:

### Zum Weiterlesen

Sachverständigenrat für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR): Sondergutachten 2009. *Koordination und Integration: Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens*. Baden-Baden: Nomos Verlag 2010.

Sachverständigenrat für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR): Gutachten 2014. *Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche*. Basel: Verlag Hans Huber 2014.

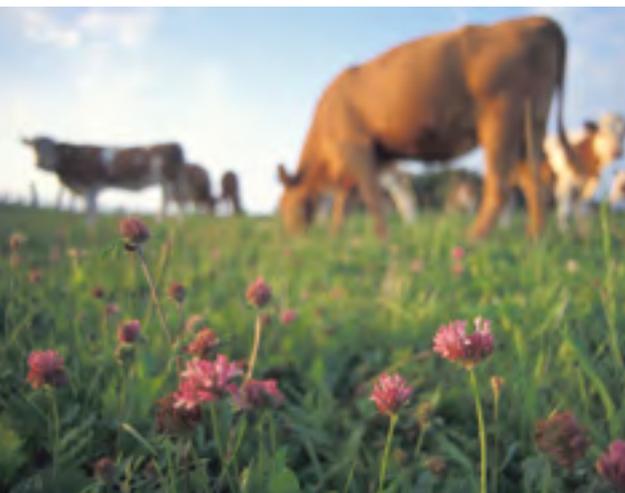


**KONTAKT:**  
Dr. Antje Erler  
Institut für Allgemeinmedizin,  
Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Telefon: 069 6301-4132  
erler@allgemeinmedizin.uni-frankfurt.de  
www.innovative-gesundheitsmodelle.de

# Grünland mit oder ohne Kuh?

Den Strukturwandel hat sie nicht aufgehalten und es weint ihr keiner nach: Die Milchquote ist ausgelaufen und die Milchproduzenten stellen sich dem freien Markt. Wenn Großställen die Zukunft gehört, folgt der „Vermaisung“ nun die „Entkühung“, oder? [VON ANJA RATH]

Am letzten Sonntag im März 2015 empfahl ein Radiosprecher im WDR, mit Kindern einen Landspaziergang zu machen, damit sie zum vielleicht letzten Mal weidende Milchkühe erleben könnten. Zukünftig würden sie zunehmend in immer größeren Ställen gehalten und großflächiger Futtermittelanbau Wiesen und Weiden ersetzen. Gehören grasende Kuhherden bald der Vergangenheit an?



## Ein bisschen Statistik

Laut Agrarstatistik des Bundes ist die Zahl der Milcherzeuger zwischen 1984 und 2014 um rund 79 Prozent zurückgegangen. Allein von 2010 bis heute haben etwa zwölf Prozent den Betrieb aufgegeben. Zeitweilig sank auch die Zahl der Milchkühe. Seit 2010 nimmt sie wieder zu; und auch die Größe der Betriebe: Lebten im Jahr 2011 bundesweit rund 23 Prozent aller Milchkühe in Betrieben mit mehr als 100 Kühen,

so waren es 2013 rund 42 Prozent. Sie werden in zwölf Prozent der Betriebe gehalten. Ob die Großen besser für den freien Markt aufgestellt sind, wird noch immer diskutiert – in punkto Verhandlungsmacht sind sie auf jeden Fall im Vorteil. Die Kartellfreistellung für Erzeugergemeinschaften im EU-Milchpaket nutzen laut BMEL in Deutschland bisher zu wenige Betriebe, auch nicht die kleinen: Fast zwei Drittel der Milchbauern hielt 2013 weniger als 50 Kühe, allerdings nicht überall.

## Markt liberalisieren

In Niedersachsen sind Herden von weniger als 50 Kühen inzwischen Kleinbestände. Das stellte die Landwirtschaftskammer 2010 fest – 79 Prozent der Betriebe halten dort mehr Tiere. Mähweiden machen inzwischen den größten Batzen am Grünland aus, dessen Anteil insgesamt zugunsten von Ackerflächen abnimmt. Viele niedersächsische Landwirte haben die Agrarinvestitionsförderung genutzt, um moderne Ställe zu bauen. Wirklich verwunderlich ist das nicht. Landwirte müssen wirtschaftlich denken: Ganzjährig im Stall gehaltene, mit Silage und Kraftfutter gefütterte Tiere geben mehr Milch und lassen sich leichter handhaben, auch in Ökobetrieben. Wie groß das Potenzial

von Weidehaltung ist, untersucht die Landwirtschaftskammer Niedersachsen im Projekt „Weideleistung“. Für Milchbauern mit betriebsnahen Flächen kann Milch von der Weidekuh sogar günstiger sein und gesellschaftlich ist sie sowieso erwünscht.

So hat der Molkerei-Großkonzern Arla „Weidemilch“ aus Norddeutschland im Programm. Der haltbare Liter ist für minimal 79 Cent zu haben; über einen Euro kostet haltbare Weidemilch aus dem Schwarzwald. Sie rangiert damit im Preissegment von Bio-Milch. Laut einer Untersuchung der Universität Hohenheim kann Weidemilch in Mittelgebirgs- und Dauergrünlandregionen wettbewerbsfähig sein. Allerdings seien die Betriebe auch wesentlich abhängiger von Prämien als jene mit reiner Stallhaltung. Einen einheitlichen Standard für Weidemilch gibt es bisher übrigens nicht.

## ... und Gemeingut fördern?

Gehen also Kühe zukünftig eher im Mittelgebirge auf die Weide und in fruchtbareren Regionen der Mähdescher? Um dem Trend zur ganzjährigen Stallhaltung entgegen zu wirken, hat Niedersachsen ein Weideland-Programm gestartet. Öffentlich wiederkäuende Kühe sollen als Imagerträger erhalten bleiben. Nun erhitzen sich die Gemüter über das „Weideland Niedersachsen“ ebenso wie beim medialen Requiem zur Milchquote: Darin wurde Stallmilch durchaus stigmatisiert. Weidekühe hätte der Verbraucher gerne, ob er beim Einkauf tatsächlich mehr für deren Milch zahlt, ist nicht gesagt. Wer Kühe in der Landschaft will, der muss demnach Anreize bieten. Baden-Württemberg wird Milchviehhalter gezielt fördern, zum Beispiel mit einer neuen Sommerweideprämie oder für eine silagefreie Fütterung im Rahmen seines Agrar-Umwelt-Programms. ■

## SERVICE:

### Vormerken

Die DVS erarbeitet ein LandInForm Spezial zum Thema „Grünlanderhalt“. Es soll 2016 erscheinen.



### KONTAKT:

Bettina Rocha und Dr. Jan Freese  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3882 und -3477  
bettina.rocha@ble.de,  
jan.freese@ble.de



## DIE POSITION

Von Ludger Schulze-Pals, Chefredakteur der Zeitschrift top agrar, vordem stellvertretender Abteilungsleiter für Landwirtschaft und Ländlicher Raum im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium

”

*Dieses  
Greening  
bringt  
so gar  
nichts!“*

Bis zum 15. Mai mussten die Landwirte ihre Anträge für die EU-Prämien 2015 einreichen. Erstmals gelten dafür die neuen Greening-Spielregeln. Das Zwischenergebnis ist ernüchternd. Vor allem die ökologischen Vorrangflächen bereiten Kopfzerbrechen. Die Landwirte fragen sich: Habe ich meine ökologischen Vorrangflächen korrekt angelegt? Werden alle Flächen anerkannt? Fest steht: Schon kleine Fehler können teuer werden.

Jede Wette, dass die Fehlerquote für die diesjährige Auszahlung steigen wird. Viele Vorgaben sind schlicht nicht nachvollziehbar. Warum muss zum Beispiel ein Pufferstreifen dem mäandrierenden Flusslauf exakt folgen, ein Feldrandstreifen aber nicht? Und wer die Streifen und Landschaftselemente ganz genau in die Karten einzeichnen will, sollte besser Vermessungswesen studiert haben.

Schlimm ist auch das Chaos um den Grünlandstatus. Weil viele Landwirte Sorge haben, dass ihre Flächen nach fünf Jahren zu Dauergrünland werden, brechen sie betroffene Flächen vorher um, bauen ein Jahr Mais an und machen sie dann wieder zu Grünland. Ökologisch ist das Wahnsinn. Dabei hat die EU-Kommission gebetsmühlenartig beteuert, dass im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen entstandenes Grünland nicht zu Dauergrünland wird. Trotzdem schafft sie es bis heute nicht, dieses auch verwaltungsmäßig zweifelsfrei und gerichtsfest abzusichern. Ein Armutszeugnis.

Hoffentlich führt das Greening am Ende nicht dazu, dass die Landwirte nicht mehr an freiwilligen Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen. Diese lassen sich nur zum Teil, mit großem Aufwand und betrieblichen Risiken mit dem Greening verknüpfen und anrechnen. Brüssel darf die Bereitschaft der Landwirte, freiwillig mehr für den Natur- und Umweltschutz zu tun, nicht überstrapazieren. Jetzt ist Phil Hogan am Zug. Er hat angekündigt, die kleinkarierten Geburtsfehler des Greenings schnell zu beseitigen. Das ist auch notwendig. Sonst nimmt die ökologische Vielfalt in Europa weiter ab und hinterlässt jede Menge entnervter Bauern und enttäuschter Bürger.



**Stimmen Sie dem zu?**

**Oder sehen Sie es anders?**

Das ist Ihre Seite: Zukünftig veröffentlichen wir an dieser Stelle Ihre Leserbriefe zu den Inhalten unseres Magazins. Sagen Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an [landinform@ble.de](mailto:landinform@ble.de), per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

## angelesen



### Das Wirtschaften mit der Natur als Ausweg

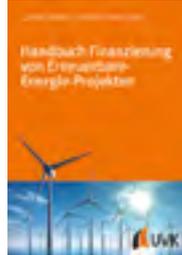
Ralf Fücks' Buch ist vom unerschütterlichen Glauben an die Innovationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft getragen. Die Botschaft lautet: Mit Blick auf Bevölkerungswachstum und steigende Konsumansprüche ist das Wirtschaften mit der Natur der Ausweg – und damit ein besseres Leben für alle möglich.

Themen wie die Bioökonomie und die Zukunft der Landwirtschaft vom Ökolandbau bis zu Agroparks werden ebenso behandelt wie der nötige Stadtbau zur postfossilen Ecocity und die Rolle der Energiewende. Die Analyse der aktuellen Situation blendet dabei die heutigen Probleme nicht aus. Es wird nichts beschönigt und vieles durch Zahlen untermauert, die die zukünftigen Herausforderungen verdeutlichen. Das Buch rückt die Gestaltungsmöglichkeiten Deutschlands in einen globalen Kontext. Aus der Sicht des Autors bleibt nur die Flucht nach vorne: Politik und Gesellschaft kommt dabei über fiskalische Instrumente, Normen und soziale Innovationen die Rolle als Regulativ zu. An Beispielen aus Natur und Technik zeigt Fücks, wie ein Energie- und Ressourcenverbrauch möglich ist, der den zukünftigen Bedarf noch übersteigt, aber die Umwelt nicht zerstört.

Der Wert des Buches besteht darin, dass es Fakten zusammenträgt, Zusammenhänge kurz und griffig und leicht verständlich darstellt. Die Wiederholung der Fakten und Argumentationsketten in den verschiedenen Kapiteln ist auf Dauer aber etwas ermüdend.

Das Buch will Mut machen, die vorhandenen Potentiale aus Forschung, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Sinne eines globalen Wandels hin zu einer neuen industriellen Revolution zu nutzen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die nötigen, vielleicht auch in Deutschland entwickelten, Innovationen rasch genug über den Globus verbreiten, dass die Mittel ausreichen, um weniger begüterte Weltregionen in die Lage zu versetzen, an diesen Entwicklungen teil zu haben oder sogar Motor dafür zu werden. [jas]

Ralf Fücks: Intelligent wachsen.  
Die grüne Revolution,  
Hanser Verlag, 2013, 362 Seiten,  
ISBN 978-3-446-43484-4



### Wie lassen sich Erneuerbare-Energie-Projekte finanzieren?

Ein Handbuch zur Finanzierung von Erneuerbare-Energie-Projekten, das sich sowohl an Unternehmen, Stadtwerke, Banken und Versicherungen als auch an Bürger-Energiegenossenschaften und Verbände richtet, lässt einen hohen Anspruch der Herausgeber erahnen. Auf über 450 Seiten beleuchten 29 Autoren, wie die Finanzierung vor dem Hintergrund sinkender öffentlicher Förderung und damit einhergehend neuer Risiken sichergestellt werden kann. Neben den Grundlagen der Projektfinanzierung stehen politische, rechtliche, technische und kommerzielle Risiken im Vordergrund. Von Interesse ist vor allem das Kapitel über gesellschaftsrechtliche Risiken, in dem Bürger-Energiegenossenschaften und gesellschaftliche Investmentfonds als Bürgerbeteiligungsmodelle besprochen werden. Bei den Finanzierungsinstrumenten ist insbesondere das Kapitel über Bürger-Energiegenossenschaften für Projektträger im ländlichen Raum relevant. Die Autoren zeigen das Spektrum der Geschäftsfelder auf, wobei die meisten Bürger-Genossenschaften nach wie vor Fotovoltaik-Projekte umsetzen. Ein Fallbeispiel geht zudem auf eine neue Form der Genossenschaften ein: die Belegschafts-Energiegenossenschaften in Unternehmen. Ebenfalls interessante Instrumente zur Projektfinanzierung sind geschlossene Fonds sowie öffentliche Fördermittel.

Das Handbuch spiegelt die Komplexität der Thematik wider und liefert wertvolle Informationen. Jedoch schränkt der Anspruch der Herausgeber, eine Vielzahl an Zielgruppen bedienen zu wollen, die Benutzerfreundlichkeit des Handbuchs ein. So werden in einigen Kapiteln Vorkenntnisse im Bereich der Projektfinanzierung vorausgesetzt, was eine intensive Einarbeitung erforderlich macht. Abhilfe schaffen hier jedoch die gute Gliederung, ein Glossar und die Zusammenfassungen zu jedem Kapitel sowie Literaturverweise, die eine weiterführende Vertiefung ermöglichen. [stm]

Carsten Herbes, Christian Friege (Hrsg.):  
Handbuch Finanzierung von Erneuerbare-Energie-Projekten,  
UVK Verlagsgesellschaft mbH,  
Konstanz und München 2015, 456 Seiten,  
ISBN 978-3-86764-494-5

## angekündigt

### Aktionsgruppen teilen ihr Wissen

Unter dem Motto „Knowledge is sharing“ verbindet die LINC-Konferenz vom 29. September bis 1. Oktober 2015 den Erfahrungsaustausch europäischer Aktiver mit Sportwettkämpfen und Kulinarik. Ziel der Veranstaltung ist es, bei launigem Programm Wissen und Erfahrungen zu teilen, sich über bewährte Praktiken und Methoden auszutauschen und bestenfalls neue Kooperationsprojekte zu entwickeln. LINC – LEADER inspired network – ist eine Initiative von Lokalen Aktionsgruppen und nationalen Netzwerken aus Deutschland, Österreich, Estland und Finnland. Die Veranstaltung findet zum ersten Mal in Südeuropa statt: in der Region Basilicata in Italien. Anmeldeschluss ist der 7. August 2015. [abb]

[www.linc2015.eu](http://www.linc2015.eu)

### „Gut leben auf dem Land“

Mit einem Bürgerdialog will die Bundesregierung herausfinden, was für die Deutschen Lebensqualität ist. Dazu finden zwischen Juni und Oktober 2015 bundesweit selbst organisierte Dialoge statt – bei zehn von ihnen legt das BMEL den Fokus auf ländliche Räume. Dort und auch im Internet haben Akteure die Möglichkeit, Ideen einzubringen. [arh]

[www.gut-leben-in-deutschland.de](http://www.gut-leben-in-deutschland.de)

### Den Boden wertschätzen

Innovative Ansätze und Praxisprojekte, die die ökologische Funktion und die gesellschaftliche Bedeutung des Bodens hervorheben, können am Wettbewerb „BodenWertSchätzen“ teilnehmen. Der Wettbewerb zielt darauf ab, für den Artenschutz zu sensibilisieren, das Thema Flächeninanspruchnahme ins Bewusstsein zu rufen und nachhaltige Landbewirtschaftung in den Fokus zu stellen. Gesucht werden vielfältige Beispiele und Ideen, die zeigen, dass der Schutz des Bodens ein lohnendes und praktisch wirksames Anliegen ist. Veranstaltet wird der Wettbewerb durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt im Rahmen des Internationalen Jahres des Bodens 2015. Abgeschlossene, laufende und geplante Projekte, Projektkonzepte, Initiativen und Aktionen können eingereicht werden. Angesprochen sind neben landwirtschaftlichen Betrieben und Institutionen auch Kommunen, Schulen und Einrichtungen des Naturschutzes. In mehreren Themenfeldern werden Preise in Gesamthöhe von bis zu 100 000 Euro vergeben. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2015. [abb]

[www.bodenwertschaetzen.de](http://www.bodenwertschaetzen.de)

### „Gut leben auf dem Land“

Für ein Modellvorhaben mit dem Titel „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ suchen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bis zum 18. September 2015 etwa 15 interessierte Modellregionen. Dort sollen ab Januar 2016 innovative Konzepte erarbeitet werden, mit denen sowohl die Daseinsvorsorge und die Nahversorgung als auch die Mobilität in ländlichen Räumen gewährleistet werden können. Ziel ist es, in diesen Regionen standort- und verkehrsplanerische Ansätze zusammenzuführen. Das Modellvorhaben richtet sich an Landkreise und Zusammenschlüsse von Landkreisen, die vom demografischen Wandel überdurchschnittlich betroffen sind. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass neben Politik, Verwaltung, professionellen Anbietern und Vertretern der Zivilgesellschaft von Beginn an verschiedene Nutzergruppen wie Jugendliche, Familien und ältere Menschen eingebunden sind. [abb]

[http://kurzlink.de/BBSR\\_Modellvorh\\_9\\_15](http://kurzlink.de/BBSR_Modellvorh_9_15)

## LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe \_\_\_\_\_ Exemplare.

Institution \_\_\_\_\_

Vorname/Nachname \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:  
Wie grün ist die GAP?



## Termine

8. und 9. Juli	<b>Neue Wege der Vermarktung in strukturschwachen Regionen</b> * Transferbesuch in Brandenburg Info Seite 9	DVS, Landschaftspflegeverband Spree-Neiße e.V. <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionalprodukte">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionalprodukte</a>
22. und 23. Juli	<b>Umweltleistungen im Wald</b> * Busexkursion in Rheinland-Pfalz Info Seite 9	DVS <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/waldumwelt">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/waldumwelt</a>
27. Juli	<b>Ressourcenschutz durch extensive Grünlandnutzung</b> * Tagung in Koblenz	DVS, Verband der Berufsschäfer <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/gruenland">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/gruenland</a>
22. und 23. September	<b>Netzwerke(n) für Dörfer</b> * Forum in Suhl Info Seite 10	DVS, Bundesverband Lebendige Dörfer e.V. <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung</a>
29. September bis 1. Oktober	<b>LINC-Konferenz 2015</b> Konferenz in der Region Basilicata (Italien)	LINC – LEADER inspired network community <a href="http://www.linc2015.eu">www.linc2015.eu</a>

### Unser Fokuscartoon von Mele

